

inform

2+3/2008

Ganztag & Bildungs-
planung

*Ganztagsoffensive
Sek. I*

Lebens- und Berufs-
planung mit Jungen

*Ausbau
Schulsozialarbeit*

StEG

OECD-Empfehlungen

jugendhilfe
& schule

Alltag aus meiner Sicht

in eigener sache

„Alltag aus meiner Sicht.“ Bei dem Beteiligungsprojekt wurde der Blick auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen gerichtet. Was ihnen wichtig ist, zeigen u.a. die in diesem Heft – das als Ausstellungsrahmen dient – dokumentierten Fotos und Materialien.

Das Projekt verweist darauf, dass Bildung mehr ist als „nur“ Unterricht und die Vorbereitung auf das Erwachsenenleben. Zur Bildung gehören (Lern-)Angebote, in denen mit Kindheit und Jugend verbundene Interessen, Bedarfe und Nöte in den Blick genommen werden.

Angesichts rasanter gesellschaftlicher Veränderungsprozesse muss es zugleich das Ziel aller mit Bildung beschäftigten Akteure sein, Kindern und Jugendlichen die Kompetenzen zu vermitteln, die sie brauchen, um heute noch nicht bekannte Herausforderungen morgen bewältigen zu können.

Das gilt es, beim aktuell begonnenen Ausbau des Ganztags in der Sek. I in NRW zu berücksichtigen. Hier bietet sich die Chance, das Lernen – und Leben – an allen Schulen schrittweise zu verändern. Die Erfahrungen in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich, aber auch beim bundesweiten Ausbau von Ganztage zeigen, dass Kinder und Jugendliche dies zu schätzen wissen.

Ein umfassendes Verständnis von Bildung muss auch Konsens bei allen Akteuren sein, die seit Juni regionale Bildungsnetzwerke in NRW planen. In der aus dem Modellprojekt „Selbstständige Schule“ erwachsenen Initiative scheint der Blick zunächst vor allem auf den Lernort Schule gerichtet. Leitziel für die weitere Entwicklung müssen jedoch auch hier bildungspolitische Überzeugungen sein, wie sie seit dem 12. Kinder- und Jugendbericht mit dem Begriff der Kommunalen Bildungslandschaft verbunden werden. – Damit einhergehende Konsequenzen für die Planung und Gestaltung von Bildung benennt u.a. das Diskussionspapier des Deutschen Vereins in der letzten Ausgabe der „inform“.

Das Landesjugendamt Rheinland wird sich für die weitere Entwicklung der „Bildungslandschaft Rheinland“ einsetzen. Gefordert sind aber auch die Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort: Mischen Sie sich ein! Meine Unterstützung haben Sie.

Es grüßt Sie Ihr



Michael Mertens
Leiter des Dezernates Schulen, Jugend

INHALT

Schwerpunkt

Schule und Jugendhilfe in Landschaft mit Aussicht – oder warum Ganztagschulen neue Formen der Bildungsplanung verlangen *von Dr. Norbert Reichel* 3

Schlaglicht

„Letzte Chance für gute Schulen“: Eine Buchbesprechung *von Hans A. Hammermann* 11
Konfliktcoaching und -management in Schulen *von Dr. Astrid Schreyögg* 12
Präsentieren als neue Unterrichtsmethode *von Prof. Dr. Andreas Gruschka* 14

Das Projekt

„Alltag aus meiner Sicht“: Ein landesweites Beteiligungsprojekt *von Dörte Schlottmann* 16
Das „starter Kid“: Zukunfts- und Lebensplanung mit Jungen *von Sandro Dell’Anna* 20
Öffnung des Erzieherberufs für Migrantinnen *von Dr. Wolfgang Zschke* 23
Preise & Förderungen 24

NRW

Die Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I *von Alexander Mavroudis* 27
Landesregierung schließt Pakt mit der Jugend 30
Ausbau von Schulsozialarbeit an allen Schulen in NRW möglich *von Alexander Mavroudis* 31
Empfehlungen zur Kooperation von Trägern der erzieherischen Hilfen mit Schulen 33
Fortbildung & Material zum Ganztage in NRW 34

BUND

StEG: Aktuelle Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle 36
OECD: Empfehlungen für „Bessere Bildungserträge“ 39
BMFSFJ startet Initiative „Für ein kindgerechtes Deutschland“ 40

LVR

Ausstellung zu Jugendgefängnissen beim LVR 41
Jugendhilfe Report 2/08 zu „Individualpädagogik ...“ und 3/08 zu „Mit Eltern im Dialog ...“ 42

Impressum

42

Schule und Jugendhilfe in Landschaft mit Aussicht

oder warum Ganztagschulen neue Formen der Bildungsplanung verlangen

Von Dr. Norbert Reichel

Bildungsplanung war lange Zeit ein Unwort. Im Mittelpunkt der Bildungspolitik steht hingegen seit etwa der Mitte der 90er Jahre die Entwicklung der einzelnen Schule. Vorbilder fand man in Schweden oder in den Niederlanden. Die Vision war eine selbstständige, eigenverantwortliche oder sogar autonome Schule.

Man sprach lange Jahre nicht darüber, wie ein Gesamtsystem von Bildungseinrichtungen aussehen sollte, sondern darüber, wie weit die Selbstständigkeit der Schule gehen sollte. Ging es nur um die Entscheidung über den Weg zu den jeweiligen Bildungsabschlüssen und die Ausgestaltung des Unterrichts und der Schulprogramme? Oder sollte es sogar bis zur verantwortlichen Verwaltung eines Personal- und Sachkostenbudgets gehen? Wer wählt das Personal aus? Wer hat das Disziplinarrecht? Wie weit geht die Vorgesetzteneigenschaft der Schulleiterin oder des Schulleiters? Welche Rolle haben Schulträger und Schulaufsicht?

So weit zu den konkreten Einlassungen. Daneben gab und gibt es die emphatische Beschwörung des berühmten Dorfes, das man brauche, um ein Kind zu erziehen. It takes a village oder vielleicht sogar eine ganze Landschaft, eine Bildungslandschaft.

Schule: Der gefühlte Mittelpunkt der Bildungspolitik

Heute – im Jahr 2008 – sehen Schulen anders aus als in den 90er Jahren. Nicht alle Schulen haben es so recht wahrhaben wollen. Einige wehren sich immer noch gegen die neuen Freiheiten.

– Unterricht im 45-Minuten-Takt ist relativ einfach zu organisieren. Der Übergang zu Jahresstundentafeln mit Block- und Epochalunterricht erfordert eine zunächst recht aufwändige Debatte.

– Die schicksalhaft erduldeten Zuweisung von Lehrkräften zu einzelnen Schulen mochte mitunter missmutig stimmen. Die „schulscharfe“ Ausschreibung und Besetzung von Stellen erfordert hingegen viel Zeit.

Die Leitung einer mehr oder weniger selbstständigen oder eigenverantwortlichen Schule braucht eine neue Definition der Aufgaben der Schulleitung, ein höheres Zeitbudget für Leitungsaufgaben und professionelle Unterstützung durch Sachbearbeitung oder Schulassistenten. Wer gerne in vergangenen Texten stöbert, wird hierzu in den Bildungsgesamtplänen der 70er Jahre einiges finden. Es gab damals zwar keine Berechnungsgrundlage für den Umfang von Schulleitungsaufgaben, aber immerhin eine ausführliche Aufgabenbeschreibung für Schulassistenten (1).

Doch wie sprach man in den 70er Jahren über pädagogische Unterstützungsleistungen im Umfeld der Schule? Die Bildungsgesamtpläne nennen im Kapitel „Beratung im Bildungswesen“ Schullaufbahnberatung, Berufsberatung und Studienberatung: „Das Beratungssystem muss über die vielfältigen Wege und Möglichkeiten im Bildungswesen orientieren und eine fundierte, auf den einzelnen bezogene Beratung leisten, die sich auch der Mittel der psychologischen und pädagogischen Diagnostik bedient. Es muss sich auf Schullaufbahnen, Studiengänge, außerschulische Bildungsgänge



und in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit auf Berufsmöglichkeiten erstrecken. Schließlich müssen Aufgaben der Einzelfallhilfe bei Leistungs- und Entwicklungsstörungen – sofern sie nicht spezieller Behandlung bedürfen – wahrgenommen werden.“ Ebenso wie für die Schulasistenz gab es für Schulpsychologie und Beratungslehrkräfte konkrete Planungszahlen und Kostenberechnungen (2).

Die außerschulische Jugendbildung wurde „im Wesentlichen“ unter dem Begriff „Jugendhilfe“ zusammengefasst: „Jugendhilfe umfasst eine Vielzahl von Maßnahmen und Einrichtungen. Sie trägt dazu bei, dem Erziehungsanspruch des jungen Menschen, der durch Elternhaus, Schule und Berufsbildung allein häufig nicht erfüllt werden kann, gerecht zu werden. Jugendhilfe gehört mit ihren verschiedenen Aufgaben sowohl zur gesellschaftlichen Daseinsvorsorge als auch zum Bildungswesen.“ Konsequenz war daher, dass die Kosten für wesentliche Arbeitsformen der Jugendhilfe wie „Jugendverbands- und Jugendgruppenheime, Jugendfreizeitstätten, Heime der Offenen Tür und Häuser der Jugend (...) im Rahmen der örtlichen Infrastruktur geschaffen“ werden sollten. Für „Jugendbildungsstätten“ gab es sogar konkrete Kostenberechnungen. Gefordert wurde eine „verstärkte Kooperation der Außerschulischen Jugendbildung mit dem übrigen Bildungswesen.“ Unterschieden werden die verschiedenen Arbeitsformen der Jugendhilfe jedoch nicht (3).

Unterstützungssystemen wie der Schulpsychologie, Berufs- und Studienberatung oder der Jugendhilfe wurde in den Bildungsgesamtplänen eine Beratungsaufgabe oder eine Feuerwehrfunktion zugewiesen. Diese Systeme sollten das leisten, was Schule und Elternhaus alleine nicht leisten können, und all das einbeziehen, was parallel zur Schule oder nach der Schulzeit für Kinder und Jugendliche insofern relevant sein könnte, als dass es die Unterrichtsarbeit in der Schule erleichtert.

Von einer systematischen Bildungsplanung konnte man trotz der eindrucksvollen Begrifflichkeit der „Bildungsgesamtpläne“ nicht sprechen. Die Bildungsgesamtpläne beschränkten sich

weitgehend auf Planzahlen im Bereich der Input-Steuerung von Schule. Schon Ende der 70er Jahre wurden die Bildungsgesamtpläne zu den Akten gelegt. Dies änderte sich erst in den 90er Jahren: Beispielhaft sei der Titel „Von der Bildungsplanung zur Schulentwicklung“ aus dem Jahre 1999 zitiert. Das Buch ist eine Festschrift zu Ehren von Rainer Brockmeyer, der lange Zeit im nordrhein-westfälischen Kultusministerium für die Bildungsplanung verantwortlich zeichnete. Rainer Brockmeyer sprach von einer „Lähmung der administrativen Bildungsplanung“ und forderte eine Öffnung der Schulpolitik und Schulentwicklung zu anderen Akteuren: „Immer wichtiger wird offenbar die Tätigkeit von Agenturen und Beratern. Sie haben es leichter, die administrative Distanz in den Bildungseinrichtungen, in den Städten und Gemeinden zu überwinden, Planungsphantasie zu entfalten und Planung als Hilfe zur Eigenplanung zu betreiben.“ (4)

Offiziell wurde Bildungsplanung jedoch erst mit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie reaktiviert, allerdings unter völlig anderen Vorzeichen als in den 70er Jahren. Der Grund liegt in einer denkwürdigen Parallele zwischen den 70er Jahren und dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts: Zu beiden Zeiten reagierte Bildungspolitik auf ein zumindest gefühltes Katastrophenszenario: die so genannte „Bildungskatastrophe“ der 60er Jahre, die zu einer Grundgesetzänderung führte und Bildungsplanung zur gemeinsamen Aufgabe des Bundes und der Länder erklärte, sowie die durch die Ergebnisse der ersten PISA-Studie ausgelöste – nicht so genannte, aber in allen Medien so vorgestellte – zweite „Bildungskatastrophe“, die ebenfalls mit einer Grundgesetzänderung einherging und Bildungsplanung zur ausschließlichen Aufgabe der Länder erklärte.

Mit PISA entdeckten die Länder die Output-Steuerung als zentrale Aufgabe der Bildungsplanung. Im Ergebnis: Alle für Bildung zur Verfügung stehenden Ressourcen werden auf die Schule als eigenständiges und in sich geschlossenes System konzentriert. Diese Ressourcen bestehen in der Regel aus den Lehrkräften und Lehrplänen (Input-Steuerung)

sowie aus den Maßnahmen, die zur Überprüfung der Ergebnisse dienen, insbesondere Schulinspektionen, Lernstandserhebungen und Zentralabitur (Output-Steuerung).

Vertrautes wird unvertraut – auch in der Schule

„Im Zentrum der Bildungspolitik steht die Schulpolitik. Sie geht irgendwann im Leben jeden an.“ Dies sind die einleitenden Sätze in Hans H. Wilhelmis Beitrag zur zitierten Festschrift für Rainer Brockmeyer (5).

Aber: Es reicht nicht aus, sich auf die Schulpolitik zu konzentrieren, denn die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen stellen alle bisher gepflegten Urteile und Vorurteile über Notwendigkeiten und Wirkungen schulischen Lernens in Frage: „Vertraute Muster der Wahrnehmung und der Deutung von Sachverhalten tragen nicht mehr; Erwartungshorizonte driften auseinander; einschneidende Diskontinuitäten zeichnen sich ab (...) Alle bisherigen Leitbegriffe, also Bildung, Erziehung, Qualifikation, Kompetenz, Sozialisation, Enkulturation und nicht zuletzt Chancengleichheit, aber auch Institutionen, Verfahren und Instrumente werden mit Blick auf den neuen Kontext nach Inhalt, Gewicht und Zuordnung zu überprüfen sein, ob und wie sie für die Zukunft tragend sein können.“ (6)

Das ist ein schon fast (de-)konstruktivistisches Bild. „Umgang mit Komplexität“, „Reflexion von Werten“, „Auseinandersetzung mit ungelösten Problemen“ – das sind die eigentlichen inhaltlichen Herausforderungen an jede Bildungseinrichtung (7). Man könnte sogar von einem „Komplexitätsdilemma“ sprechen, das schulisches Lernen mehr beeinflussen mag als manchen Lehrer/-innen lieb ist. Der Umgang mit Vorläufigkeiten, Wahrscheinlichkeiten und Risiken verunsichert viele Menschen, nicht nur bei der Suche nach der sicheren Rente.

Bei der mitunter auch in sich widersprüchlichen Komplexität der Botschaften aus der Wissenschaft geht oft die Orientierung verloren. So entsteht ein zweites Dilemma: das Parteilichkeitsdilemma, das auch als Zeigefingerdilemma bezeichnet werden könnte. In

SCHWERPUNKT

den Siebzigerjahren, als man noch heftig über die berühmt-berüchtigten hessischen Rahmenrichtlinien zu den gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächern stritt, verständigten sich die Kultusminister der Länder daher auf den Beutelsbacher Konsens. Alles, was in der Gesellschaft strittig sei, sollte auch in der Schule strittig behandelt werden. Keine einfache Aufgabe, wenn Kinder und Jugendliche fragen, was denn bei den vielen Meinungen zur Umwelt, zur Wirtschaft, zur gesellschaftlichen Entwicklung nun wirklich stimmt und was man mit gutem Gewissen tun dürfe (8).

Die beiden zuletzt zitierten Ausführungen stammen aus Aufsätzen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Dies ist keine beliebige Themenwahl. Die Vereinten Nationen haben für die Jahre 2005 bis 2014 die Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgerufen. Bildung für nachhaltige Entwicklung vereinigt in sich im Grunde alle Problemlagen moderner Bildungs- und Schulpolitik. Es geht um die Grundsatzfrage, was man an welchen Themen mit welchen Methoden lernen müsse, um zumindest eine vorläufige Ordnung in den Wust von Wissen und Unwissen zu bringen, die jeden Menschen heute umgibt. Dort wo die Welt beschleunigt, sollte Bildung systematisch verlangsamen. Das hat nichts mit der Frage der Länge der Schulzeit zu tun, aber sehr viel mit der Frage nach den Inhalten der Schule und vor allem mit den Kontexten, in denen erfolgreich gelernt werden sollte.

Diese Debatte spielt bei der Erstellung von Lehrplänen durchaus eine Rolle, nicht jedoch bei der Frage nach Zielen und Gegenstand von Bildungsplanung. Schon in den Bildungsgesamtplänen ging es um die Rahmenbedingungen des Lernens, nicht um die Inhalte. So auch heute: Die Öffentlichkeit misst Schulqualität mehr oder weniger an Ergebnissen des Unterrichts, die in Leistungstests

nachprüfbar sind. PISA, IGLU und Lernstandserhebungen ermitteln die Ergebnisse individueller Lernprozesse in Gestalt erworbener Kompetenzen auf einer phänomenologischen Ebene. Sie geben jedoch allenfalls mittelbar Hinweise zu den Rahmenbedingungen oder zur Qualität von Lehr- und Lernprozessen.

Die Kinder werden immer schwieriger und sitzen zu viel vor dem Computer – so lautet eine gern zitierte Diagnose. In

über die Lebens- und Bildungswelten der Kinder und Jugendlichen (9).

Lehrer/-innen haben in ihrer Ausbildung viel über die von ihnen zu unterrichtenden Fächer gelernt, auch über Methoden des Unterrichts, in der Regel jedoch wenig über die Lebens- und Bildungswelten ihrer Schüler/-innen.

Unter diesen Voraussetzungen ist es verständlich, wenn sich Lehrkräfte in der Regel auf die ihnen vertrauten „harten“ Faktoren der Schulqualität konzentrieren. Unterricht – das kann man. Es mag helfen, auch das einzubeziehen, was im Umfeld der Schule geschieht, aber ist es auch für die von Behörden und Öffentlichkeit verlangte Verbesserung von Schulqualität von grundlegender Bedeutung? Hauptsache die Noten stimmen.

Ganztag öffnet Türen ...

Unabhängig von allen Bestrebungen um eine inhaltliche Reform schulischen Lehrens und Lernens entwickelte sich in den vergangenen fünf bis sechs Jahren eine Strukturdebatte, die die Traditionen der auf Schule konzentrierten Bildungsdebatte mehr oder weniger auf den Kopf oder auf die Füße zu stellen verspricht.

Der Ausbau von Ganztagsschulen war zwar auch schon in den Bildungsgesamtplänen Thema.

Bis zum Jahr 1985 sollten 30 Prozent aller Schüler/-innen als Ganztags Schüler/-innen lernen, ein Ziel, das im Jahr 2008 erreichbar erscheint. Die Bildungsgesamtpläne gingen von einem Mehrbedarf an Lehrkräften in Höhe von 20 Prozent und einem Mehrbedarf an „Assistenten und weiterem Personal“ in Höhe von 100 Prozent aus (10).

Der Ausbaudes Ganztags ist in Deutschland ein Paradigmenwechsel. Vor- und Nachmittag wachsen unter dem Dach der Schule zusammen. Es verändern sich das Zeitbudget der Kinder und Jugendlichen, Einstellungen und Arbeitsformen des schulischen und außerschulischen



Zeitschriften, die Eltern und andere an Erziehung interessierte Menschen gerne in ihrer Freizeit lesen, wird vielleicht mal das ein oder andere Ergebnis der Hirnforschung zitiert. Meistens geschieht dies so, als wenn es Schule gar nicht gäbe, sodass man sich auch nicht wundern muss, warum Ratgeberliteratur und Nachhilfeeinstitute so gute Geschäfte machen. Wie weit und womit Schule jedoch an Bildungsprozessen beteiligt ist, wird kaum in der Tiefe diskutiert. Das Deutsche Jugendinstitut belegt dies sehr anschaulich in der Studie „Schule, Stadtteil, Lebenswelt“: Selbst die Lehrkräfte wissen in der Regel viel zu wenig

Personals, die Angebotsformate von offener Jugendarbeit, Jugendkulturarbeit und Sportvereinen (11). Viele Einrichtungen, aber auch Einzelpersonen wie Künstler/-innen entdecken neue Wirkungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Schule. Es gibt allerdings auch die Sorge, dass manches Angebot nur unter dem Dach der Schule überleben kann. Befürchtet wird nicht zuletzt eine „freundliche Übernahme“ (12).

Auch für die Schule ändert sich einiges. Es gab in den 90er Jahren bereits eine Öffnung der Schule zur Zusammenarbeit mit anderen Partnern, deren bekannteste Ausprägung das nordrhein-westfälische GÖS-Programm war. Mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten unter dem Dach der Schule geht es in der Schule jedoch um weit mehr als die erprobte, in den 90er Jahren noch maßgeblich von Schule dominierte Öffnung von Schule. Schulen können ihren Bildungsauftrag heute nicht mehr ohne Sozialraumorientierung, ohne Praxiskontakte zur Erprobung des Erlernten, ohne verbindliche Arbeitsbeziehungen zwischen Schule, Jugendhilfe, Wirtschaft, Kultur, Sport etc. hinreichend erfüllen. Gelegentliche Projekte reichen da nicht aus. Erforderlich werden auf Dauer und Nachhaltigkeit und vor allem auf gleicher Augenhöhe zwischen Schule und ihren Partnern angelegte Bildungspartnerschaften (13).

Jugendhilfe hat offensiv reagiert. Die Stellungnahmen des Bundesjugendkuratoriums zur Ganztagschule und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften wären vielleicht ohne den Ausbau der Ganztagschulen nicht oder zumindest nicht in der vorgelegten Form entstanden. „Schule wird Lebensort“, das ist das Angebot der Jugendhilfe. Die Hoffnung: Schule muss, kann und wird sich im Dialog mit ihren Partnern verändern (14). „Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule ist mehr als die Addition der Kompeten-

zen und Ressourcen zweier Institutionen. Wünschenswerte Synergieeffekte können dann entstehen, wenn sich beide Seiten ihrer gesellschaftlichen Aufgaben und Ziele bewusst sind, diese beim jeweiligen Partner akzeptieren“ (15).

Besonders pragmatisch hat der Sport reagiert. In Nordrhein-Westfalen entstanden beispielsweise mit Einrichtung der offenen Ganztagschulen 54 Koordi-

ja auch nicht nur die Sichtweisen der Schule und der Jugendhilfe. Es kommen weitere Akteure ins Spiel, beispielsweise Musikschulen, Sportvereine, Jugendkunstschulen, Partnerbetriebe, Handwerk, die aus ihrer jeweiligen Fachlichkeit und ihren Traditionen heraus wiederum eigene Vorstellungen von Qualität in den Ganztag hineinbringen.

Im Ganztag unter dem Dach der Schule werden Spannungsfelder sichtbar, die die Beteiligten bisher nicht kannten: freiwillige und verpflichtende Teilnahme der Kinder und Jugendlichen, Präsenzzeiten und Arbeitszeitregelungen für das Personal, Traditionen und Fachlichkeit der beteiligten Berufsgruppen, Vorstellungen zur Zeitstruktur und Raumgestaltung, von den Lebenswelten und Sozialräumen der Schüler/-innen sowie zu den erwartbaren und erwarteten Ergebnissen von Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung, Sport und Kultur. Die unterschiedliche Bezahlung der geleisteten Arbeit trägt ihren Anteil zu möglichen Spannungen bei. Die von den Bildungsgesamtplänen eingeforderten Personalkostenzuschläge werden von den meisten Ländern für die Seite der Lehrkräfte erfüllt, nicht jedoch für die der außerschulischen Fachkräfte.

Im Ganztag ergibt sich schließlich ein Spannungsfeld aus elterlichen, pädagogisch durchaus begründbaren Erwartungen an das Personal: möglichst viel Kontinuität bei gleichzeitig möglichst hoher Vielfalt der Förder- und Freizeitangebote, möglichst hohe fachliche Qualität bei gleichzeitig überschaubarem, möglichst täglich ansprechbarem Personal – dies alles bei möglichst flexiblen Öffnungszeiten.

Es wäre vermessen zu behaupten, dass sich all diese Spannungsfelder schlagartig auflösen ließen. Vor allem kommt es darauf an, dass und wie die verschiedenen Berufsgruppen miteinander kooperieren und sich die Zeit nehmen (können), sich über die Entwicklung der



nationsstellen für die Zusammenarbeit von Schule und Sportvereinen im Ganztag auf der Ebene der Stadt- und Kreissportbünde.

... und schafft Spannungsfelder

„Bildung ist mehr als Schule, und Schule ist mehr als Unterricht.“ Auf der Konzeptebene ist dieser Satz in Schule und Jugendhilfe Konsens, in der Praxis gibt es noch einigen Entwicklungsbedarf. Ganztag ist kein beliebiges Additum, sondern Strukturmerkmal zukunfts-fähiger Schulen.

Der Weg zu einem kollegialen Verständnis der Arbeit im Ganztag ist für alle beteiligten Seiten noch weit. Es gibt

Angebote und über Stärken und Förderbedarfe der Kinder zu verständigen.

Vom Unterstützungssystem zur Partnerschaft

Es gibt eine völlig neue Gemengelage. Es geht um Öffnungszeiten außerschulischer Angebote, um den Auftrag der Jugendhilfe, um den Erziehungsauftrag von Eltern und vor allem darum, wer in dieser Gemengelage eigentlich wen unterstützt oder ob möglicherweise doch etwas entstehen könnte wie eine neue Partnerschaft auf der viel beschworenen gleichen Augenhöhe.

Man erinnert sich vielleicht an die Feuerwehrrolle, die die Bildungsgesamtpläne der Jugendhilfe und anderen Schule unterstützenden Beratungsdiensten zuwiesen. Eine nachhaltig tragfähige Partnerschaft ist jedoch viel mehr als ein Unterstützungssystem. Sie verlangt eine Bildungsplanung, die alle Akteure beteiligt, deren Bildungsleistungen von Kindern und Jugendlichen in Anspruch genommen werden bzw. in Anspruch genommen werden können. Bildungslandschaften und Bildungnetzwerke müssten in diesem Sinne Gegenstand von Bildungsplanung werden. Das 2007 veröffentlichte Diskussionspapier des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften bietet hierzu den umfassendsten Ansatz (14).

Nicht nur der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, dass der Begriff der „Bildungslandschaft“ nicht erst im Jahr 2007 erfunden wurde. Man liest ihn schon in der „Denkschrift“ der Bildungskommission NRW aus dem Jahr 1995: „(...) ist es nach Auffassung der Kommission notwendig, durch Kooperation zwischen den öffentlichen und privaten Trägern der schulischen Bildungseinrichtungen, den verschiedenen Trägern der beruflichen Bildung und der Weiterbildung eine bessere Verständigung über Entwicklungsvorstellungen und Planungen zu ermöglichen.“ Es folgt eine Darstellung von „Elementen des Konzeptes ‚Regionale Bildungslandschaften‘“ (16).

Ein schöner Begriff, doch in der Ausführung eine verpasste Gelegenheit. Jugendhilfe spielt in der Denkschrift keine Rolle. In einem Buch von 354 Seiten findet sich ein einziger Satz: „In diesem Zusammenhang sollte in immer stärkeren Maße auch die Neuorientierung der Jugendarbeit und ein Zusammengehen von Schule und Jugendarbeit bei Wahrung der Eigenart beider Bereiche in Zielsetzungen und Arbeitsstilen intensiviert werden.“ Dieser Satz findet sich



LOCATION GESUCHT

WO SOLLEN WIR DENN HIER FEIERN UND TANZEN?

**WIR SUCHEN:
- TANZFLÄCHE
- GUTE MUSIK
- COOLE LEUTE
- GUT BEZAHLBAR**



natürlich in einem Kapitel über Ganztagschulen (17).

Ganztagschule, das ist offenbar eine Form der Zusammenführung von Aufgaben der Betreuung, der Bildung, der Erziehung, der individuellen Förderung, in der Schule gar nicht anders kann, als sich für eine dauerhafte Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe und anderen Partnern zu öffnen. Schule ist auf Partner angewiesen, und das ist die Chance all derer, die in der Zeit von den Bildungsgesamtplänen der 70er Jahre bis hin zu den ersten Versuchen selbstständiger und eigenverantwortlicher Schule in den 90er Jahren im Einzelfall willkommene Unterstützung leisteten, aber im

SCHWERPUNKT

Gründe doch nur bei schulischem Notruf zur großen Familie der Bildungspolitik gezählt wurden.

Partnerschaften entstehen unter Druck

Der Ganztags scheint zu schaffen, was kein anderes System bisher geschafft hat. Bis zum Beginn des Ausbaus von Ganztagschulen in Deutschland, der erst so richtig in Schwung kam, als die damalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) verkündete, war Jugendhilfe entweder ein Unterstützungssystem, das erst tätig wurde, wenn Schule mit einer bestimmten Schar von Schüler/-innen nicht mehr weiter wusste, oder ein Parallelsystem, das in den Horten oder in der offenen Jugendarbeit Schüler/-innen eine bessere Welt versprach. Die nordrhein-westfälische Initiative „Pro Hort“ warb noch in den Jahren 2003 und 2004 ausdrücklich mit dem Argument gegen die offene Ganztagschule, dass der Hort den Kindern über die Ungerechtigkeiten der Schule hinweghelfe.

Es hat viele Gründe, warum Jugendhilfe sich so lange in Deutschland von der Schule abkoppelte. Schule tat sicherlich das ihre dazu, dass zwei Königskinder noch nicht einmal erkannten, dass sie einander lieben könnten. Das Wasser war nicht nur tief, sondern auch so weit, dass man einander an keinem Horizont entdeckte. Während die diversen Schulmodelle seit der Zeit der Bildungsgesamtpläne Jugendhilfe mehr oder weniger als Feuerwehr beschrieben, die es neben Schulpsychologie, Berufs- und Studienberatung ja auch noch gab, kämpfte Jugendhilfe um ihre Kodifizierung in Gesetzen und Haushaltsplänen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (Sozialgesetzbuch VIII) trat 1990 in Kraft – nach jahrzehntelangem Kampf. In der ersten Föderalismusreform wurde den Ländern

wiederum freie Hand gegeben, die Jugendhilfegesetzgebung zu vereinfachen, sprich: ggf. auch auf die kommunale Ebene zu deregulieren. In Haushaltsverhandlungen kämpft Jugendhilfe um jede Mark und jeden EURO.

In Bildung wird immer wieder investiert. Neue Lehrerstellen gehören zu den Leistungsbilanzen aller Landesregierungen, während die Stellen für die Kindertageseinrichtungen oder die offene Jugendarbeit in Wahljahren selten gezählt werden. Bestandswahrung oder Ausbau scheint in der Regel nur dann zu gelingen, wenn Jugendhilfe sich mit der Schule einlässt, in Ganztagschulen oder in der Schulsozialarbeit. In Nordrhein-Westfalen dürfen Schulsozialarbeiter/-innen nur dann auf Lehrerstellen geführt werden, wenn die vorhandene Jugendsozialarbeit konzeptionell einbezogen, im Stellenumfang beibehalten oder sogar ausgebaut wird. Die Forderung nach Bildungslandschaften oder Bildungsnetzwerken besitzt für die Jugendhilfe durchaus existenzielle Bedeutung.

Im Sport und in der Jugendkulturarbeit gibt es ähnliche Entwicklungen. Etwas problematischer ist die Situation der außerschulischen Jugendkulturarbeit. Musikschulen oder Jugendkunstschulen arbeiten aktiv und gerne im Ganztags mit, erleben jedoch oft genug, dass sie es dort mit Kindern zu tun haben, deren Motivation nicht unbedingt das Maß erreicht, das man kennt.

Partnerschaften brauchen Pflege ...

Das Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften kommt zur rechten Zeit. Nicht nur in Ganztagschulen, sondern auch an anderer Stelle wird über Bildungsnetzwerke und Bildungslandschaften nachgedacht. Der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf kann nur bewältigt werden, wenn die Wirtschaft mitzieht. Handwerksmeister/-innen sollen in den Schulen mitarbeiten, vor allem dort, wo Schüler/-innen nur wenige Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Schulpsychologen/-innen sollen die Schulen bei der Gewaltprävention und der individuellen Förderung unterstützen. Erfahrene

Senioren/-innen werden rekrutiert, um Lehrkräfte zu coachen oder um Schüler/-innen neue Einblicke in das Arbeitsleben zu verschaffen.

Kern der erfolgreichen Praxis der offenen Ganztagschule im Primarbereich sind Kooperationsverträge zwischen den Partnern, in diesem Fall den Schul- und Jugendhilfeträgern sowie den Schulen über die Inhalte und Verfahren der Zusammenarbeit. Im Elementarbereich sind die Familienzentren zur Verknüpfung von verschiedenen Beratungsdiensten für Kinder und Familien in der Kindertageseinrichtung ein zukunftsweisendes Modell, das auch für Schule von Interesse sein dürfte.

Auf der kommunalen Ebene entstehen Formen der Begegnung der Akteure, die die Zusammenarbeit fördern und den Partnern Gelegenheit geben, sich regelmäßig über die bisherigen und zukünftigen Inhalte und Verfahrensweisen auszutauschen. Gemeinsame Sitzungen von Schul- und Jugendhilfeausschüssen, Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII, Schulleitungskonferenzen, Qualitätszirkel auf Steuerungs- und auf Arbeitsebene, ggf. auch im Verbund schulischer Netzwerke, erhalten Auftrieb – vorausgesetzt allerdings, dass in der Kommune der politische Wille besteht, diese Instrumente zu nutzen und alle Akteure zu ermutigen, sich an einer mehr oder weniger institutionalisierten Zusammenarbeit zu beteiligen.

Doch wie fügt sich dies alles zusammen? Der Deutsche Verein gibt Antworten: „Eine kommunale Bildungslandschaft entsteht, wenn alle am Prozess der Bildung, Erziehung und Betreuung beteiligten Akteure ihre Angebote miteinander verschränken und zu einem konsistenten Gesamtsystem zusammenführen: Familie, Kindertageseinrichtung, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft und Betriebe etc. (...) Die Verantwortung für den Aufbau, die Gestaltung und Pflege des Bildungsnetzwerks obliegt der Kommune.“ Es folgen Vorschläge zur Datenerfassung, zum Bildungsmonitoring, zur Zusammenführung von Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung, zur Einbeziehung von Sozial-, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungsplanung, zur „systematischen Er-

fassung der Förderbedarfe junger Menschen im kommunalen Raum“. (14)

... auch auf Landesebene

Die Förderung von Bildungslandschaften ist kein Ansatz, mit dem sich das Land von einer Aufgabe entlasten könnte. Man muss dies leider sagen, denn der Gedanke einer Deregulierung von Verantwortung liegt manchen Verfechtern/-innen selbstständiger und eigenverantwortlicher Schulen nicht immer fern.

Bildungsplanung muss auch auf der staatlichen Seite stattfinden und für vergleichbare Lebensverhältnisse in allen Landesteilen sorgen. Es versteht sich nicht von selbst, dass alle Kommunen die Aufgabe der örtlichen Bildungsplanung für sich entdecken. Und wenn sie sie entdeckt haben, bedarf es einer gemeinsamen Qualitätsentwicklung von Land und Kommunen. Das Land Nordrhein-Westfalen entwickelt in diesem Sinne Rahmenbedingungen und Anreize für die Entwicklung örtlicher Bildungsplanungs- und Qualitätsentwicklungsprozesse.

- Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 2004 im Kinder- und Jugendfördergesetz die Abstimmung von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung verankert. Im Jahr 2006 wurde eine entsprechende Formulierung in das Schulgesetz aufgenommen.
- Das Land schließt mit den Kommunen Vereinbarungen ab, in denen man sich über die schulpsychologische Versorgung oder die Umsetzung des Modellversuchs „Selbstständige Schule“ verständigt. Land und Kommunen nehmen in diesen Vereinbarungen Abstand von der reinen Lehre der Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten. Sie erklären Bildungsförderung zur gemeinsamen Aufgabe, zu deren Erfüllung jeder nach seinen Möglichkeiten seinen Teil beiträgt. Seine Ressourcen zur Unterstützung von Schulen setzt das Land dabei sozusagen als Anreiz für die Kommunen ein, ihrerseits eigene Ressourcen bereit zu stellen.
- Im von Schul- und Jugendministerium u.a. mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege

abgestimmten Erlass vom 26.01.2006 zur offenen Ganztagschule wird ein gemeinsamer Qualitätsentwicklungsprozess auf Landesebene angekündigt, an dem alle überregional tätigen Akteure beteiligt werden sollen.

- Das Land hat externe Einrichtungen beauftragt, die Qualitätsentwicklungsprozesse auf der örtlichen Ebene landesweit zu unterstützen und zu begleiten. Ein beispielhaftes Instrument ist die Serviceagentur Ganztätig Lernen NRW (SAG) in Münster. Die SAG ist doppelt besetzt: Fachkräfte der Jugendhilfe und Lehrkräfte arbeiten zusammen. Partner der SAG sind weitere Fachagenturen auf Landesebene, beispielsweise der LandesSportBund, die Arbeitsstelle für den Schulsport, die Verbraucherzentrale NRW und vergleichbare Einrichtungen im Kulturbereich.
- Das Land hat den Ganzttag in allen 54 regionalen Kompetenzteams der Lehrerfortbildung verankert. Das Schulministerium führt gemeinsam mit der SAG regelmäßige Regionalkonferenzen mit der oberen und unteren Schulaufsicht sowie den in den Kompetenzteams zuständigen Moderatoren/-innen durch, in denen Verfahren und Inhalte der Qualitätsentwicklung besprochen werden.
- Die Landesjugendämter bieten Fachberatung zum Ausbau und zur Qualitätsentwicklung des Ganztags, zunehmend unter dem Aspekt der Förderung von Bildungslandschaften. Sport- und Kulturorganisationen haben eigene Unterstützungssysteme aufgebaut.
- Träger der Weiterbildung qualifizieren Personal im Ganzttag. Die Nachfrage aus der Praxis ist so hoch, dass es voraussichtlich noch im Jahr 2008 zu einer Vereinbarung zwischen Land und Weiterbildungsträgern über einen Qualitätsrahmen für Fort- und Weiterbildung zum Ganzttag kommen wird.
- Inhaltliche Grundlage für Qualitätsentwicklung, Fort- und Weiterbildung

im Ganzttag ist das von der SAG entwickelte Evaluationsinstrument „Qualitätsentwicklung in Ganztagschulen“ (QUIGS). QUIGS entfaltet Indikatoren, die Unterricht und außerunterrichtliche Angebote in einen Kontext bringen: Zeit, Raum, der Umgang mit Heterogenität, Lebensweltbezug, Sozialräumlichkeit, Partizipation, Kooperationskultur. QUIGS ist ein attraktives und handhabbares Instru-



ment für Ganztagschulen in der Zeit zwischen den Terminen der nordrhein-westfälischen Ausprägung der Schulinspektionen, der Qualitätsanalyse. QUIGS wurde für den offenen Ganzttag entwickelt. Es ist aber auch für andere Schulformen anwendbar und kann von den Schulen selbstständig erweitert werden (18).

Bildungslandschaft mit Aussicht

Die Einrichtung kommunaler Bildungslandschaften und Bildungsnetzwerke systematisiert auf der kommunalen Ebene das, was auf der Ebene der einzel-

SCHWERPUNKT

nen Einrichtung die Öffnung von Schule zu außerschulischen Partnern bzw. die Öffnung von Jugendhilfe, Kultur, Sport und Wirtschaft zur Schule einfordern. Hier findet Bildungsplanung ihren neuen Ort in Form einer kommunalen Bildungsplanung, die zunächst alle Einrichtungen, die sich mit Kindern und Jugendlichen befassen, als Bildungslandschaften versteht und einbezieht.

Mehr denn je brauchen selbstständige und eigenverantwortliche, in der Regel ganztätig arbeitende Schulen den Austausch mit anderen Schulen, den Austausch mit ihren außerschulischen Partnern und Orientierung an einsehbaren Indikatoren der Qualitätsentwicklung in einem Feld, das sie alleine gar nicht mehr überblicken: nicht nur aus in der sozialen Differenzierung der Schüler/-innen liegenden Gründen, sondern auch aus der inhaltlichen Weite all dessen, was Kinder eben nicht nur in Schule, sondern in Medien und an anderen Orten erfahren.

Die Ausprägungen und Wirkungen einer Bildungslandschaft hängen in jeder einzelnen Schule und bei jedem einzelnen Bildungsträger davon ab, wie weit sich alle beteiligten Lehr- und Fachkräfte als in ihren Bemühungen um ihre jeweilige Qualitätsentwicklung ernst genommene und verlässlich unterstützte

Partner einer örtlichen Bildungslandschaft erleben.

Schubladendenken hilft nicht mehr weiter. Das Bundesjugendkuratorium hat in seiner Stellungnahme „Neue Bildungsorte für Kinder und Jugendliche“ aus dem Jahr 2004 eine Vision formuliert: „Es bedarf einer neuen ‚Ganztagsbildung‘ für Kinder, die weder in der herkömmlichen Schule noch durch die bisherige Jugendhilfe allein zu realisieren ist, sondern der weitgehenden Umgestaltung aller Bildungsträger und neuer Formen und Qualitäten der Kooperation in den Kommunen und Regionen bedarf.“ (19)

Die Bildungsplanung hat ihre neue Aufgabe: Neben Input- und Outputsteuerung wird Prozesssteuerung Kernaufgabe einer integrierten Bildungsplanung, die alle an Bildungsprozessen beteiligten Institutionen und Personen aktiv und sichtbar vernetzt. Bildungslandschaften machen das Netzwerk der Partnerschaften sichtbar und sorgen für abgestimmte Verfahren der Qualitätsentwicklung und nicht zuletzt für Transparenz und Vergleichbarkeit, auch auf Landesebene.

Kontakt:

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Norbert Reichel, Völklinger Str. 49, 40221 Düsseldorf

Telefon 0211/5867-3398

E-Mail: norbert.reichel@msw.nrw.de

www.msw.nrw.de

Anmerkungen:

- (1) Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK), Bildungsgesamtplan, Stuttgart 1973, 2 Bände, Bd. I S. 39f. (Beschluss der BLK vom 14.6.1973 und der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 20.9. und 30.11.1973).
- (2) Ebd., Bd. I, S. 79ff. In diesem Sinne auch: Deutscher Bildungsrat, Zur Reform von Organisation und Verwaltung im Bildungswesen Teil I – Verstärkte Selbständigkeit der Schule und Partizipation der Lehrer, Schüler und Eltern, Bonn 1973, S. 35ff. (verabschiedet auf der 30. Sitzung der Bildungskommission am 23.5.1973 in Bonn).
- (3) Ebd., Bd. I, S. 68ff.
- (4) Erika Risse, Hans-Joachim Schmidt (Hrsg.), Von der Bildungsplanung zur Schulentwicklung – Rainer Brockmeyer zu Ehren, Neuwied 1999, S. 35.
- (5) Hans H. Wilhelmi, Innovationspolitik auf gesamtstaatlicher Ebene – Ein Lernprozess, in: Erika Risse (s. Anm. 4), S. 175.
- (6) Ebd., S. 186.
- (7) Regula Kyburz-Graber, Dominique Högger, Sozial-ökologische Umweltbildung aus konstruktivistischer Sicht, in: Dietmar Bolscho, Gerhard de Haan (Hrsg.), Konstruktivismus und Umweltbildung, Opladen 2000, S. 136f.

- (8) Norbert Reichel, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Eine kurze Bestandsaufnahme zu Beginn der UN-Dekade zu einer Erfolgsgeschichte, die vielleicht gar keine ist, in: Bettina Hiller / Manfred Lange (Hrsg.), Bildung für nachhaltige Entwicklung – Perspektiven für die Umweltbildung, Münster 2006, S. 91ff.
- (9) Wolfgang Mack, Schule, Stadtteil, Lebenswelt. Eine empirische Untersuchung. Opladen 2003, S. 219ff.
- (10) BLK, Bildungsgesamtplan (s. Anm. 1), Bd. II, S. 136.
- (11) Helle Becker, Evaluationsbericht zum Projekt „Kultur macht Schule“, Remscheid 2007, nur online unter www.kultur-macht-schule.de
- (12) Ulrich Deinet, Schule und Jugendarbeit – von der Kooperation zur freundlichen Übernahme, in: Deutsche Jugend 50 Nr. 7/8 (Weinheim 2002), S. 326 ff.
- (13) Thomas Coelen, Kommunale Jugendbildung – Vernetzung von Jugendhilfe und Schule als kommunales Angebot, in: Birger Hartnuß /Stephan Maykus (Hrsg.), Handbuch Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Ein Leitfaden für Praxisreflexionen, theoretische Verortungen und Forschungsfragen. Berlin 2003.
- (14) Siehe vor allem die folgenden beiden Grundsatzpapiere: (a) Bundesjugendkuratorium, Auf dem Weg zu einer neuen Schule. Jugendhilfe und Schule in gemeinsamer Verantwortung – Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung zur Schaffung von mehr Ganztagschulen, Bonn 2003. (b) Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. – Diskussionspapier zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften, Berlin 2007.
- (15) Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Empfehlungen und Arbeitshilfe für den Ausbau und die Verbesserung der Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit der Schule, Frankfurt am Main 2000, S. 7.
- (16) Bildungskommission NRW, Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‘ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Neuwied 1995, S. 289.
- (17) Ebd., S. 40
- (18) Serviceagentur Ganztägig Lernen Nordrhein-Westfalen: Qualitätsentwicklung in Ganztagschulen (QUIGS), Der Ganztag in NRW Heft 4. Münster 2007.
- (19) Bundesjugendkuratorium, Neue Bildungsorte für Kinder und Jugendliche, Bonn 2004, S. 15.

Expertise: Kooperation von Jugendhilfe und Ganztagschule

Eine empirische Bestandsaufnahme im Prozess des Ausbaus der Ganztagschulen in Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) möchte mit der vorliegenden Expertise einen Beitrag zum Diskurs über die Entwicklung lokaler Bildungslandschaften leisten. Ausgehend von Daten der bundesweiten „Studie zur Entwicklung der Ganztagschulen – StEG“ werden hier erstmalig empirisch belastbare Aussagen über die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe beim Auf- und Ausbau der Ganztagschulen getroffen.

Nach einer Bestandsaufnahme der Kooperationen werden Kooperationsstrukturen und Angebotsformen analysiert. Im Vergleich mit anderen Kooperationspartnern von Ganztagschule beleuchtet die Expertise u.a. den Personaleinsatz der Kinder- und Jugendhilfe, es werden Formen der Qualitätssicherung identifiziert und der Grad der sozialräumlichen Vernetzung sowie die Folgen untersucht, die sich aus der Kooperation für die Kinder- und Jugendhilfeorganisationen ergeben. In einem abschließenden Schritt werden Weiterentwicklungsbedarfe skizziert.

Bezug: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (Hrsg.). „Expertise: Kooperation von Jugendhilfe und Ganztagschule“. Berlin 2008. 110 Seiten. 7,- EUR zzgl. Versand. – www.agj.de

Letzte Chance für gute Schulen

Die 12 großen Irrtümer und was wir wirklich ändern müssen

Eine Buchbesprechung von Hans A. Hammermann

Als mir das Buch mit dem viel versprechenden Titel zum Lesen empfohlen wurde, war ich skeptisch. Kann auf 184 Seiten die letzte(?) Chance für gute Schulen beschrieben werden? Kann ein Volkswirt Lehrer/-innen sagen, wie sie Schule zu gestalten haben? Wird pädagogischem Sachverstand eine ausschließliche Kosten-Nutzen-Analyse gegenübergestellt? Ich bin an die Lektüre des Buches nicht vorurteilsfrei herangegangen.

Erste Überraschung: Das Buch ist anschaulich und pointiert geschrieben. Dazu tragen zahlreiche Graphiken ebenso bei wie zusammenfassende Sätze am Seitenrand, die wesentliche Ergebnisse festhalten. Wer Einzelheiten nachlesen oder sich in Detailfragen vertiefen will, findet zu jedem Kapitel ausführliche Literaturhinweise. (Ergänzend gibt es ein sechsseitiges Verzeichnis zugrunde liegender Studien unter www.zsdebatten.com/schulewoessmann).

Zweite Überraschung: Der Autor Ludger Wößmann, Professor für Volkswirtschaft, Schwerpunkt Bildungsökonomik, an der Ludwig-Maximilian-Universität und Leiter des Bereichs Humankapital und Innovation beim ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München beschäftigt sich schon seit neun Jahren mit internationalen Schulvergleichsstudien, hat sie systematisch analysiert, ausgewertet und seine Ergebnisse in referierten Publikationen veröffentlicht oder auf Kongressen vorgetragen. Diese nüchterne Vorgehensweise, bei der statistische Methodenbeherrschung eine zwingende Voraussetzung ist, um Fehlschlüsse zu verhindern, führt zu „harten“ Fakten, die weder „rechten“ noch „linken“ Bildungspolitikern in ihr Konzept passen. Als Pädagoge wird man bedauern, dass die quantitative Analyse von Schule und Unterricht nicht von Erziehungswissenschaftlern sondern von Volkswirten beherrscht wird.

Zwölf weit verbreiteten Meinungen („Irrtümern“, S. 22) stellt Wößmann zwölf zentrale Fakten einer guten Schule (S. 25) gegenüber. Den zwölf Irrtümern wird in fünf Kapiteln im Einzelnen nachgegangen, sie werden durch die aus vielfältigen Untersuchungen gewonnenen Ergebnisse widerlegt oder zumindest in Frage gestellt. So wird detailliert der Zusammenhang zwischen besserer Bildung und höherem Einkommen (S. 49 ff) bzw. geringerer Arbeitslosigkeit (S. 54 ff) dargestellt. Wenn 22 Prozent der 15jährigen Schüler/-innen kaum über Mindestkompetenzen in Lesen und Rechnen verfügen (PISA Ergebnis), weiß jeder, wie schwer wenige Jahre später dieser Schülergruppe der Einstieg in das Berufsleben fallen wird. Die negativen Auswirkungen beschränken sich nicht auf den Einzelnen, sie wirken sich in geringeren Wachstumsraten (S. 61) auf die Gesellschaft insgesamt negativ aus.

Wößmann belegt mit den Ergebnissen internationaler Studien, dass höhere Chancengleichheit und eine Steigerung der Leistungen von Schüler/-innen erreichbar sind, wenn Kindertageseinrichtungen ihren Bildungsauftrag ernst nehmen und eine einheitliche Sekundarstufe I für 10 bis 16jährige Schüler/-innen geschaffen wird. Gegenwärtig wird letzteres nur zu oft als „Einheitsschule“ diskreditiert oder als „Gemeinschaftsschule“ propagiert. Die negativen Auswirkungen eines viergliedrigen Schulsystems von Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule sind weitgehend bekannt. Hauptschüler/-innen haben faktisch keine Perspektive auf Ausbildung in einem qualifizierten Beruf. Dazu trägt auch bei, dass sich diese Schüler/-innen selbst aufgegeben haben. Die „bürgerliche Gemeinschaftsschule“ (Wößmann) ist demgegenüber in den meisten Ländern Europas Realität. In Deutschland entsprach vor

SCHLAG**LICHT****Schule**

50 Jahren der „bürgerlichen Gemeinschaftsschule“ die Volksschule, die über 80 Prozent eines Schülerjahrgangs besuchten. Schon eine um zwei Jahre verschobene Aufteilung der Schüler/-innen auf die verschiedenen Schultypen (statt nach Klasse 4 erst nach Klasse 6 wie in Berlin und Brandenburg) kann eine höhere Chancengleichheit nachgewiesen werden (S. 145). Die deutlich geringer gewordene Schülerzahl hat nicht nur östliche Bundesländer veranlasst, das von Klaus Hurrelmann vorgeschlagene Zwei-Säulen-Modell (Gymnasium und eine weitere Sekundarstufenschule für die Klassen 5 bis 10) zu übernehmen. Eine Schulformreduzierung erhöht Chancengleichheit, ohne das Leistungsniveau zu senken (S. 144, 168). Alle in der Bildungspolitik Verantwortlichen sollten sich einem solchen Schulmodell nicht länger verschließen.

Zur eingeforderten größeren Entscheidungsfreiheit der Schulen gehört auf der anderen Seite eine externe und zentrale Überprüfung der erreichten Leistungen. Anders formuliert: große Freiheit der Schulen in Personalauswahl, Verwen-

dung der Finanzmittel, Ausstattung, Gestaltung und Ablauf der Lernprozesse, harte Kontrolle der Schulen im Hinblick auf Lernerfolge der Schüler/-innen.

Eine umfassende Veränderung der Schule vor Ort hat auch Auswirkungen auf Funktion und Aufgabenstellung der Schulaufsicht. Sie wird sich noch stärker als externer Berater der Schulleitung verstehen müssen und ihre Rolle als vorgesetzte Dienstbehörde bei der Kontrolle des Lernerfolgs der Schüler/-innen sowie der Rechenschaftslegung der Schulen wahrzunehmen haben.

Bei seiner quantitativen Analyse einzelner Unterrichtsaspekte entdeckt Wößmann nachdenklich stimmende Fakten. Die Größe einer Schulklasse hat keinen nennenswerten Einfluss auf die Schülerleistungen (S. 74). An dieser Stelle wird explizit die Kompetenz der Lehrkraft für qualitativen Unterricht hervorgehoben (S. 78). Im Hinblick auf die viel diskutierten neuen Medien und ihren Stellenwert im Unterricht dürfte überraschen, dass die mehrmalige Nutzung eines Computers während eines Monats zu besseren Ergebnissen führt als eine

mehrmalige Nutzung pro Woche (S. 89). Zu diesen Befunden wünscht man sich weitergehende Forschungen. Wößmann selbst wirft 17 Fragen auf, zu denen er sich erziehungswissenschaftliche Antworten wünscht.

Das Fazit seiner quantitativen Analyse vergleichender internationaler Schulstudien hat Wößmann in einer engagierten Streitschrift für eine bessere Schule zusammengestellt. Die von ihm aufgeworfenen pädagogischen Fragen verlangen, empirisch bearbeitet zu werden.

Mit diesem Buch sollte sich jede/-r auseinander setzen, die/der als Politiker/-in, Praktiker/-in oder Forscher/-in mit Schule beschäftigt oder auch als Elternteil tagtäglich mit Schule konfrontiert ist. Es lohnt sich.

Literatur: Ludger Wößmann. „Letzte Chance für gute Schulen. Die 12 großen Irrtümer und was wir wirklich ändern müssen.“ ZS Verlag Zabert Sandmann GmbH. München 2007. 184 Seiten, 16,95 EUR

Kontakt zum Autor: Hans A. Hammermann, E-Mail: familie.hammermann@gmx.de

Konfliktcoaching und Konfliktmanagement in Schulen

Von Dr. Astrid Schreyögg, Herausgeberin

Konflikte sind in Schulen allgegenwärtig. Ob auf dem Schulhof, in der Klasse oder im Kollegium: Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Schüler/-innen, zwischen Schüler/-innen und Lehrer/-innen, zwischen Lehrer/-innen und Eltern oder zwischen Lehrer/-innen und der Schulleitung. Diese Konflikte können einzelne Personen betreffen, sie können sich aber auch zwischen größeren Personengruppen entwickeln. Sie können sogar über die Schule hinausschwappen, wobei dann manchmal auch externe Instanzen wie die Presse oder Rechtsanwälte involviert sind. Von den Beteiligten werden Konflikte meistens nur als Störfaktoren in der Zusammenarbeit begriffen. Sie können aber unter bestimmten Voraussetzungen auch sehr positive Folgen haben,

dass etwa in einer Klasse oder gar in einer gesamten Schule eine lebendige Streitkultur entwickelt wird. Und auf dieser Basis können dann sogar allerlei Innovationen gedeihen.

Wenn man solche sozialen Konflikte als „Unvereinbarkeiten“ zwischen einzelnen Menschen, zwischen Gruppen und sogar zwischen Organisationen im Denken, Fühlen oder Wollen betrachtet (Glasl 1994), wird schnell klar, dass in Schulen eine schier unglaubliche Vielzahl von Konfliktfeldern existiert. Dieser gilt es kompetent zu begegnen. Und für diesen Zweck stehen beispielsweise in Bayern viele Schulpsychologen/-innen zur Verfügung, die bei der Deutschen Psychologischen Akademie spezielle Ausbildungsprogramme für Supervision und Coaching durchlaufen haben. Aus diesen

Programmen gingen auch drei Publikationen beim Deutschen Psychologen Verlag hervor. Im Jahr 2000 erschien der erste Band, im Jahr 2004 der zweite und im Juni 2008 der dritte. In dieser Reihe stellen Schulpsychologen/-innen eine vielgestaltige Palette von Seminar- und Beratungs-Projekten mit Lehrer/-innen, Schulleiter/-innen, Eltern und sogar Schulaufsichtsbeamten zur Konfliktprophylaxe, Konfliktbewältigung und zur Krisenarbeit vor. Und von diesen Projekten will ich im Folgenden einige erläutern.

Bereits in der Ausbildung von Lehrkräften, in der nicht nur Irritationen und Selbstzweifel bei Referendaren/-innen auftreten, sondern auch manifeste Konflikte mit den Kindern, mit deren Eltern und nicht zuletzt mit den

Seminarlehrer/-innen, lässt sich heute effektive Unterstützung durch Supervision organisieren. Dann können sich die Studienreferendare/-innen in einer Kleingruppe alle ihre Ängste, Beunruhigungen, aber auch das schon Gelungene unter Moderation eines Supervisors gegenseitig berichten. Geteiltes Leid ist dann oft nur noch halbes Leid, und die weitere Ausbildung wird mit mehr Freude und vor allem mit mehr innerer Sicherheit fortgesetzt.

Es ist aber auch sinnvoll, dass bereits ausgebildete Lehrkräfte – egal welchen Schultyps – mit Konfliktthemen umfassend vertraut gemacht werden. Hierzu können Seminarserien angeboten werden, in deren Verlauf die Lehrkräfte nicht nur erlernen Konflikte zu diagnostizieren, sondern sie auch aktiv zu mildern und zu bewältigen. Mit Hilfe von Rollenspielen und verwandten Arbeitsformen können sie dann unter Anleitung lernen, wie sie im konkreten Konfliktfall am sinnvollsten agieren.

Wer aber nun denkt, dass einem Schulleiter oder einer Schulleiterin niemand mehr etwas anhaben kann, dass er oder sie in einer äußerst komfortablen Position ist, täuscht sich gewaltig. Viele Schulleiter/-innen, besonders wenn sie gerade die Leitung einer Schule übernommen haben, werden von ihren Kollegien äußerst kritisch betrachtet. Wenn sie dann auch noch selber ungeschickt agieren, kann sich eine feindliche Front zwischen Leitung und Kollegium entwickeln, die gar nicht selten bis zum Schulleiter-Mobbing reicht. In solchen Fällen ist es notwendig, dass die Schulleitung von entsprechend ausgebildeten Personen Coaching erhält, hier ein „Konfliktcoaching“. Ein zweiter Berater oder eine Beraterin arbeitet dann mit dem Kollegium im Sinne von Teamsupervision, damit die Eskalation gemildert oder beseitigt wird. In solcher „Tandem-Beratung“ versuchen zwei Schulpsychologen/-innen, Leitung und Kolle-

gium für neue Formen der Kommunikation und Kooperation zu gewinnen.

Für viele Schulleiter/-innen wäre es ohnedies sinnvoll gewesen, wenn sie sich schon vor Amtsantritt möglichst eingehend und möglichst realistisch mit den Anforderungen an die Schulleitung auseinandergesetzt hätten. Denn hier ist ja nicht mehr der/die exzellente Lehrer/-in gefragt, sondern hier geht es ums Managen einer ganzen Organisation. Zur Beantwortung der Frage „Schulleitung – wäre das etwas für mich“ wurden auch

diesen Zweck Schulpsychologen/-innen engagiert.

Wenn sich in einer Schule eine feindliche Front zwischen verschiedenen Lehrergruppen entwickelt hat, sind Maßnahmen des Konfliktmanagements angebracht, wie sie etwa die Mediation darstellt. Dabei handelt es sich um sehr strikte Formen der Gesprächsführung, in deren Verlauf die Beteiligten neue Formen des Miteinanders erkunden und dann sukzessive erproben. In vielen anderen Fällen, wenn die Beteiligten noch bereit sind miteinander Gespräche zu führen, lässt sich durch eine Moderation eine aktuelle Konfliktlage mildern oder gar zum Positiven wenden.

Ein wieder anderes Konfliktfeld sind Konfrontationen zwischen Schulleiter/-innen und Personalräten. Auch für solche Zwecke lassen sich unter Anleitung von Experten/-innen Strategien einüben, in deren Verlauf jede „Unvereinbarkeit“ zwischen den Parteien konstruktiv gewendet wird. Als Vorbereitung eignen sich hier Seminare, in die Supervisionssequenzen integriert werden. Auf diese Weise können die Personalräte entsprechende Interaktionen zunehmend effektiv und konstruktiv ausgestalten.

Ein nunmehr klassisches Konfliktfeld ist das Mobbing unter Schüler/-innen. Auch solche Phänomene sollten möglichst kompetent bearbeitet werden. Dabei sind zunächst die Art des Konfliktes und vor allem sein Eskalationsniveau,

d.h. das emotionale Ausmaß der feindlichen Attacken zu ermitteln. Erst nach solchen Diagnosen lassen sich die zum Konflikt passenden Bewältigungsstrategien planen. So ist etwa der häufig empfohlene Einsatz von Schüler-Mediatoren nur bei schwach eskalierten Konflikten sinnvoll. Wenn die Attacken bereits aggressiver und für das gemobbte Kind sehr bedrohlich sind, sollten Eltern und Lehrer/-innen eingeschaltet werden. Bei extrem feindlichen Attacken, in die vielleicht sogar schulexterne Personen einbezogen sind, muss die Schulleitung beherzt eingreifen, um eine



schon kleine Seminarserien von Schulpsychologen/-innen angeboten, damit potentielle Bewerber nicht „blauäugig in ihr Unglück rennen“.

Auch die Situation von Schulleiter-Stellvertreter/-innen ist oft reich an Konflikten. Meistens müssen sie nämlich genau die Leitungsfunktionen übernehmen, die der/die Schulleiter/-in nicht mag, ganz gleich, ob sie damit einverstanden sind oder nicht. Da es für diese Personengruppe bislang kaum Seminarangebote gab, bei denen sie ihre Situation thematisieren können, um diese eventuell zu verbessern, haben sich auch für

weitere Eskalation zu stoppen und das betroffene Kind oder den Jugendlichen effektiv zu schützen.

Schwerwiegende Konflikte sind immer krisenhafte Ereignisse. Und auch für Krisen stehen heute speziell ausgebildete Schulpsychologen/-innen zur Verfügung. So haben sich in Bayern nach Regionen gegliederte Kriseninterventionsteams gebildet. Sie bieten bei traumatischen Ereignissen wie etwa bei Fällen von Kidnapping Unterstützung für Schüler/-innen und ihre Eltern, Hilfen für Lehrer/-innen, aber auch Coaching für die Schulleitung. Schulpsychologen/-innen stehen auch bereit, um Schüler/-innen und Lehrkräfte bei der Verarbeitung von Tod und Sterben zu unterstützen, denn auch diese Phänomene machen nicht Halt vor Schultüren.

Literatur: Astrid Schreyögg (Hrsg.), „Konfliktcoaching und Konfliktmanagement in Schulen“. Deutscher Psychologen Verlag GmbH. 2008. 248 Seiten. 19,80 EUR. ISBN-13: 978-3-931589-86-8

Weitere Literatur zum Thema: Schreyögg, A., Hrsg. (2000): „Supervision und Coaching für die Schulentwicklung“. Schreyögg, A., Lehmeier, H., Hrsg. (2004): „Personalentwicklung in der Schule“. Bezug: www.psychologenverlag.de



Kontakt über: Bettina Emmerich, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Buchverlage, Autoren u.a., Telefon 0221/424403 E-Mail: emmerich@be-promotion.de www.be-promotion.de

Präsentieren als neue Unterrichtsmethode – Die pädagogische Eigenlogik einer Methode

Eine Studie in der Reihe „Pädagogische Fallanthologie“

Von Prof. Dr. Andreas Gruschka

Die Studie versucht, mit systematischen Überlegungen und im Nachgang zu einem besonderen, aber zugleich vergleichsweise typischen Fall die neue Unterrichtsmethode der Präsentation zu analysieren. Der Fall „Präsentieren“ ist ein doppelter: Er verweist immer auf ein konkretes einzelnes empirisches Geschehen sowie auf die allgemeine Bedingung der Praxis, die er zum Ausdruck bringt.

Das „Mittelalterprojekt“ liefert das Beispiel, an dem die Prozesslogik der vielleicht erfolgreichsten Unterrichtsinnovation und damit heute Schule machenden Präsentationsmethode studiert werden kann.

In einem ersten Teil wird zunächst das Feld sondiert, in dem der Fall seinen Platz einnimmt. Zugleich werden ordnende Beobachtungen mitgeteilt, wie sich im breiteren Kontext der Forschungsarbeiten der Typus „Präsentieren“ ausdifferenziert.

Was teilen Unterrichtsbesuche in Schulen der Sekundarstufe I zunächst über die Methode mit? Stärker und anders als beim bereits lange propagierten Arbeiten in (differenzierten) Gruppen, mit dem der zu starken Lehrerorientierung als Frontalunterricht begegnet werden soll, kommt hier die Aktivität der Schüler/-innen ins Spiel: in der Phase der Erarbeitung eines Themas, bei der methodischen Vorbereitung sowie der praktischen Vorstellung der Ergebnisse.

Wer sich an die beliebte Klage über Schüler/-innen erinnert, die passiv den Unterricht über sich ergehen lassen, die wenig an der Sache interessiert und selten vorbereitet sind, sich kommunikativ eher zurückhalten, sich ggf. nicht trauen sich einzubringen oder nur sprechen, um mit der Beteiligungsbereitschaft die „mündliche Mitarbeit“ zu dokumentieren, der mag sich die Augen reiben über das Ausmaß an Aktivität und an metho-

discher Gewandtheit, die oftmals aus der Einübung in die Präsentation folgt.

Auffällig ist, wie stark die Sequenz der vorbereiteten Schemata, Gliederungen, Thesen, Bilder oder Zitate die Präsentation determiniert. Sie besteht nicht selten im Zeigen der „Charts“. Die Vortragenden sind in der Lage, mit dem Einsatz der Medien (Overheadfolien oder Power-Point-Präsentation/PPP) und mit Rückgriff auf Notizen (auf Karteikarten) eine ganze Stunde und mehr zu „präsentieren“. Selbst wenn sie dabei vor allem ab- und vorlesen, was an der Wand als Fundstücke ihrer Recherche erscheint und was die Zuhörer/-innen sehen und mitlesen können, ist doch bemerkenswert, wie frei viele Schüler/-innen kommentierend sprechen können. Es ficht sie wenig an, dass sie vor einem (kritischen und ggf. nicht interessierten) Publikum sprechen und agieren müssen.

Die Methode scheint in hohem Maße selbstbewusstes Auftreten, methodisches Vorgehen und Engagement zu fördern. Nur selten scheitern solche Vorführungen, etwa weil mit der nicht beherrschten Technik die Präsentation nicht zeigt, was präsentiert werden soll. In der Regel „funktionieren“ die Präsentationen, auch wenn sie voller handwerklicher Fehler stecken: Auch die Aufgabe, sich selbst darzustellen, bedeutet für Schüler/-innen durchweg keine peinsame Zurschaustellung als Pseudoexperte (jedenfalls lassen sie sich dies nur selten anmerken), sondern eine möglichst locker inszenierte „Performance“. Sie gewinnt ihre Sicherheit mit dem relativierenden Bewusstsein, dass man „Präsentation“ nur spielt.

Präsentieren ist damit im Wortsinne eine mediale Tätigkeit der Übermittlung von Informationen, die als solche nicht unbedingt erarbeitet werden müssen, sondern bereits im Informationsformat zur Verfügung stehen.

Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg der Methode liegt in seiner Implikation, dass Präsentieren eine monologische, weitgehend durch keine Einrede gestörte Tätigkeit ist. In Schulen gilt durchweg die Regel, dass der Vortrag nicht durch Zwischenfragen unterbrochen werden darf. Anders als dies bei Unterbrechungen im Sinne von Rückfragen an den/die Lehrer/-in der Fall ist, die als solche im Grundsatz gewünscht sind, soll der/die Schüler/-in durch sie nicht aus seinem Konzept gebracht werden. Die Zuhörer/-innen werden also ganz zu solchen gemacht. Passiv müssen sie aufnehmen, was ihnen vorgestellt wird. Aktiv werden sie nicht selten erst, wenn sie anschließend beurteilen sollen, wie ihnen der Stoff präsentiert wurde. Nur in begrenztem Umfang soll dagegen der/die präsentierende Schüler/-in haftbar gemacht werden für die ungeklärten Fragen, die in der Diskussion deutlich werden. Denn der/die Schüler/-in gilt anders als der/die Lehrer/-in nicht als Experte, der mit seiner Darstellung aus seinem umfassenden Wissensvorrat etwas kondensiert zum Besten gibt. Er hat sich unter eingeschränkten Bedingungen für Mitschüler/-innen bezüglich eines Themas sachkundig gemacht.

Die Methode muss mithin vor dem Hintergrund ihres Einsatzes in einem pädagogischen Setting verstanden werden. Sie dient der Erziehung und Bildung der Schüler/-innen, wobei ihr Medium hier die Aufgabe der Vermittlung ist. Wer präsentiert, hat sich zugewandt, freundlich, mit seriösem Auftreten zu benehmen und sich methodisch in dem, was er vorstellt, zu verhalten. Er wird durch die Beobachtung der Klasse dazu miterzogen. Selbstbewusstsein soll entstehen, wenn man gelernt hat, vor eine große Gruppe nicht unbedingt zugewandter Menschen zu treten und seine Sache laut, deutlich und bestimmt zu vertreten, indem man für etwas einsteht, was man vorher gemacht hat. Bildend kann und soll diese Beschäftigung werden insbesondere durch die eigenverantwortliche Arbeit an einem Thema, das mit Blick auf die kommende Präsentation dazu veranlasst, wirklich in die Sache einzudringen, damit man weiß, wovon man spricht.

Was in der Methode als Erziehungs- und Bildungsanlass angelegt ist, kann, wie es immer bei Methoden der Fall ist, auch unterlaufen werden. Das ist dann zu erwarten, wenn das Präsentieren vom Vortragenden wie seinen Zuhörern primär als „Unterhaltung“ begrüßt wird, die willkommen den Unterricht ersetzt. Weder nimmt dann der Präsentierende seine Rolle ernsthaft wahr, noch tun das die Zuhörer/-innen. Der Vortragende treibt es bewusst locker und ironisch mit seiner Aufgabe, seine Zuhörer/-innen erwarten vernünftige Gags und sei es die unfreiwilligen, die aus der Ungelenktheit der Vorführung folgen.

Vor allem von der Verbindlichkeit der Sache und ihrer ernsthaften Bearbeitung, die dargestellt werden soll, wird abhängen, ob die mögliche bildende Wirkung eintritt oder in das Gegenteil umschlägt: die Erfahrung, wie leicht es augenscheinlich möglich ist, irgendetwas vorzutragen, weil man letztlich keine Verantwortung für den Text tragen muss. Informationen lassen sich vermitteln, ohne dass man mehr als nur irgendwie informiert ist.

Mit diesen und weiteren Überlegungen zu Chancen und Risiken, Anspruch und Wirklichkeit der Methode vorbereitet kommt es im Hauptteil des Buches, der eigentlichen Fallstudie, zum „Mittelalterprojekt“. Ausgangspunkt hierbei sind Transkript-Ausschnitte aus einer umfangreichen Präsentation in einer achten Gesamtschulklasse im Fach Geschichte. Jede/-r Schüler/-in hatte einen eigenen Aspekt zum Thema Mittelalter übernommen und stellt nun die eigenen Ergebnisse vor.

Es entsteht, wie vielfach zu beobachten ist, ein Präsentationsmarathon, denn alle Schüler/-innen sollen Gelegenheit haben, ihr Teilthema zu präsentieren. Da auch die unmittelbar anschließende Evaluation der Vorträge Bestandteil der Übung ist, entsteht ein Parforce-Ritt mit vielen Programmpunkten. Da die Schüler/-innen wissen, dass sie nur ca. fünf Minuten zu präsentieren haben, richten sie nicht nur ihre Vorstellung, sondern auch schon ihre inhaltliche Vorbereitung auf diese Minuten ein. Auf diese Weise determiniert die methodische Übung einer angeleiteten Kurzpräsentation die inhaltliche

Aneignung des Themas Mittelalter. Die Methode wird zum eigentlichen Inhalt, der Inhalt nur noch Mittel zum methodischen Zweck. In methodischer Hinsicht erweist sich die Übung als erfolgreich, aber in inhaltlicher Hinsicht bleibt die Frage, was die Schüler/-innen nun über das Mittelalter wissen und verstanden haben. Damit wird am Fall exemplarisch durchsichtig, welche Chancen und Risiken in der Methode stecken.

In einem abschließenden dritten Teil werden die Lehren aus dem Fall gezogen: sowohl in Richtung der Didaktik vergleichbarer Projekte als auch der Fallarbeit. Kurzum: Es geht mit der Studie nicht um die Frage, wie man richtig präsentiert, sondern was empirisch der Fall ist und was aus ihm für den Umgang mit der Methode gelernt werden kann.

Die Studie ist in einem laufenden Projekt zur „Theorie des Unterrichts“ entstanden, bei dem der Unterricht von achten Klassen in vier hoch kontrastiven Sekundar-Schulen in der Breite der Fächer über Transkriptanalysen untersucht wird. (vgl. www.uni-frankfurt.de/fb04/forschung/emp2.html).

Literatur: Andreas Gruschka. „Präsentieren als neue Unterrichtsform – Die pädagogische Eigenlogik einer Methode“. Reihe: Pädagogische Fallanthologie. Erscheinungsjahr: 3/2008. 120 S. Preis: 9,90 EUR. Verlag Barbara Budrich, Leverkusen-Opladen. ISBN: 978-3-86649-158-8



Kontakt über: Bettina Emmerich, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Buchverlage, Autoren u.a., Telefon 0221/424403 E-Mail: emmerich@be-promotion.de www.be-promotion.de

Das Projekt

Alltag aus meiner Sicht

www.alltagausmeinersicht.de – Ein landesweites Projekt für und mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen zur lokalen Partizipation

Von Dörte Schlottmann

Für eine gesellschaftliche Teilhabe ist es erforderlich, Positionen zu vertreten, Strategien zu entwickeln und Perspektiven wechseln zu können. Durch die Arbeit zum Thema „Alltag aus meiner Sicht“ wurden die beteiligten Kinder und Jugendlichen bei diesen Schritten begleitet und lernten, diese Themen konzentriert umzusetzen und in der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen und Erwachsenen zu vertreten.

Der § 8 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) weist Partizipation als einen gesetzlichen Auftrag aus. Absatz 2 lautet: „Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.“ Um einen ersten und unbefangenen Kontakt zu den Vertretern der lokalen Jugendarbeit, Presse, Politik oder Verwaltung herzustellen, wird eine Themen zentrierte Aktion / Vernissage bei jedem Kooperationspartner geplant.

Das Projekt erweiterte bei den beteiligten Kindern und Jugendlichen die Kompetenz zur Medienkritik und die Medienbildung und stärkte ihr Selbstbewusstsein. Es wirkte der wachsenden digitalen Spaltung entgegen und zeigte die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der gar nicht mehr so neuen Medien Plakat, Foto, Video auf.

Dieser *Ansatz* arbeitete auf sechs Ebenen partizipativ:

- Er bezog Fachkräfte aus neun Institutionen aus NRW im Vorfeld in die konkrete Planung und Ausgestaltung vor Ort ein.
- Mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen in diesen Institutionen

wurden aktive Beteiligungsformen am lokalen gesellschaftlichen Kontext erarbeitet und wurde die Entwicklung ihrer Eigenverantwortung durch die Darstellung ihrer Lebenswelt in Foto-, Text-, Audio- und Video-Beiträgen gefördert.

- Die Darstellung der Ergebnisse in der lokalen Öffentlichkeit durch die beteiligten Kinder und Jugendlichen trug wesentlich zur individuellen Positionierung der Beteiligten im gesellschaftlichen Kontext bei.
- Aufgegriffen wurden lokale Partizipationsstrukturen.
- Den lokalen Akteuren aus Politik oder Verwaltung bot sich die Chance, den angebotenen Dialog aufzugreifen, weiterzuführen und zu vertiefen.
- Die Abbildung der Ergebnisse auf www.alltag-aus-meiner-sicht.de war der Schritt in eine virtuelle und permanente Öffentlichkeit.

Folgende aufeinander aufbauende *Bausteine* zielten im Projektablauf auf die Förderung von Partizipationsprozessen bei Kindern und Jugendlichen ab:

- Koordinationstreffen der Fachkräfte (Frühjahr 2007).
- Neun zehntägige Aktionen vor Ort zur Erstellung der lokalen Wanderausstellung mit einem zweiköpfigen medienpädagogischen Team zzgl. Fachkraft vor Ort (Frühjahr-Herbst 2007).
- Öffentlichkeit „real“ vor Ort und digital auf www.alltag-aus-meiner-sicht.de (Frühjahr-Winter 2007).
- Landesweite Ausstellungseröffnung mit Darstellung und Diskussion der lokalen jugendkulturellen Sichtweisen (Fachkräfte, Jugendliche; Winter 2007).



Grundsätzlich wurde Projekt orientiert mit einem pädagogischen und Experten orientierten Partizipationsansatz gearbeitet.

Das Projekt erreichte insgesamt 108 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen acht und 26 Jahren. Das Durchschnittsalter lag bei 15 Jahren. Am Projekt nahmen 54 Mädchen und 54 Jungen teil. Es waren 48 Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte beteiligt, u.a. aus der Türkei, Puerto Rico, Portugal, Russland, Polen, Spanien, Italien, den USA und Japan. Etwa die Hälfte der Jugendlichen kam aus benachteiligten Sozialmilieus.

Das Projekt wurde von April bis Dezember 2007 aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans NRW gefördert (Pos. „Neue Ansätze der gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen“).

2008 wurde die Ausstellung in Ausschnitten auf dem 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag unter dem Motto „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ in Essen gezeigt und von Jugendlichen kommentiert.

Ausgewählte Projektergebnisse

Big Tipi in der städtischen Erlebniswelt Fredenbaum, Dortmund

Stefanie Menneken von der städtischen Erlebniswelt Fredenbaum, Dortmund, machte sich für eine Projektmitarbeit aus folgenden Gründen stark:

- Partizipation ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Der Tipiclub ist das Partizipationsgremium vor Ort.
- Unser Stadtteil hat eine hohe Rate an Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Migranten, Kindern und Jugendlichen.
- Unsere Kinder bekommen mit dem Projekt die Chance gehört zu werden.

Und so verlief die *Präsentation* der Ergebnisse nach zwei Wochenenden harter Arbeit am Sonntag, 04.11.07: Enten schnattern aufgeregt, Gänse und Hühner ergänzen den Chor, Ziegen springen durch das Gehege, der Himmel ist grau und die Luft novemberlich kühl. In der Erlebniswelt Fredenbaum herrscht reges Treiben. Im Elterncafé wird eine Kuchen- theke aufgebaut, im „Big Tipi“ hangeln

Freeclimber in luftigen Höhen. In der Blockhütte ist es laut, denn alle 10 Teilnehmer/-innen wollen sich gleichzeitig bei den letzten Absprachen vor der Präsentation zu Wort melden. Langsam wird es ruhig und die Nervosität wird spürbar. Wer will gleich vor dem Publikum reden? Vier Hände schnellen in die Höhe: Jana, Jamile, Sarah und Joshua übernehmen die Moderation der bevorstehenden Ausstellungseröffnung. Sie ziehen sich mit Stift und Papier zurück, um ihre Texte abzusprechen. Y und Jan gehen mit einer Flüstertüte über den Platz und machen Werbung. Sandra, Abed, Bilal und Hubeyb überlegen, wie sie kurz und genau ihre Plakate beschreiben können. Es wird ein erster Durchlauf gemacht – in der Blockhütte knistert es. Die Texte sitzen noch nicht ganz, die Stimmen sind noch leise und es wird zu schnell gesprochen. Beim dritten Durchlauf sitzt alles, die Mundwinkel heben sich und mit guter Laune gehts zum Elterncafé, wo sich mittlerweile viele Interessierte versammelt haben: Eltern, Freunde, Geschwister, Mitarbeiter/-innen und Besucher/-innen. Die Moderation läuft glatt, die Präsentation der Plakate bekommt die volle Aufmerksamkeit. Ohne Mikrofonanlage schaffen es die Beteiligten, sich Gehör zu verschaffen. Der abschließende Applaus zeigt, wie gut es allen gefallen hat. Der eine oder andere sagt: „Das hätte ich nicht erwartet.“, „Tolle Fotos.“, „So hab ich das noch nicht gesehen.“, „Kann ich mit zur Ausstellungseröffnung nach Köln kommen?“ Zurück in der Blockhütte wird in der Abschlussrunde deutlich, dass das intensive Arbeiten eine wichtige Erfahrung war. Das Fotografieren klappt nun besser, verwackelte Bilder gibts nicht mehr und es wurde festgestellt: Fotos kann man inszenieren, um die eigene Aussage zu unterstreichen. Fest steht, dass Student Johannes in der Erlebniswelt weiter mit Fotos arbeiten will.

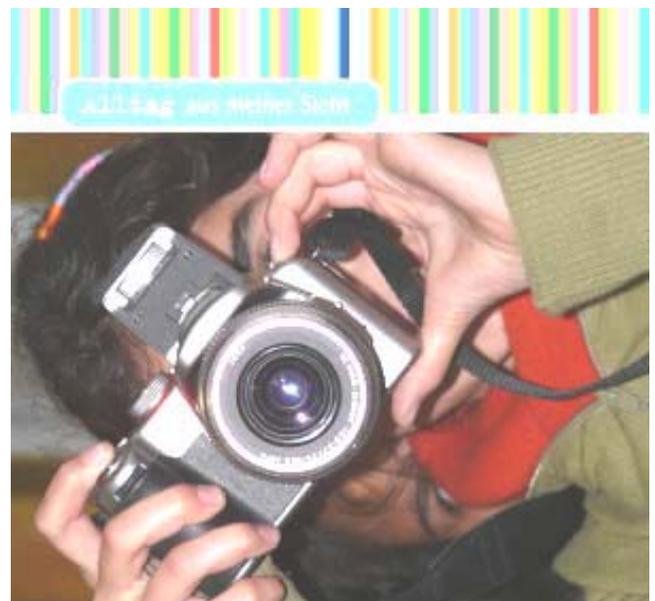
Konkrete Ergebnisse für die städtische Erlebniswelt Fredenbaum:

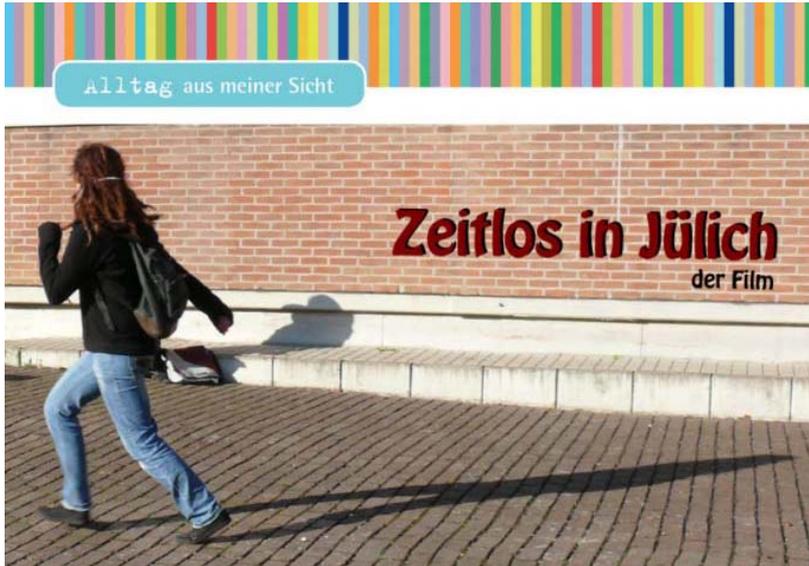
- Die Ausstellung wanderte noch vor Weihnachten 2007 für einige Wochen ins Haupthaus des Jugendamtes in der Dortmunder Innenstadt.
- Die Mutter von Bilal, Sara und Abdul stellte einen Beitrag über die Ergebnisse bei YOUTUBE ins Netz (<http://de.youtube.com/watch?v=ATUtsetBYTI>).
- Die „Großen“ aus dem Medienprojekt wollen ihren eigenen Club, ohne die „Kleinen“. Wenn die Abteilung zustimmt, wird es ab 2008 einen „Tipi-Club“ für 8- bis 12jährige und einen Teensclub für alle ab 13 Jahren geben.
- Die Gruppe des Medienprojektes hat sich für eine feste Mediengruppe stark gemacht, die ab 2008 in den neuen Gebäuden einmal wöchentlich stattfinden soll.

Keine Zeit!

Unser Film „Zeitlos in Jülich“ beschäftigt sich mit dem Problem von *Stress bei Jugendlichen*. Dies ist eines der zentralen Themen, die bereits zum Alltag von Kindern und Jugendlichen gehören. Es war den Jugendlichen ein Anliegen, diesen Themenbereich in Form eines Films kreativ umzusetzen.

Wie viele Erwachsene auch sind Jugendliche zwischen den verschiedensten Terminen hin und her gerissen und haben Probleme, mit ihrer Zeit zu haushalten. Bereiche wie Schule, Familie,





Freizeitgestaltung und Sozialkontakte haben alle ihren eigenen Stellenwert, sind aber zeitlich oft nicht unter einen Hut zu bringen. Die Jugendlichen müssen sich entscheiden, vernachlässigen bestimmte Bereiche und leiden darunter.

Durch die Entwicklung der Idee und die Umsetzung des Films im Rahmen des Projektes „Alltag aus meiner Sicht“ haben sich die Jugendlichen intensiv mit dem Thema „Zeit“ und „Zeitmanagement“ auseinander gesetzt. Sie wollen mit dem Film auch andere sensibilisieren und deutlich machen, dass das „Zeit-Dilemma“ keine persönliche Schwäche sein muss, sondern ein Problem von vielen ist. Der Austausch über Erfahrungen und mögliche Lösungsansätze ist ein zentraler Schritt in der Auseinandersetzung und dem Umgang mit Stress. Einzelne Jugendliche versuchen (angestoßen durch das Projekt) gezielt, ihre Zeitprobleme zu lösen, sich mehr Zeit für bestimmte Dinge zu nehmen und auch mal „nein“ zu sagen.

*Stefanie Arndt
(Jugendleiterin, „B.haus“)*

Auf die Anfrage des JFC Medienzentrums, ob wir unseren Film „Zeitlos in Jülich“ nicht für den Wettbewerb „NRW-Neues Lernen“ anmelden wollen, haben wir einfach „ja“ gesagt. Verlieren kann man ja schließlich nichts, aber große Hoffnung auf einen Preis haben wir uns eigentlich gar nicht gemacht.

Dann hat Steffi Arndt eine E-Mail erhalten: „*Sie haben gewonnen!*“ Fast wäre diese E-Mail gelöscht worden, klang sie doch nach einer Spam-Mail. Aber

beim Blick auf den Absender kam heraus: Wir hatten wirklich den Wettbewerb gewonnen. Einer von fünf Preisen aus 42 Bewerbern aus ganz NRW. Wir machten uns also auf den Weg nach Düsseldorf in die Staatskanzlei und wurden dort mit einem netten Brunch im 11. Stockwerk und vielen Herren in schwarzen Anzügen empfangen.

Das Ergebnis war: Wir erhielten den zweiten Preis, einen Scheck im Wert von 1.250,- EUR.

Annegret N., jugendliche Teilnehmerin

Warum Jugendgewalt?

Thorsten Zietz, Evangelisches Jugendzentrum Jakobi, Rheine, hielt eine Projektbeteiligung aus folgenden Gründen für sinnvoll:

- Förderung von Medienkompetenz, nicht nur technisch, sondern kreativ, kritisch und produktiv.
- Förderung von Partizipation, insbesondere bei Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte und aus besonderen Lebenssituationen.

Nach fünf Projekttagen herrschte sowohl bei den beteiligten Jugendlichen als auch beim verantwortlichen Mitarbeiter des Jugendzentrums allgemeine Zufriedenheit mit dem Projektablauf, der Kooperation mit dem JFC Medienzentrum und nicht zuletzt mit den erarbeiteten Ergebnissen. Das von den Teilnehmenden gewählte Thema Jugendgewalt sollte zum Jahresende auch durch den Landtagswahlkampf in Hessen noch an Aktualität gewinnen, und die Arbeit mit

Video und Digitalkameras stellte sich als geeignetes Mittel zur Auseinandersetzung mit dem Thema heraus. Nichts lag also näher, als den medienpädagogischen Bereich im Jugendzentrum weiter auszubauen und mit den bereits bestehenden Medienangeboten (z.B. Radioredaktionsgruppe für Bürgerfunkbeiträge) zu vernetzen. Leider konnten diese Überlegungen nicht umgesetzt werden, da sich wieder einmal gezeigt hat, dass für qualifizierte Angebote auch das entsprechende Personal notwendig ist. Der zuständige Mitarbeiter hat zum Jahresende das Jugendzentrum verlassen, und ohne den Rückhalt einer hauptamtlichen Kraft hat sich die Gruppe der Jugendlichen, die an der Projektwoche „Alltag aus meiner Sicht“ teilgenommen hat, leider nach kurzer Zeit aufgelöst.

Wir wollen einen eigenen Raum!

Im städtischen Jugendraum Pungelscheid, Werdohl, bewogen Marco Malcherek-Schwiderowski vom Jugendamt Werdohl folgende Gründe zur Mitarbeit: „Wir haben vor Ort, im Bereich Pungelscheid, das akute Bedürfnis von Jugendlichen, einen eigenverantworteten Raum zu bekommen. Dies äußern sie in jugendtypischer Art und Weise, was zu vielen Konflikten im Alltag des Stadtteils führt. Eine Form der Partizipation von Jugendlichen, nämlich im Rahmen einer Jugendhilfeausschusssitzung eigene Wünsche darzustellen, haben sie wahrgenommen. Ich bin gespannt, wie die Jugendlichen das medienunterstützte Projekt nutzen, um in nun andere Form ihren Alltag darzustellen.“

Etwa 20 Jugendliche aus Werdohl-Pungelscheid präsentierten im Jugendraum Pungelscheid am 26.08.2007 ihren Film, der im Rahmen des Projektes „Alltag aus meiner Sicht“ an zwei Wochenenden entstanden war. Neben der Jugendamtsleiterin, der Pressesprecherin und dem Jugendhilfeausschussvorsitzenden der Stadt Werdohl waren auch Journalisten zweier Zeitungen, die Jugendraummitarbeiter sowie das dreiköpfige Projektteam des JFC Medienzentrum anwesend.

Die Jugendlichen stellten ihr Werk im offiziellem Rahmen vor und ernteten

von den Gästen großes Lob. Die Mühe der emsigen Arbeit wurde anerkannt und den Jugendlichen Möglichkeiten aufgezeigt, wie nun mit dem Film und der darin angesprochenen Problematik umgegangen werden kann. Anschließend wurde der Film dem Jugendhilfeausschussvorsitzenden und *Ratsmitglied Cornelius Böttcher* symbolisch übergeben.

Im *Jugendhilfeausschuss* wurde das Projekt bereits vorgestellt und beschlossen, dass die Jugendlichen zu der nächsten Sitzung eingeladen werden. Dort soll der Film vorgeführt und diskutiert

lungseröffnung vorzustellen. Die Beteiligten waren also komplett angereist!

Nach der Begrüßung durch Prof. Klaus Schäfer, Abteilungsleiter Jugend und Kinder im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW, wurde es aufregend: Er zerschneidete das rote Band und eröffnete damit den Rundgang durch die multimediale Ausstellung „Alltag aus meiner Sicht“. Einen lebendigen Eindruck über die zahlreichen Aspekte der Ausstellung gewannen die kleinen Besuchergruppen beim anschließenden geführten Rundgang. Jede Stadt wurde durch einen eigenen

Der Einsatz und die Kompetenz der Teamer sowie ihre selbstständige Vorgehensweise wurden besonders herausgestellt. Diese Arbeit mit den eigenen Mitarbeitern/-innen umzusetzen, wäre kaum möglich gewesen, so das Resümee der Kooperationspartner. Die Erwartungen wurden bei einigen übertroffen: Die Jugendlichen waren sogar in den Ferien pünktlich, ihre Motivation war hoch und das Thema „Alltag“ war durch Externe besser anzugehen. Neue Perspektiven auf die pädagogische Weiterarbeit haben sich ergeben sowie engere Kontakte zu politischen Gremien. Für die Zukunft



werden. Eine weitere Vorführung soll auf dem Stadtteilfest Pungelscheid am 7. Oktober 2007 stattfinden. *Jugendamtsleiterin Sybille Dworschak* war von der Präsentation angetan und schlug vor, die Plakate, die während der Aktion von den Jugendlichen erstellt wurden, im Rathaus aufzuhängen. Denn dies sei ein Ort, an dem die Bürger zu erreichen sind. Der Vorschlag der Jugendlichen, die Plakate ebenfalls im Stadtteil Pungelscheid auszuhängen (z.B. im Plus-Markt oder an einem Waffelstand vor dem Supermarkt) und somit die Anwohner zu erreichen, stieß auf positives Feedback bei den Anwesenden.

Landesweite Ausstellungseröffnung

Am 10. November 2007 kamen 100 Teilnehmer/-innen aus den neun beteiligten Städten im Kölner Filmhaus zusammen, um ihre Ergebnisse in Form von Video-, Audio- oder Bildbeiträgen im Rahmen der landesweiten Ausstel-

Stand repräsentiert, an dem einzelne Vertreter/-innen den Besuchergruppen Rede und Antwort standen. Es herrschte eine konzentrierte Atmosphäre, die die Nachfragen und den Erfahrungsaustausch prägte. Plakate, MP3s und Videos stießen an allen Stationen auf großes Interesse. Im Kinosaal wurden Videos vorgeführt. Viele Teilnehmer/-innen waren begeistert, ihren Film einmal auf einer großen Leinwand sehen zu können.

Während der Workshopphase für die Jugendlichen setzten sich die Fachkräfte zur Feedbackrunde zusammen. Welche Erwartungen gab es und wurden sie erfüllt? Was hat sich durch das Projekt vor Ort ergeben? Welche Rückmeldung gibt es zur Organisation? Wie könnte es weiter gehen? Diese Fragen standen im Zentrum der Runde mit allen Kooperationspartnern. Das durchweg positive Feedback bezog sich auf den steten Kontakt zur Koordination und den multimedialen und partizipativen Projektansatz.

wurde angeregt, nicht erst im Sommer mit dem Projekt vor Ort zu beginnen, Partizipation selbst zum Gegenstand zu machen, ein interaktives Internetportal nutzen zu können sowie zentrale Treffen mit Abgeordneten in Düsseldorf, Berlin oder Brüssel einzuplanen.

Der Projektträger JFC Medienzentrum ist eine Fachstelle für Kinder- und Jugendmedienarbeit in Köln und NRW. Seit über 30 Jahren bieten wir Beratung, Qualifizierung, Projektentwicklung, Publikationen, Veranstaltungen und Serviceleistungen rund um Neue Medien, Video, Film, Radio und Medienpädagogik an. Das JFC Medienzentrum erhält eine Grundförderung von der Stadt Köln und vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW. Kontakt: JFC Medienzentrum, Dörte Schlottmann, Hansaring 84-86, 50670 Köln. Telefon 0221/1305615-0 E-Mail: info@jfc.info. Internet: www.jfc.info

„Gute Idee, aber ein bisschen schwer“

Das *starter Kit* – Gelingende Kooperation von Jugendhilfe und Schule zum Thema „Zukunfts- und Lebensplanung mit Jungen“

Von Sandro Dell'Anna

24. April 2008: Der Girls' Day, der Zukunftstag für Mädchen wird in achter Auflage bundesweit durchgeführt. Einen Tag lang haben Mädchen in weiterführenden Schulen die Möglichkeit, eher klassisch männlich konotierte – technische oder techniknahe, naturwissenschaftliche oder handwerkliche – Berufsfelder kennenzulernen, sich darin auszuprobieren und sich eben diese Felder als mögliche Berufsperspektive zu eröffnen.

Der Girls' Day erfährt insgesamt eine hohe Akzeptanz, was zeigt, wie wichtig geschlechtsbezogene Angebote in diesem Feld sind. Es wird aber auch deutlich, dass es für Mädchen und für Jungen ebenso spannend und interessant sein kann, die Schule an einem Tag für Angebote unter pädagogisch anderen Vorzeichen verlassen zu können. Was ursprünglich nicht intendiert war, aber dennoch aus dem Erfolg des Girls' Day resultiert, sind „ungeplante“ Jungentage in den weiterführenden Schulen. Ungeplant in dem Sinne, dass diese Jungentage nicht pädagogisch bewusst initiiert, sondern eher durch gelingende Mädchenprojekte provoziert sind; ungeplant auch in dem Sinne, dass bestehende Chancen, die sich hier ergeben, nicht immer wahrgenommen und konzeptionell erfasst werden.

Erste Entwicklungen hierzu sind gleichwohl festzustellen. So werden teilweise z.B. Boys Days oder auch Haushaltführerscheine in Schulen als Angebote eingeführt oder Anregungen des Bundesprojekts „Neue Wege für Jungs“ aufgegriffen. Von einer flächendeckenden Berücksichtigung von Jungeninteressen in diesem Zusammenhang kann dennoch bei weitem nicht gesprochen werden.

Das irritiert, denn der geschlechtsspezifische Blick, nun ebenso auf Jungen und gerade auch in Schule, ist in vielfacher Hinsicht aktuell:

- Die verschiedenen Leistungsvergleichsstudien (PISA, IGLU) haben mit ihrer geschlechtsdifferenzierten Darstellung für Aufmerksamkeit bzgl. der Schulbiographie von Jungen gesorgt.
- Ein Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten auch in der Sek. I hat aktuell in Nordrhein-Westfalen begonnen.
- Seit diesem Jahr ist es in NRW möglich, unabhängig von der Schulform (also auch Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Förderschulen) pädagogische Fachkräfte für Schulsozialarbeit auf veranschlagten Lehrerstellen zu beschäftigen und das Schulprogramm um sozialpädagogische Inhalte und Angebote zu erweitern.
- Und vollkommen unabhängig von Forschungsergebnissen oder auch politisch gesetzten Rahmenbedingungen macht ein bewusst eingenommener geschlechtsbezogener Blick – auch auf Jungen – Schule reicher, bunter, vielfältiger und unterstützt eine gelingende, motivierende Schulkultur, in der Mädchen und Jungen mit ihren Interessen, ihren Bedürfnissen und ihren Ressourcen wahrgenommen und berücksichtigt werden.

Die Konzeption des *starter Kit*

Vor diesem Hintergrund wurde 2008 von Christof Sievers von der Drogenberatung Westvest in Marl und von der Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit Nordrhein Westfalen e.V. (kurz: LAG Jungenarbeit NRW) das *starter Kit* „Zu-

Das Projekt

kunft für Einsteiger“ entwickelt und erprobt. Im Rahmen der Erprobungsphase von April bis Juni 2008 kooperierten an sechs Standorten in NRW insgesamt drei Gymnasien, zwei Hauptschulen, eine Förderschule und vier Träger der Kinder- und Jugendhilfe miteinander. In der Summe konnten 248 Jungen im Alter von 13 bis 20 Jahren erreicht werden, von denen 37 verantwortlich als Stationsleiter bei der Umsetzung des *starter Kits* eingesetzt wurden.

Die Teilnehmer erhielten im Anschluss an den Parcours Fragebögen, die sie zur Auswertung anonym ausfüllen sollten. Der ausführliche Bericht mit einer weiterführenden Einführung zum *starter Kit* steht im Internet auf der Website der LAG Jungenarbeit NRW als Download zur Verfügung (http://lagjungenarbeit.de/projekte_starter.php).

Beim *starter Kit* handelt es sich um ein Material- und Methodenset zur geschlechtsbezogenen Arbeit mit Jungen im Themenfeld „Zukunfts- und Lebensplanung“, das Trägern, Institutionen und Fachkräften ermöglicht, mit geringem Aufwand in dieses Themenfeld einzusteigen.

Pädagogen/-innen aus dem Bereich der Jugendhilfe, aus der Schulsozialarbeit und aus Schule setzen in Kooperation ein Angebot um, welches Jungen einen Rahmen bietet, der den Einstieg in zentrale Aspekte und Fragen der Zukunfts- und Lebensplanung für sie ermöglicht.

Das *starter Kit* beinhaltet unterschiedliche Lebensbereiche und Fragen – Zukunft, Sexualität, Freundschaft sowie Erleben und Experimentieren –, die relevant für Jungen sind oder werden können und sich Jungen und Männern altersunabhängig immer wieder stellen.

Aufspielerische Weise entstehen zahlreiche Gesprächsanlässe, bei denen Jungen sich mit Gleichaltrigen austauschen und sich Wissen erarbeiten. Die Themen, aber ebenso das Erleben einer Jungengruppe und die Begegnung, der Kontakt mit erwachsenen Fachkräften werden mit positiven Erlebnissen verknüpft. Dieses gilt sowohl auf Seiten der Jungen als auch auf Seiten der Erwachsenen.

Die Jungen untereinander können sich zu den verschiedenen Fragen austauschen und erfahren „neue, andere“ Dinge voneinander. Die begleitende erwachsene Fachkraft partizipiert hiervon und erfährt ebenso „neue, andere“ Dinge, Geschichten, Einschätzungen von den Jungen. Wichtiger ist aber noch, dass die Jungen „anders“, in veränderten Gruppenkonstellationen, unter veränderten pädagogischen Rahmenbedingungen, in Kontakt mit ihren eigenen Fragen, ihren eigenen Ängsten, ihren eigenen Bedürfnissen, in einer für sie angemessenen Art und Weise der Auseinandersetzung erlebt werden können.

Methodische Grundlagen für das Gelingen des *starter Kit* sind:

- Die Berücksichtigung der Peergroup als Sozialisationsinstanz.
- Der Einsatz von Kooperations-, Interaktions- und Lernspielen.
- Die geschlechtssensibel agierende pädagogische Fachkraft.

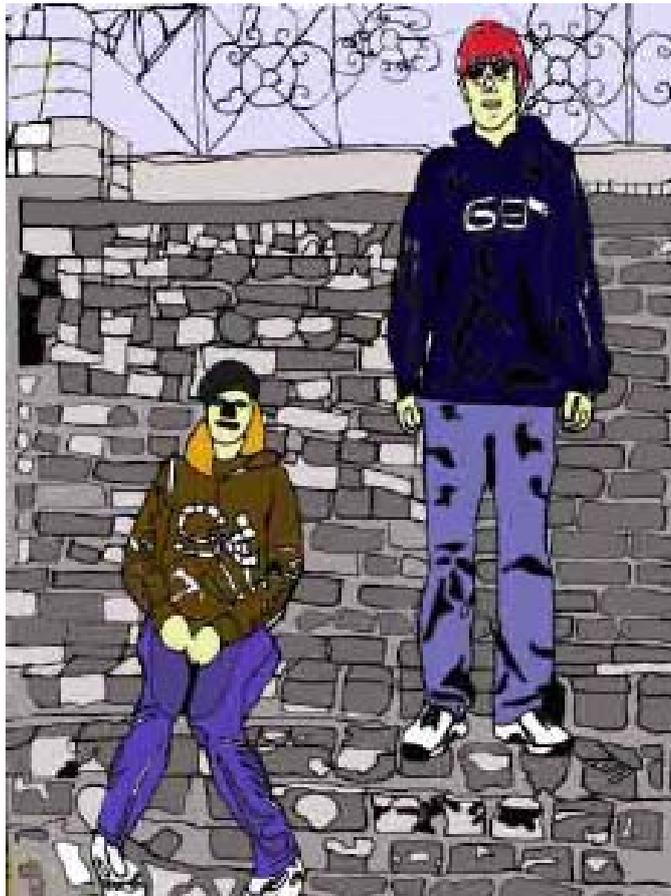
Diese drei Dimensionen zusammen genommen ermöglichen, dass Jungen eine angemessene Unterstützung und Begleitung erfahren, die über die Orientierung im Berufswahlspektrum und ein Bewerbungstraining hinausgeht. Sowohl die Jungen als auch die beteiligten Fachkräfte können sich „spaß- und lustorientiert“ und motiviert den verschiedenen Themen, Aspekten und Dimensionen der Zukunfts- und Lebensplanung von Jungen nähern und können „scheinbar pädagogisch befreit“ für diesen Moment gelingende Beziehungen gestalten.

Die Stationen

Die erste Station „*Rollenspiel*“ lädt zum Experimentieren ein. Die Auseinandersetzung innerhalb der Gruppe anhand von verschiedenen Portraitfotos mit Rollenvorstellungen und Zukunftswegen und die Diskussion innerhalb der Gruppe über Vorurteile und Personenzuschreibungen stehen hier im Vordergrund.

Bei der zweiten Station „*Mannaktivität*“ können Gefühle ausgelebt und Einstellungen verdeutlicht werden. Eine Spielfigur muss von der Gruppe ins Ziel geführt werden, wobei die Spielfigur nur dann ein oder mehrere Felder weitergesetzt werden kann, wenn eine Aufgabe aus dem Bereich Reden, Deuten und Malen erfolgreich erledigt wurde.

Im Rahmen der dritten Station „*Kumpeltest*“ müssen die Jungen ihre Mitspie-



ler in „wichtigen Fragen“ des Lebens richtig einschätzen oder die Gruppe den Einzelnen richtig beurteilen. Wie denken die Gruppenmitglieder über Liebe, Familie, Freundschaft, Beruf...

Die vierte Station „*Kondomführerschein*“ ist eine Wissensstation mit Praxisanteilen. Es geht um den Kompetenzerwerb im Bereich Sexualität und Gesundheit. Wie bei einem Kfz-Führerschein muss jeder Junge die theoretische Prüfung und den Praxistest bestehen, um einen sogenannten Kondomführerschein zu erhalten.

Bei der fünften Station „*Bewerbung & Co*“ muss sich ein Junge unter mehreren

Bewerbern durch geschicktes Taktieren und Würfelglück durchsetzen, um den Traumjob zu ergattern. Gewonnen wird mit Wissen in den Bereichen Allgemeinwissen, Bewerbung, Lebenslauf und Vorstellungsgespräch. Darüber hinaus sind bei Einstellungstestaufgaben logisches Denken, Sprachverständnis, mathematisches Verständnis, räumliches und abstraktes Denken sowie Beobachtungsgabe und Konzentration gefragt.

Die abschließende, sechste Station „*Der große Schicksalsfall*“ beinhaltet eine „klassische“ Kooperationsaufgabe. Die Gruppe erhält begrenzte Materialien: 25 Strohhalme und 1,25 Meter Tesakrepp. Diese sollen dazu eingesetzt werden, eine Konstruktion zu bauen, die es ermöglicht, dass ein rohes Ei einen Sturz aus zwei Metern Höhe unbeschadet überlebt.

Die Rückmeldung „Gute Idee, aber ein bisschen schwer“ bezieht sich ursprünglich auf die Station „*Rollenspiel*“. Diese, so zeigte die Fragebogenauswertung, verunsicherte viele Jungen und ist als eher schwierig empfunden worden. Begründet wurde dieses mit der fehlenden Lösungsorientierung.

Erste Erfahrungen

Diese Rückmeldung lässt sich aber auch gut auf die pädagogisch begleitete Auseinandersetzung mit Fragen der Zukunfts- und Lebensplanung von Jungen übertragen. Das dieses eine „Gute Idee“ ist, zeigt u.a. die Sinus-Milieustudie zu Lebensentwürfen und Rollenbildern des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „20jährige Frauen und Männer heute: Lebensentwürfe, Rollenbilder, Einstellungen zur Gleichstellung – Sinus-Milieustudie“ (Berlin 2007), nach der Jungen bzw. junge Männer eine große Lust verspüren, eigene Lebensziele zu entwickeln und im Übergang zum Erwachsenenalter auch „neue, andere“ Lebensweisen erproben wollen. Sie fühlen sich aber durch erhöhte Leistungserwartungen aus dem beruflichen und



angenommen und verbindlich aufrechterhalten werden kann. Es geht darum Hilfestellung zu leisten, Orientierung und Schutz zu gewährleisten, zu ermutigen und Spielräume zu ermöglichen.

„Eine gute Idee, aber ein bisschen schwierig“, das gilt ebenso für gelingende Kooperationen zwischen Jugendhilfeträgern, Schulsozialarbeit und Schule. Diese lässt sich leider vielerorts als nicht ganz unproblematisch beschreiben. Aber, und auch

privaten Umfeld massiv unter Druck gesetzt, schätzen ihre Zukunftsperspektiven eher ungünstig ein und wünschen sich eine stärkere Begleitung (vgl. ebd., S. 19 ff.). Ebenso ist für Jungen die Auseinandersetzung hiermit oft auch „ein bisschen schwierig“, da sie mit sehr persönlichen und individuellen Lebensbereichen konfrontiert werden. Es geht um eigene Wünsche, Hoffnungen, Ängsten und Lebensvorstellungen. Es fällt Jungen nicht immer leicht, sich auf diese Themen, insbesondere im öffentlichen Raum, einzulassen und darauf zu vertrauen, dass die erbrachte Offenheit von den Beteiligten nicht gegen sie genutzt und Mitgeteiltes nicht weitergegeben wird und somit ein „Gesichtsverlust“ droht. Diese Unsicherheiten und Ängste der Jungen müssen ernst genommen und ein verlässlicher Rahmen geboten werden, der von den Jungen in der Gruppe

das zeigt der Einsatz des *starter Kits* in der Erprobungsphase: Kooperation kann gelingen, Kooperation kann „Spaß“ machen und von Kooperation können alle beteiligten Träger, Institutionen und Fachkräfte gleichermaßen profitieren. Noch sehr viel mehr profitieren aber die Kinder- und Jugendlichen, und in diesem Fall ganz speziell die Jungen, die interessiert, positiv und wertschätzend wahr- und in den Blick genommen werden.

Kontakt:

*Fachstelle Jungenarbeit NRW/
Landesarbeitsgemeinschaft Jungen-
arbeit NRW e.V., Sandro Dell'Anna,
c/o Union Gewerbehof,
Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund
Telefon 0231/5342174, E-Mail:
s.dell-anna@lagjungenarbeit.de*

Im Internet:

www.lagjungenarbeit.de

Das Projekt

Jobmappe NRW

Neue Jobmappe steht online zur Verfügung

Die Jobmappe NRW wird vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben und seit September 2008 in verschiedenen Programmen des Landes zur Beschäftigung und Ausbildung von Jugendlichen eingesetzt. Ziel der Jobmappe NRW ist, Jugendliche und junge Erwachsene bei der Berufsorientierung, der Qualifizierungs- und Berufswegeplanung und bei der Bewerbung zu unterstützen. Sie ist zugleich ein Instrument der pädagogischen Begleitung im Rahmen der individuellen Qualifizierungs- und Förderplanung durch die Bildungsträger.

Die Jobmappe NRW, die mit Mitteln des Landes und der EU finanziert wird, besteht aus:

- Einem DIN A4-Ordner als Printfassung, ein kostenfreies Ansichtsexemplar kann von Ausbildungsinstitutionen und Multiplikatoren/-innen bestellt werden.
- Einem USB-Stick als Speichermedium.
- Informationen und Materialien auf der Internetseite www.jobmappe.nrw.de.

Unter www.jobmappe.nrw.de finden junge Erwachsene Informationen und Materialien zu u.a. folgenden Themenfeldern:

- Profil: Welche Stärken und Interessen hat man?
- Ziel: Planungen und nächste Schritte.
- Beruf: Der Weg in den Beruf.
- Bewerbung: Unterlagen und Dokumente zusammenstellen.

Alle Arbeitsblätter der Jobmappe NRW können online bearbeitet, als persönliche Dokumente gespeichert und ausgedruckt werden. Zusätzlich dazu gibt es Angaben zu weiterführenden Informationen, die auf dem Weg in den Beruf weiterhelfen.

*Weitere Informationen zur Jobmappe NRW, Downloads und Kontakt unter:
www.jobmappe.nrw.de*

Infos zur Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit NRW

Die LAG Jungenarbeit NRW ist ein freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe in NRW. In ihr sind aktuell 85 Träger, Institutionen und Fachkräfte landesweit zur geschlechtsbezogenen Jungenarbeit miteinander vernetzt. Sie kooperiert eng mit landesweiten Träger der Kinder- und Jugendhilfe (Landesjugendämter, Paritätisches Jugendwerk NRW, Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit NRW, Sportjugend NRW, FUMA Fachstelle Gender NRW).

Seit 2002 ist die LAG Jungenarbeit Träger der Fachstelle Jungenarbeit NRW, die landesweit erste Anlaufstelle für Informationen und Beratung zur geschlechtsbezogenen Jungenarbeit und zur Dokumentation, Vernetzung und Qualifizierung von Jungenarbeit in NRW. Sie unterstützt verschiedene Adressaten und über 50 Facharbeitskreise zur Jungenarbeit in NRW zu verschiedenen Aspekten der fachlichen Positionierung und (Weiter-)Entwicklung von geschlechtsbezogener Jungenarbeit. Das Ziel ist es, eine strukturell und konzeptionell abgesicherte, geschlechtsdifferenzierten und bereits entwickelten Qualitätsstandards entsprechende Angebotsstruktur im Sinne des SGB VIII und des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes des Landes NRW zu erreichen.

Emanzipation im Wasserglas

Das Projekt

EUREGIO-Studie, Ausstellung und Führung zur Öffnung des Erzieherberufs für Migrantinnen aus Köln

Von Dr. Wolfgang Zschke

Im Euregio-Projekt „Sozialer Zusammenhalt in modernen Industriegesellschaften“ (SIS – Rotterdam, Arnheim, Duisburg, Köln) entstand eine Expertise zur interkulturellen Öffnung des Berufs Erzieher/Erzieherin. Grundlage bildet die Evaluation einer langjährigen Fördermaßnahme für Migrantinnen in der Erzieherausbildung im Nippes Museum Köln. Dort nehmen Erzieherinnen mit Migrationshintergrund regelmäßig an einer ausbildungsbegleitenden Gruppe teil. Zur Veranschaulichung der Studie wurde eine Ausstellung mit Portraits von Migrantinnen im Erzieherberuf angefertigt. Eine virtuelle Führung steht neben Katalog und Studie im Internet zur Verfügung.

Ausstellung und Expertise richten sich v. a. an Mitarbeiter/-innen in Tageseinrichtungen. Die Ergebnisse werden auf einer Veranstaltung in der Interkulturellen Woche 2008 (siehe Kasten unten) zur Diskussion gestellt.

Die EUREGIO-Studie diskutiert Zugangsbarrieren zum Erzieherinnenberuf aus der Perspektive angehender Erzieherinnen. Einige Thesen zur Diskussion lauten:

1. *Fehldeutung Kulturdifferenz:* Handlungsleitend für die angehenden Erzieherinnen sind schichtspezifische, arbeitsorientierte und professionelle Deutungsmuster und Solidaritäten und nicht

kulturelle oder ethnische „Identitäten“. Wird dies nicht erkannt, entstehen irrationale Zugangsbarrieren zum Beruf und Konflikte im Betrieb.

2. *Verkannter bürgerlicher Hintergrund:* In der Praxis wird der reale oder ideelle bürgerliche Hintergrund eines Teils der Flüchtlinge und Aussiedler und der aufstiegsorientierten Arbeitnehmerkinder oft nicht erkannt. Auch dies führt zu Fehldeutungen und erhöhtem Konfliktpotential.

3. *Gelungene Integration:* Für alle Teilnehmerinnen gilt, unabhängig von Epoche und Status, dass sie eine überzeugende, zivile Orientierung und Anerkennung der Berufsnormen, eine sich selbst tragende, sogenannte intrinsische Motivation und eine sachbezogene, sogenannte postkonventionelle Arbeitsorientierung mitbringen.

4. *Konkurrenz als Integrationserfolg:* Scheitert die Ausbildung, dann suchen die Migrantinnen die Gründe zunächst bei sich selbst. Ein Grund für das verbreitete Gefühl des Ausgeschlossenseins ist aber paradoxerweise auch in den Integrationserfolgen der vergangenen Jahre zu suchen, insbesondere im Übergang von einer teils exotisierten Position, z.B. als „Dolmetscher“ im Betrieb, zu einer kollegialen, gleichberechtigten und damit auch stärker von Konkurrenz geprägten Arbeitssituation.

5. *Zugangsbarrieren in Tageseinrichtungen:* Als Zugangsbarrieren zum Beruf werden von den Teilnehmerinnen an erster Stelle Mängel der Anleitung und Arbeitsbedingungen in den Tageseinrichtungen kritisiert. Genannt werden im Einzelnen:

- Mangelhafte Leitungs- und Ausbildungspraxis in den Einrichtungen.
- Mangel an Respekt und Partnerschaftlichkeit der Fachkräfte im Umgang mit Kindern, Eltern und Kolleginnen.
- Ungleiche Ausstattung und Pädagogik in Einrichtungen in privater und öffentlicher Trägerschaft.
- Mangelhafte Mitbestimmung in den Einrichtungen bis hin zur Kompetenzüberschreitung der Anleiterinnen bezüglich Eignungsprognosen.
- Opportune Kompromissbildung zwischen Berufsschule und Einrichtungen im Falle von Konflikten.
- Sprachmobbing verstanden als Kompetenzzug mit dem Vorwand der Sprache.
- Fehldeutung sozialer Sensibilität als Schwäche oder individuelles Defizit.
- Diskrepanzen zwischen den Anforderungen individueller und solidarischer Emanzipation.

6. *Berufskolleg:* Die von der Mehrzahl der Teilnehmer besuchte städtische Berufsschule wird von den Erzieherinnen als kompetenter und – mit individuellen Ausnahmen – solidarischer Partner wahrgenommen. Ausschluss Tendenzen können durch den als unzureichend empfundenen Modus der Konfliktaustragung zwischen Schule, Einrichtungen und Schülerinnen hinsichtlich Anleitung und Begutachtung entstehen.

7. *Irrweg Sprachmobbing:* Die in Praxisstellen und Schule häufig vorgelegene, stereotype Aufforderung, immer neue Sprachkurse zu besuchen, wird von Schülerinnen wegen der Vielschichtig-

Interkulturelle Woche

Im Rahmen der Interkulturellen Woche vom 3. bis 9. November 2008 finden im Nippes Museum mehrere Veranstaltungen zum Thema des Projektes statt.

Die Ausstellungseröffnung mit Lesung und Diskussion findet am 04.11.2008, 18.00 bis 20.00 Uhr im Nippes Museum statt.

Möglich sind zudem Führungen für Gruppen nach Anmeldung (z.B. zu den Themenschwerpunkten Erzieherbiografien, Schule Türkei / Deutschland, Kinder in der Schule).

Weitere Infos & Kontakt: Dr. Wolfgang Zschke, Nippes Museum, Kempener Str. 95, Köln. Telefon: 0221/727275; E-Mail: nippes.museum@web.de

keit der realen Anforderungen als irreführend und diskriminierend empfunden.

8. *Kollektive Interessensvertretung:* Der Zugang der Migrantinnen zur organisierten Interessensvertretung scheint nicht selbstverständlich zu gelingen. Die Bereitschaft zur solidarischen Austragung von Konflikten, z.B. über die Gewerkschaft, ist vorhanden, kann in der Praxis aber nicht immer umgesetzt werden.

9. *Kommunale Steuerung und Partizipation:* Die neuen Bedarfslagen einer diversifizierten Integration in Berufsschule und Zentrenarbeit können über die vorhandenen Trägernetzwerke zur Berufshilfe, Jugendhilfeplanung und Integrationsförderung nur teilweise artikuliert werden.

10. *Wahl eines geeigneten Steuerungsmodells:* Die Kommunalpolitik ist verantwortlich für das angewandte Modell der kommunalen Steuerung und Vernetzung. Derzeit stehen zwei Zugänge nebeneinander, von denen zu hoffen ist, dass sie sich auch bei den neuen, komplizierteren Integrationsaufgaben, wie z.B. der Berufsöffnung, ergänzen können.

Kontakt: Dr. Wolfgang Zschke, Nippes Museum, Kempener Str. 95, 50733 Köln. Telefon 0221/727275.

E-Mail: nippes.museum@web.de

Bericht, Ausstellung und Führung als Download im Internet unter: www.euregio-integration.eu/de/dateien/eva_sk_erzieher.pdf



Preise & Förderungen

Demokratie auf! die Ohren

Modellprojekt in Essen sucht junge Essener Bands, Musik-AG's etc.

Mit der Produktion und Veröffentlichung einer CD (mit eigens hierfür komponierten Musikstücken, die sich mit dem eigenen Gemeinwesen und der Demokratie beschäftigen), soll der einschleichenden Einflussnahme der rechtsextremen Szene auf Jugendliche und Schüler/-innen entgegen gewirkt werden.

Gesucht werden junge Essener Bands, Musik-AG's etc. im Alter von 14 bis 27 Jahren, die sich – mit deutschen Texten – thematisch mit positiven Erfahrungen und Erlebnissen auseinandersetzen. Wichtige Begriffe sind z.B. Demokratie, Gemeinwesen, Zusammenleben, Freiheit, Toleranz.

Eine Jury wählt 10 bis 12 Songs aus, die in einem Studio aufgenommen werden. Jede Band bekommt einen Studiotag zur Aufnahme zur Verfügung gestellt.

Die CD soll veröffentlicht und an Schulen, Jugendeinrichtungen und weitere Einrichtungen verteilt werden.

Bewerbungen (mit Text und Bandinfo) und weitere Infos bei: Julius-Leber-Haus (AWO), Meistersingerstr. 50, 45307 Essen E-Mail: jlh@awo-essen.de

*www.myspace.com/demokratie
www.myspace.com/juliusleberhaus*

LVR-Modellförderung zum Thema „Integration von Mädchen und Jungen mit Behinderung in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich“

Um neue Entwicklungen in der Jugendhilfe im Sinne von § 85 Abs. 2 Ziff. 4 SGB VIII (KJHG) fördern zu können, gewährt der Landschaftsverband Rheinland (Landesjugendamt) Zuschüsse für die Planung, Anregung, Förderung und Durchführung von Modellvorhaben. Hierbei handelt es sich um Mittel der Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbandes Rheinland, die für diesen Zweck bereitgestellt werden.

Für die Förderung von Modellprojekten in 2009 hat der Landesjugendhilfeausschuss am 04.09.2008 u.a. den Themenschwerpunkt „Integration von Mädchen und Jungen mit Behinderung in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich“ beschlossen.

Unterstützt werden soll die Entwicklung von inklusiven Konzepten in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich.

Wichtiger Baustein ist dabei die Zusammenarbeit von Familie, Jugendhilfe und Schule, z.B. beim Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule und innerhalb der Offenen Ganztagschule.

Die Konzepte sollen die konkrete inklusive Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung und ihren Familien entwickeln helfen – und darin geschlechtersensibel ausgestaltet sein.

Antragsberechtigt sind ausschließlich Träger der Kinder- und Jugendhilfe aus dem Rheinland.

Antragsfrist ist der 31.01.2009.

Weitere Informationen zur Modellförderung im Internet unter:

www.jugend.lvr.de/foerderungen/modell+und+initialfoerderung+2009

„Zeigt her eure Schule – Qualität im Alltag“

Preise & Förderungen

Ganztagschulwettbewerb 2008/2009

Der Ganztagschulwettbewerb im Schuljahr 2008/2009 steht unter dem Thema „Zeigt her eure Schule – Qualität im Alltag.“ Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) suchen wieder gelungene Praxisbeispiele, die Anregung geben, anderen Schulen Mut machen und zeigen, dass es in Deutschland gute Ganztagschulen gibt.

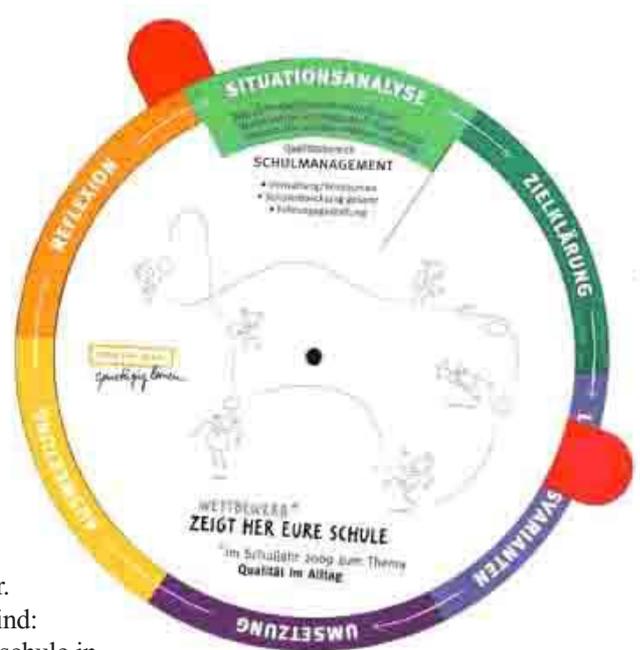
Aktuelle Vorhaben zur Verbesserung der Qualität von Ganztagschulen gesucht!

Gute Ganztagschulen erkennt man daran, dass sich dort große und kleine Menschen nicht mit dem Stand der Dinge zufrieden geben, sondern danach schauen, in welchen Feldern sie noch besser werden können. In der gemeinsamen Arbeit an der Schule analysieren sie daher die aktuelle Situation, ermitteln Veränderungsbedarfe, entwerfen Lösungsmöglichkeiten, die sie in die Tat

umsetzen und schauen sich zum Schluss an, ob die Dinge so wie gewünscht gelungen sind oder wo der Schuh weiter drückt. Darüber, wie Schulen herausfinden, was für sie eine gute Ganztagschule ist und welche Schritte sie gehen, um Verbesserungen durchzuführen, wüssten wir gern mehr.

Leitende Fragen dabei sind: Wer bringt Ihre Ganztagschule in welchen Bereichen voran, mit welchen Zielen und Methoden? Wie gelingt es Ihnen, aus Ihrer Schule eine bessere zu machen?

Egal, ob Qualitätsentwicklung an der Schule bereits ein zentrales Thema ist oder erst am Anfang steht: Sie sind herzlich zur Wettbewerbsteilnahme eingeladen! Dokumentieren Sie mit Hilfe der Wettbewerbsmappe für Ihre Schule



und für den Wettbewerb ein bereits durchgeführtes oder laufendes Vorhaben, bei dem Sie sich Gedanken zur Verbesserung Ihrer Schule gemacht haben.

Die Wettbewerbsmappen können ab sofort bestellt werden. Ab November 2008 werden die Wettbewerbsmappen versendet. Einsendeschluss ist der 31. März 2009.

www.ganztaegig-lernen.de

Integration junger Migranten/-innen

Förderprogramm der Robert Bosch Stiftung neu ausgeschrieben

Die Robert Bosch Stiftung schreibt das Programm „Integration junger Migranten/-innen“ erneut aus. Bis 30. Januar 2008 können Anträge für praxisbezogene, lokal angelegte Projekte eingereicht werden, die Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien unterstützen ihre Talente zu entfalten, ihren Schul- und Berufsweg erfolgreich zu gestalten und sie befähigen und ermutigen, am Gemeinwesen aktiv teilzuhaben.

Projekte können mit bis zu 5.000,- EUR für maximal zwei Jahre gefördert werden. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass Migranten/-innen selbst

aktiv an der Planung und Durchführung der Vorhaben beteiligt sind.

Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommt aus Migrantenfamilien. Für viele von ihnen ist es schwerer als für ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, ihre Talente zu entfalten. Sie benötigen dazu besondere Unterstützung, Ermutigung und ein Gemeinwesen, das mit kultureller und sozialer Vielfalt zum Vorteil für alle umzugehen weiß.

Die Robert Bosch Stiftung hat 2005 das Programm „Integration junger Migranten/-innen“ eingerichtet, um über-

zeugende Projektideen zur Integration junger Menschen im Kindergarten, in der Schule und in der Freizeit zu fördern. Bisher gingen über 780 Anträge ein. Insgesamt wurden 550.000,- EUR zur Verfügung gestellt.

Seit dieser Ausschreibungsrunde wird das Programm „Integration junger Migranten/-innen“ von der Stiftung Mitarbeit durchgeführt. Anträge werden direkt an die Stiftung Mitarbeit gestellt. Weitere Informationen und Antragsformulare sind im Internet eingestellt unter:

www.bosch-stiftung.de/junge_migranten

KINDER ZUM OLYMP!

Schulen kooperieren mit Kultur

Wettbewerb der Kulturstiftung der Länder in Zusammenarbeit mit der Deutsche Bank Stiftung

Schule und Kultur gemeinsam in Aktion: Zusammen mit einem Theater, Museum, Orchester, einzelnen Künstler ein Projekt entwickeln und durchführen, neue kreative Impulse für den Schulalltag schaffen. Neue Ideen sind gesucht!

Im Rahmen ihrer Jugendinitiative KINDER ZUM OLYMP! ruft die Kulturstiftung der Länder zum fünften Mal bundesweit zu einem Wettbewerb auf. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, sich künstlerisch auszudrücken, Kunst und Kultur zu entdecken. In Kooperationsprojekten mit außerschulischen Partnern (einer kulturellen Einrichtung oder Künstlern/-innen) können Schüler/-innen und Lehrkräfte neue Ideen entwickeln und umsetzen. So lernen sie kulturelle Praxis kennen.

Wettbewerbsbereiche. – Betroffen sind die Bereiche bildende Kunst, Architektur und Kulturgeschichte, Film und Neue Medien, Literatur, Musik, Musiktheater, Tanz, Theater.

Wer kann mitmachen? – Teilnehmen können alle allgemeinbildenden Schulen in Deutschland. Gemeinsam mit einer Kulturinstitution oder aber auch

Künstler/-innen kann sich eine ganze Schule, eine Klasse, ein Kurs oder eine Arbeitsgemeinschaft aus einer Grundschule oder einer weiterführenden Schule beteiligen. Der Wettbewerb ist nach den Schulklassen 1 bis 4, 5 bis 9 und 10 bis 13 gestaffelt. Auch klassen- bzw. altersübergreifende Projekte sind möglich.

Mögliche Kooperationspartner sind Museen, Galerien, Theater, Bibliotheken, Literaturhäuser, Opernhäuser, Puppentheater, Jugendkunstschulen, Orchester, Tanztheater, Bands, Musikschulen, Tanzkompanien etc. und Künstler/-innen aller Sparten.

Projekthalte. – Neue Ideen sind gesucht! Schüler/-innen, Lehrer/-innen und ihre Partner aus Kunst und Kultur sollen innovative Projekte gemeinsam entwickeln. Inspiration liefert die Datenbank „Praxisbeispiele“ (www.kinderzumolymp.de). Hier finden sich fast 1300 Projekte von Preisträgern



und Endrundenteilnehmern der vorhergehenden KINDER ZUM OLYMP!-Wettbewerbe, die zeigen, wie viel machbar ist – und das überall!

Preise. – Vergeben werden Geldpreise im Gesamtwert von 28.000,- EUR sowie Sonderpreise der Deutsche Bank Stiftung. Pro Sparte werden in der Regel vier Preise vergeben – jeweils ein Preis für jede Altersstufe.

Bei einer zentralen Preisverleihung im Herbst 2009 werden die Gewinnergruppen eingeladen und ihre Projekte der Öffentlichkeit innerhalb eines kleinen Festaktes vorgestellt.

Termine. – Die Anmeldung zur Teilnahme ist bis zum 16. November 2008 möglich über www.kinderzumolymp.de.

Weitere Infos und Kontakt unter:
www.kinderzumolymp.de

Die Gesellschafter

Förderprogramm der Aktion Mensch

Zum Gesellschafter-Projekt hat die Aktion Mensch ein eigenes Förderprogramm eingerichtet.

Im Rahmen dieses Förderprogramms können neue Aktionen und Projekte von freien gemeinnützigen Organisationen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland gefördert werden, die wesentlich von ehrenamtlichen und freiwilligen Mitarbeiter/-innen getragen werden oder zum Ziel haben, neue Freiwillige zu gewinnen.

Die wichtigste inhaltliche Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die beantragten Projekte zu mehr Gerech-

tigkeit in der Gesellschaft beitragen. Förderanträge können online gestellt werden. Die Förderhöchstgrenze für ein Projekt beträgt 4.000,- EUR, der maximale Förderzeitraum ist ein Jahr. Es werden ausschließlich Zuschüsse für Honorar- und Sachkosten gewährt, die unmittelbar und zusätzlich durch das beschriebene Projekt entstehen.

Weitere Informationen bei:
Aktion Mensch, Heinemannstr. 36,
53175 Bonn
Telefon 0228/2092391
E-Mail: info@diegesellschafter.de
www.diegesellschafter.de

Ehrenamt reloaded

Freiwilligendatenbank der Aktion Mensch

Mit über 6.000 Einsatzmöglichkeiten ist die Freiwilligendatenbank der Aktion Mensch das größte und komplexeste Online-Portal auf diesem Gebiet.

Die Datenbank hat sich seit ihrem Start im Mai 2006 mit Hilfe vieler Verbände und Freiwilligenorganisationen zu einem wichtigen Hilfsmittel bei der Vermittlung von engagierten Bürger/-innen zu konkreten Projekten entwickelt.

Das Netzwerk soll weiter wachsen; weitere lokale gemeinnützige Projekte sind deshalb aufgerufen, sich unter www.freiwilligendatenbank.de einzutragen.

www.freiwilligendatenbank.de

Die Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I

Eine Chance auch für die Kinder- und Jugendhilfe?

Von Alexander Mavroudis

Nach dem fast flächendeckenden Ausbau von Offenen Ganztagschulen im Primarbereich – im Schuljahr 2008/98 wird es 184.000 Ganztagsplätze an über 2.900 Schulen geben – schreitet jetzt der Ausbau von Ganztagschulen in der Sekundarstufe I voran. In Ergänzung zu der „Qualitätsinitiative Hauptschule“, mit der seit 2006 der erweiterte Ganztagsbetrieb an Hauptschulen und wenigen Förderschulen ausgebaut wird, hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW nun die „Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I“ gestartet. Die entsprechenden Erlasse wurden am 31.07.2008 veröffentlicht.

Mit der Ganztagsoffensive sollen Schulen, Schulträger und Eltern bei der inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung des Schulalltags an allen Schulen der Sekundarstufe I unterstützt werden. Bei der Umsetzung sollen folgende Bedarfe berücksichtigt werden:

- Schulorganisatorische Bedarfe, die sich für Schüler/-innen durch die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur an Tagen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht ergeben.
- Von Eltern angemeldete Betreuungsbedarfe.
- Bildungsbedarfe von Schüler/-innen.

In den Jahren 2009 und 2010 stellt das Land hierfür zusätzlich rund 175 Mio. EUR zur Verfügung, davon rund 75 Mio. EUR für Personalkosten und 100 Mio. EUR für Investitionen. Mit diesen Mitteln können die Schulen und Schulträger die Personalkosten der Übermittagbetreuung und ergänzender Ganztagsangebote sowie anteilig erforderliche Investitionen finanzieren.

Die „Ganztagsoffensive besteht aus drei Programmen:

Das Programm „Gebundene Ganztagsrealschulen und Ganztagsgymnasien“

Ab dem Schuljahr 2009/10 sollen jährlich 108 Schulen (pro Jahr in jedem der 54 Kreise und kreisfreien Städte je eine Realschule und ein Gymnasium) zu gebundenen Ganztagschulen nach § 9 Abs. 1 SchulG ausgebaut werden. Am Ganztagsangebot einer gebundenen Ganztagschule, das beginnend mit der fünften Klassenstufe schrittweise ausgebaut wird, nehmen alle Schüler/-innen verpflichtend teil. Den Schulen bekommen für die Gestaltung des Ganztags einen 20prozentigen Lehrerzuschlag.

Aus *Sicht der Kinder- und Jugendhilfe* ist zu beachten: Bei der Besetzung der Lehrerstellen können die Schulen sich auch für sozialpädagogische Fachkräfte entscheiden. Grundlage hierfür ist der Erlass zur Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit an allen Schulformen. Das bietet die Chance, in einem rhythmisierten Ganztags neben der unterrichtsbezogenen Förderung andere Angebote zu verankern wie z.B.:

- offene Angebote für soziales Lernen,
- sozialpädagogische Angebote zur Förderung interkultureller Kompetenzen, Mädchen-/ Jungenförderung und zum Bereich Lebens- und Berufsplanung,
- freizeitorientierte Angebote usw.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte können zudem ein wichtiges Bindeglied sein, um die Kooperation der Ganztagschulen mit außerschulischen Partnern insbesondere der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 5 SchulG NRW und § 7 KJFöG NRW auszubauen.

Im Erlass wird angekündigt, dass das Schulministerium anstrebt, auch in





gebundenen Ganztagschulen Verfahrensweisen nach dem Modell des Programms „Geld oder Stelle“ zu entwickeln (siehe weiter unten). Das würde bedeuten, dass den Schulen dann auch die Möglichkeit zur Kapitalisierung von Stellen(-anteilen) gegeben wird – und auf diesem Wege kooperative Angebote außerschulischer Partner dauerhaft finanziert und in die Ganztagsprogramme aufgenommen werden können.

Zum *Antragsverfahren*. – Die Schulträger können den Bezirksregierungen bis zum 30.11.2008 die Schulen nennen, die zum 01.08.2009 bzw. zum 01.08.2010 gebundene Ganztagschule werden wollen. Dabei handelt es sich zurzeit um einen einmaligen Antragstermin. Nach 2010 soll der Ausbau allerdings bedarfsgerecht fortgesetzt werden.

Das Programm „Pädagogische Übermittagsbetreuung/ Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I („Geld oder Stelle“)

Mit dem Programm „Geld oder Stelle“ stellt das MSW ab dem 01.02.2009 allen Schulen der Sekundarstufe I, die zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Ganztagschule sind, Lehrerstellenanteile und/oder Barmittel zur Verfügung. Mit diesen Ressourcen sollen die Schulen:

- eine pädagogische Betreuung und Aufsicht in der Mittagspause für alle Schü-

ler/-innen der Sekundarstufe I mit Nachmittagsunterricht gewährleisten; – unter Berücksichtigung der Bedarfe der Eltern sowie von Förderbedarfen und Interessen von Schüler/-innen, ergänzende außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote bereitstellen; dies können z.B. Arbeitsgemeinschaften, Förder- und Freizeitangebote, Sport-/Bewegungs- oder Kulturangebote sein.

Die Ganztagsangebote können sich an dem bisherigen Programm „Dreizehn Plus in der Sekundarstufe I“ orientieren, das zum 01.02.2009 in das neue Programm überführt wird. Bei „Geld oder Stelle“ gibt es keine vorgegebenen Gruppengrößen und Öffnungszeiten mehr. Die organisatorische und inhaltliche Gestaltung der pädagogischen Übermittagsbetreuung sowie der Ganztags- und Betreuungsangebote obliegt den Schulen (Entscheidung Schulkonferenz).

Bemessensgrundlage der Förderung ist die Anzahl der Schüler/-innen einer Schule:

- Bei unter 300 Schüler/-innen bis zu 15.000 EUR oder 0,3 Lehrerstellenanteile.
- Bei 300 bis 500 Schüler/-innen bis zu 20.000 EUR oder 0,4 Lehrerstellenanteile.
- Bei 501 bis 700 Schüler/-innen bis zu 25.000 EUR oder 0,5 Lehrerstellenanteile.

– Bei über 700 Schüler/-innen bis zu 30.000 EUR oder 0,6 Lehrerstellenanteile.

Die Schulen entscheiden über die Inanspruchnahme von Geld- und/oder Stellenanteilen. Die Bewirtschaftung der Geldmittel erfolgt über den Schulträger, der diese – im Einvernehmen mit der Schule – an Träger z.B. der Kinder- und Jugendhilfe weiterleiten kann, wenn diese Angebote durchführen.

Aus *Sicht der Kinder- und Jugendhilfe* ist zu beachten, dass der Erlass ausdrücklich die Beteiligung außerschulischer Partner gemäß § 5 SchulG bei der Umsetzung des Programms vorsieht. So sind neben Klassenpflegschaften, Schulpflegschaft und Lehrerkonferenz auch mit der Schule kooperierende außerschulische Partner im Vorfeld der Planung der Maßnahmen und Angebote zu beteiligen. Was den Durchführungsort betrifft, so können die Angebote auch außerhalb des Schulgeländes durchgeführt werden: z.B. in Einrichtungen der Jugendarbeit, der kulturellen Bildung oder in Einrichtungen des Jugendsports.

Insbesondere für den Bereich der außerunterrichtlichen Ganztags- und Betreuungsangebote bietet sich die Chance, Lernangebote in den Schulprogrammen zu verankern, die Schüler/-innen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung hin zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten unterstützen (im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses nach § 1 SGB VIII).

Das Programm „Geld oder Stelle“ kann so ein wichtiger Schritt sein für den Ausbau kooperativer Praxis an und im Umfeld von Schulen. Vor diesem Hintergrund sollten auch Träger der Kinder- und Jugendhilfe zeitnah den Kontakt zu Schulen und Schulverwaltungsämtern suchen und sich an den konzeptionellen Planungen beteiligen. Das gilt insbesondere für die Träger, die im Rahmen des Programms „Dreizehn Plus“ bereits an Schulen tätig sind.

Zum *Antragsverfahren*. Für das Schuljahr 2008/09 müssen die Anträge der Schulträger zum 31.10.2008 vorliegen, damit der pünktliche Start des Programms zum 01.02.2009 und die Überführung

des bisherigen Programms „Dreizehn Plus“ gesichert ist.

Die Anträge für das Schuljahr 2009/10 sind von den Schulträgern bis zum 30.12.2008 zu stellen. Für die nachfolgenden Schuljahre gilt der 30.12. des Vorjahres als Antragstermin.

„1.000-Schulen“-Programm (Investitionsförderung)

Das „1.000-Schulen“-Programm richtet sich an alle Schulen und Schulformen der Sekundarstufe I. Gefördert werden Investitionen zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen sowie zur pädagogischen Übermittagsbetreuung und zu Ganztags- und Betreuungsangeboten an allen Schulen, die zum 01.05.2008 noch keine Ganztagschule waren.

Für jede Schule kann ein Landeszuschuss von bis zu 100.000,- EUR gewährt werden. Die Schulträger müssen einen Eigenanteil in mindestens gleicher Höhe (50 Prozent oder mehr) erbringen; die Eigenanteile können u.a. aus der Bildungspauschale genommen werden, die das Land den Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz zur Verfügung stellt.

Zum Antragsverfahren. – Die Schulträger legen den Bezirksregierungen bis spätestens zum 30.11.2008 ihre Anträge vor; hierbei handelt es sich um einen einmaligen Antragstermin!

Weitere Einzelheiten zu allen drei Programmen sowie die entsprechenden Bezugsurteile sind im Bildungsportal unter www.schulministerium.nrw.de (Schulsystem/Ganztagsbetreuung/Ganztagsoffensive) zu finden.

Stellenwert der Ganztagsoffensive für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe

Mit der Ganztagsoffensive soll die Eigenverantwortlichkeit der Schulen gestärkt und gleichzeitig die Möglichkeit zur Zusammenarbeit der Schulen mit Jugendhilfe, Kultur, Sport und anderen außerschulischen Partnern bei der Gestaltung von Ganztagsangeboten

gegeben werden. Vom Grundsatz her sind damit auch die Träger der Jugendhilfe aufgefordert zu prüfen, welche Chancen die Ganztagsoffensive bietet, um Schüler/-innen zu fördern und zu unterstützen und um das eigene Profil als Bildungspartner in der Region und/oder Kommune zu schärfen.

Im Erlass „Ganztagschulen und Ganztagsangebote in NRW“ ist festgelegt, dass die Kommunen gemäß § 5 Abs. 1 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) die ihnen in § 24 Abs. 2 SGB VIII als Träger der öffentlichen Jugendhilfe auferlegte Pflichtaufgabe zur bedarfsgerechten Bereitstellung von Betreuungsangebo-



ten für Schulkinder in Kindertageseinrichtungen auch in Schulen erfüllen können, wenn dort Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote nach den Grundsätzen des SGB VIII gestaltet werden. Der Ausbau des Ganztags ist somit Gegenstand der gemäß § 80 SchulG und § 81 SGB VIII sowie § 7 KJFöG NRW miteinander abzustimmenden kommunalen Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung.

Festzustellen ist zwar, dass die Ganztagsoffensive keine mit der Offenen Ganztagschule im Primarbereich vergleichbare konzeptionelle Verankerung der Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe vorsieht, jedoch wichtige Leitgedanken im Sinne der Diskussion über veränderte Bildungsplanung und ganzheitliche Bildungsprozesse verfolgt:

- Die Orientierung an Interessen und Unterstützungsbedarfen von Mädchen



und Jungen, wie es das SGB VIII u.a. in § 1 vorsieht.

- Die Öffnung von Schule und Fortsetzung und/oder den Aufbau von Kooperationen mit außerschulischen Partnern.
- Die Einbindung der kommunalen Ämter und hier insbesondere des Jugendamtes.

Das MSW versteht die „Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I“ denn auch, neben dem Ausbau von Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen und der Weiterentwicklung regionaler Bildungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen ab dem Schuljahr 2008/09, als einen weiteren Baustein zur Stärkung der Partnerschaft zwischen Schulen und Schulträgern bzw. Kommunen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unerlässlich, dass die Träger der Jugendhilfe und hier insbesondere die Jugendämter diese Partnerschaften

aus der Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe mit gestalten. Die Jugendämter stehen vor der Aufgabe, die begonnenen Planungsprozesse der Schulverwaltung und der Schulen zu begleiten. Das Leitziel müssen kommunale Bildungslandschaften sein, in denen alle bildungsrelevanten Einrichtungen und Träger gemeinsam Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen übernehmen.

Die Fachberatung im Landesjugendamt Rheinland unterstützt Kommunen und Träger der Jugendhilfe durch Information, Vorträge, Beratung.

Kontakt:

Landschaftsverband Rheinland, Dez. Schulen, Jugend/Landesjugendamt, 50663 Köln. Herr Mavroudis, Telefon 0221/809-6932 E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Landesregierung schließt Pakt mit der Jugend

Land erhöht Kinder- und Jugendförderplan auf 80 Millionen EUR

Neues Internetportal www.yougle.nrw.de

Die Landesregierung hat am 4. Juni 2008 mit den nordrhein-westfälischen Dachverbänden der Jugendorganisationen den „Pakt mit der Jugend“ geschlossen. Nach dem Abkommen wird das Land NRW jährlich mehr als 80 Millionen EUR für die Jugendarbeit zur Verfügung stellen. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers: „Die nordrhein-westfälische Jugendpolitik ist durch den Pakt mit der Jugend einen großen Schritt weitergekommen. Er stellt sicher, dass die Interessen der jüngeren Generationen auch künftig gewahrt werden. Dies ist uns in enger Zusammenarbeit mit den Jugendlichen und ihren Organisationen gelungen (...).“

Ziele des Bündnisses sind:

- Förderung von Bildung und gemeinsame Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf zusammen mit den Jugendlichen.
- Stärkung der Integration über interkulturelle Projekte mit Jugendlichen.
- Stärkung der Demokratie durch bessere Beteiligung von Jugendlichen an den politischen Diskussionen.
- Festigen des Generationenzusammenhalts.
- Fördern des europäischen Gedankens und Stärkung des Bewusstseins für die Chancen und Perspektiven der „Einen Welt“.

Generationenminister Armin Laschet wies auf die Bedeutung des Pakts in Zeiten des demografischen Wandels hin: „Das Bündnis verleiht der Jugend eine neue, unverwechselbare Stimme. Jugend will mitentscheiden und Verantwortung übernehmen. Dies ist besonders wichtig in einer Zeit, in der der Anteil jüngerer Menschen kontinuierlich sinkt. Im Jahr 2010 wird es in unserem Land erstmals mehr Menschen geben, die älter als 65 Jahre sind, als Menschen unter 20 Jah-

ren.“ Ministerpräsident Rüttgers und Integrationsminister Laschet betonten, dass der Pakt mit der Jugend ein Bündnis mit allen Kindern und Jugendlichen sei. Integrationsminister Laschet: „Wir müssen die Kinder mit Zuwanderungsgeschichte stärker ansprechen. In der Kinder- und Jugendarbeit können wir jetzt noch mehr Brücken zwischen den Kulturen bauen.“

Zu den Bündnispartnern zählen neben dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration der Landesjugendring NRW e.V., die Arbeitsgemeinschaft „Haus der offenen Tür“ NRW, die Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit NRW e.V., die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit NRW und das Paritätische Jugendwerk NRW.

Jugendminister Laschet zeigte sich erfreut, dass es gelungen ist, alle Organisationen von der Idee des Pakts zu überzeugen. „Mehr Beteiligung, mehr Bildung, mehr Integration – so lautet das Gebot der Stunde in der Jugendpolitik. Der Pakt greift es auf und unterstützt die Verbände, dies in konkrete Projekte umzusetzen.“ Mit der Finanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen werde der Jugendarbeit neues Gewicht verliehen und deren Rolle in einer zeitgemäßen Generationenpolitik gefestigt.

In NRW leben rund 6,3 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 27 Jahren (...)

Weitere Informationen zum Pakt gibt im neuen Jugendportal, das von Jugendlichen für Jugendliche als Informations- und Kommunikationsplattform in NRW ausgebaut wird:

www.yougle.nrw.de

www.mgffi.nrw.de
04.06.2008



„Jugendhilfe aktuell“ 2/2008

Die Internetausgabe 2/2008 der Zeitschrift „Jugendhilfe aktuell“ des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe behandelt im Schwerpunkt das Thema „Kinderschutz“ mit u.a. folgenden Beiträgen:

- Die alltägliche und besondere Herausforderung bei Kindeswohlgefährdung: Erkennen – Beurteilen – Handeln.
- Schutzkonzept: Gemeinsam können wir es schaffen.
- Risikomanagement im Kinderschutz.
- Das scheinbar Unmögliche möglich machen: Kinderschutz in der Schule in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule.
- Kinderschutz goes online: Das Konzept des blended-learning in der Fort- und Weiterbildung von Mitarbeiter/-innen in Tageseinrichtungen im Kontext des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung.
- Kindeswohlgefährdung in Migrantenfamilien: Ein Thema für die Jugendhilfe?
- Personalbemessung im Kontext von Kinderschutz

Weitere Beiträge im Heft behandeln Entwicklungen in verschiedenen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sowie bei der Kooperation mit Schule.

Darüber hinaus gibt es aktuelle Informationen aus der Jugendhilfe in Westfalen-Lippe.

Die PDF-Datei kann kostenlos heruntergeladen werden unter:
www.lwl-landesjugendamt.de

Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit an allen Schulen in NRW möglich



Von Alexander Mavroudis

Mit Runderlass vom 23.01.2008 hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSW) den Rahmen für die Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit an Gesamtschulen, Gymnasien und Berufskollegs in NRW vorgegeben. Auf dem Weg zur eigenverantwortlichen Schule können an diesen Schulformen damit erstmalig Fachkräfte für Schulsozialarbeit auf veranschlagten Lehrerstellen beschäftigt werden.

Mit dieser Initiative will das MSW die Angebote und Maßnahmen im Bereich der Schulsozialarbeit verstärken, die im Rahmen der schulbezogenen Jugendsozialarbeit der örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe und seitens der Kommunen bereits bestehen. Der Runderlass nimmt von daher ausdrücklich Bezug auf die Kinder- und Jugendhilfe und hier insbesondere auf die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, deren Beteiligung im Rahmen der Umsetzung vorgeschrieben wird.

Mit Änderungserlass vom 25.04.2008 hat das MSW festgelegt, dass nunmehr *alle* Schulen Fachkräfte für Schulsozialarbeit auf veranschlagten Lehrerstellen befristet oder unbefristet beschäftigen können. Auf der Grundlage des aktualisierten Runderlasses können nunmehr auch Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Förderschulen Schulsozialarbeiter/-innen dauerhaft in die Lehrerkollegien integrieren und das Schulprogramm um sozialpädagogische Inhalte und Angebote erweitern.

Bezüge zur Jugendhilfe

Für die Einstellung von Fachkräften für Schulsozialarbeit auf Stellen des Landes NRW an Schulen sind aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe vor allem folgende Punkte im Runderlass von Bedeutung:

Die Einstellung soll grundsätzlich in dem Umfang erfolgen, wie die jeweilige Kommune oder der jeweilige Kommunalverband oder der jeweilige sonstige Träger gleichzeitig sozialpädagogisches Personal für Schulsozialarbeit aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellt oder sozialpädagogisches Personal des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe oder eines Trägers der freien Jugendhilfe für die jeweilige Schule zur Verfügung steht. Bestehende Angebote im Bereich der Schulsozialarbeit sollen aufrecht erhalten und mit dem zusätzlichen Angebot vernetzt werden.

Die Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit auf Stellen des Landes erfolgt nur dann, wenn es im Bereich des Schulträgers ein abgestimmtes sozialräumlich bezogenes Handlungskonzept der örtlichen Jugendhilfe (Jugendamt oder freier Träger) gibt.

Die Schulen müssen dem Antrag auf Öffnung einer Lehrerstelle für die Beschäftigung einer Fachkraft für Schulsozialarbeit an die zuständige Schulaufsichtsbehörde u.a. folgende Unterlagen vorlegen:

- Ein Konzept für Schulsozialarbeit im Schulprogramm, das kooperative Schnittstellen zur örtlichen Kinder- und Jugendhilfe vorsieht.
- Eine Kooperationsvereinbarung mit der örtlichen Jugendhilfe.
- Eine Stellungnahme des örtlichen Jugendamtes.

Die Bezirksregierungen sollen zusammen mit den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe gemeinsame Veranstaltungen zur Fortbildung und Praxisberatung der Fachkräfte für Schulsozialarbeit und der Mitarbeiter/-innen des Jugendamtes organisieren und durchführen.

In den im Runderlass aufgeführten Hinweisen zur konzeptionellen Verankerung von Schulsozialarbeit im Schul-

programm macht das Schulministerium deutlich, dass mit der Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit auf Stellen des Landes die Kooperation der Schulen mit außerschulischen Partnern und Stellen insbesondere aus der Kinder- und Jugendhilfe strukturell besser verankert werden soll, um so frühzeitig u.a. sozialpädagogische Hilfen und Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche auszubauen.

Chance für sozialräumlichen Ausbau kooperativer Angebote ...

Der mit dem Erlass verbundene mögliche quantitative Ausbau von Schulsozialarbeit kann zu einer wesentlichen Qualitätsentwicklung in der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule in den Kommunen und Stadtteilen führen. Hierzu bedarf es der aktiven Unterstützung durch insbesondere die Jugendämter, die damit zugleich ihrem in § 7 Abs. 3 Kinder- und Jugendförderungsgesetzes NRW (3. AG KJHG) verankerten Auftrag nachkommen können.

Konkrete erste Schritte können dann sein:

- Die Schulen sollten darüber informiert werden, wer im Jugendamt Ansprechpartner/-in für die geforderten Abstimmungsgespräche und die Stellungnahme ist.
- Die im Bereich der schulbezogenen Jugendsozialarbeit bereits tätigen Träger und sozialpädagogischen Fachkräfte sind über eventuelle Planungsprozesse der Schulen zum Ausbau von Schulsozialarbeit zu informieren.
- Die Träger, sozialpädagogischen Fachkräfte und Schulen sind durch z.B. die Moderation der notwendigen Abstimmungsgespräche und/oder die Beratung bei Konzepterstellung und Verankerung von Schulsozialarbeit im Schulprogramm zu unterstützen.
- Die entstehenden Stellen und die sich verändernden Schulprogramme sind bei der Jugendhilfeplanung zu berücksichtigen.

... durch die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in NRW

Angesichts der zunehmenden Anforderungen bei der Bildung, Betreuung und Erziehung sind Jugendhilfe und Schule mehr denn je gefordert, die unterschiedlichen schulischen und nichtschulischen Bildungsorte und Lernwelten von Kindern und Jugendlichen stärker miteinander zu verknüpfen. Damit einher geht ein Bildungsverständnis, das neben formalem Lernen auch informelle und nonformale Lernprozesse umfasst.

Die große Chance von Schulsozialarbeiter/-innen – das betrifft bestehende sozialpädagogische Fachkräfte ebenso wie neue Stellen in freier, kommunaler und Trägerschaft des Landes – besteht darin, an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe dazu beizutragen, Schule zu öffnen und unterstützende Kooperationen mit außerschulischen Partnern/Diensten zu initiieren und zu steuern. Hierzu gehört die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Planungsstellen in Jugendamt, Schulverwaltung und Schulaufsicht, die durch Kooperationsvereinbarungen und andere Instrumente strukturell verankert werden muss.

Die Fachberatung im Landesjugendamt Rheinland unterstützt Kommunen und Träger der Jugendhilfe durch Information, Vorträge, Beratung.

Kontakt: Landschaftsverband Rheinland, Dez. Schulen, Jugend/Landesjugendamt, 50663 Köln. Herr Mavroudis, Telefon 0221/809-6932 E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Kontakte bei der Schulaufsicht:

Bezirkregierung Köln, Herr Stegerhütte, Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln. Telefon 0221/147-2479, E-Mail: johannes.stegerhuetten@bezreg-koeln.nrw.de

Bezirksregierung Düsseldorf, Frau Wenzler, Postfach 390865, 40406 Düsseldorf. Telefon 0211/475-5280, E-Mail: ingrig.wenzler@bezreg-duesseldorf.nrw.de

Weitere Informationen sowie die im Beitrag angesprochenen Erlasse in den Rundschreiben des LVR unter www.jugend.lvr.de (Fachthemen/Jugendhilfe+Schule/Materialien).

Schulsozialarbeiter/-innen: Von Feuerwehrmännern und -frauen ... zu Schnittstellen-Manager/-innen

Fachkonferenz „Netze der Kooperation 11“ am 04.11.2008 im LVR in Köln-Deutz

Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule hat in NRW eine lange Tradition. Die Verankerung im Kinder- und Jugendförderungsgesetz und im Schulgesetz stehen für die jugend- und bildungspolitische Bedeutung des Kooperationsgedankens.

Die Öffnung von Schule und der Aufbau nachhaltiger Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie dem Jugendamt, Offenen Türen, Jugendverbänden, Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, Gesundheitsdiensten usw. braucht, das zeigen alle Erfahrungen, ein im Schulprogramm konzeptionell verankertes Schnittstellenmanagement. Eine zentrale Rolle können hier Schulsozialarbeiter/-innen übernehmen, denn sie kennen sich – wenn gut qualifiziert – in beiden Systemen aus.

Gleichwohl zeigt die bisherige Praxis, dass verschiedene Anstellungsträger (Land, Schulträger, Jugendamt, Freie Träger), unterschiedliche Aufträge in den schulspezifischen Fördererlassen und die in der Regel nicht vorhandene (über-)örtliche Steuerung dazu führen, dass viele Schulsozialarbeiter/-innen als „Einzelkämpfer“ in den Schulen agieren, sich in sozialpädagogischen Angeboten um Problemgruppen kümmern (sollen) und oft die Rolle einer schulinternen „Feuerwehr“ haben. Ob damit die in der Regel begrenzten Ressourcen der Schulsozialarbeit – oft gibt es nur eine sozialpädagogische Fachkraft an der Schule – effektiv eingesetzt werden, bedarf einer kritischen Reflexion.

In diesem Jahr hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW erstmalig allen Schulen die Möglichkeit eröffnet, Fachkräfte für Schulsozialarbeit auf veranschlagten Lehrerstellen zu beschäftigen. Angesichts des damit einhergehenden Ausbaus von Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte sollen bei der Konferenz die Chancen von Schul-

sozialarbeit an der Schnittstelle zwischen Schule und Jugendhilfe beleuchtet werden.

Herr Schattmann vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW und Herr Thünken vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW werden bei der Konferenz die Entwicklung der Schulsozialarbeit aus jugendhilfepolitischer und schulpolitischer Sicht bewerten. Sie werden deutlich machen, dass es auf Landesebene eine gemeinsame Planungsperspektive gibt, die Vorbild sein kann für Steuerungs- und Gestaltungsprozesse auf kommunaler Ebene und in den Stadtteilen und Schulen.

Darüber hinaus bietet die Konferenz die Gelegenheit, in Fachforen Einblicke in das Aufgabenprofil von Schulsozialarbeit an (Ganztags-)Hauptschulen, Förderschulen, Realschulen und Gesamtschulen zu gewinnen. Fach- und Lehrkräfte werden jeweils unterschiedliche Handlungsfelder ihrer Arbeit vorstellen. Das bietet die Gelegenheit zum fachlichen Austausch über gelingende Praxismodelle, über funktionierende Kommunikations- und Kooperationswege innerhalb der Schulen – und zu außerschulischen Partnern.

Die Fachkonferenz richtet sich an Lehr- und Fachkräfte, die in den jeweiligen Systemen mit der Planung und Steuerung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule – und hier der Schulsozialarbeit – befasst sind.

Anmeldeschluss ist der 07.10.2008. Der Teilnahmebeitrag beträgt 25,- EUR.

Kontakt: Landesjugendamt Rheinland, Herr Mavroudis, 50663 Köln. Telefon 0221/809-6932 E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Download der Ausschreibung mit Hinweisen zur Anmeldung unter: www.jugend.lvr.de (Fortbildung)

Empfehlungen zur Kooperation von Trägern der Hilfe zur Erziehung mit Schulträgern, Schulaufsicht und Schulen in NRW



Erarbeitet und herausgegeben von den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen, dem Schulministerium NRW und dem Jugendministerium NRW sowie kommunalen Spitzenverbänden und Wohlfahrtsverbänden

Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen, Arbeitsweisen und Methoden, verschiedener Strukturen, Zuständigkeiten und Finanzierungen ist es das gemeinsame Ziel von Landesjugendämtern, Bezirksregierungen, den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, die Erziehung und Bildung junger Menschen gemeinsam zu fördern.

Spätestens mit dem Eintritt in die Grundschule sind Jugendhilfe und Schule für dieselben Kinder und Jugendlichen zuständig.

Außerschulische Lebensbedingungen beeinflussen das Verhalten von Schüler/-innen in der Schule und ihren Lernerfolg entscheidend. Erfolg und Misserfolg in der Schule und die Integration in die Lerngruppe wirken sich andererseits auf die außerschulische Lebenssituation, die Beziehung zu Eltern und anderen Bezugspersonen aus und beeinflussen den sozialen Status schon im Kindesalter.

Vor diesem Hintergrund müssen Schule und Jugendhilfe ihre Zusammenarbeit verstärken und ihre Kompetenzen an Schnittstellen ihrer Zuständigkeit zusammenführen und voneinander lernen. Gerade Kinder und Jugendliche in schwierigen Lern- und Lebenssituationen bedürfen der Beratung, Unterstützung, Förderung und ggf. des Schutzes. Unter Wahrung der Rechte der Erziehungsberechtigten kommt Schule und Jugendhilfe als kooperierenden Systemen ebenso wie deren Akteuren hierbei eine aktive Rolle zu.

Die vorliegenden Empfehlungen definieren gemeinsame Handlungs- und Gestaltungsräume und formulieren Zielvereinbarungen für die Zusammenarbeit der „Hilfen zur Erziehung“ in der Jugendhilfe und den Schulen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Frage „Sollen die Systeme Jugendhilfe und Schule miteinander kooperieren?“ mit einem klaren JA zu beantworten ist. Demzufolge wenden sich die Empfehlungen dem WIE auf der Fachebene zu und konkre-

tisieren Mittel und Möglichkeiten beider Systeme, beschreiben ein Zueinander von Förderplan und Hilfeplan ebenso wie von Schulprogrammentwicklung und Jugendhilfeplanung. Die Empfehlungen bauen auf bestehenden Förderstrukturen in Schule und Jugendhilfe auf und sind im Sinne eines Netzwerkes als Gegenstand eines fortzuführenden kooperativen Prozesses zu verstehen.

Die Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe steht in einem engen Wirkungszusammenhang mit den Aufgaben anderer Stellen, daher hat der Gesetzgeber die Jugendhilfe verpflichtet, im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse mit anderen Stellen zusammenzuarbeiten. An erster Stelle nennt er bei seiner nicht abgeschlossenen Aufzählung in § 81 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz, kurz: KJHG) die Zusammenarbeit mit Schulen und Stellen der Schulverwaltung.

Seine Entsprechung findet diese Regelung u.a. in § 5 Abs. 2 Schulgesetz NRW. Danach sollen die Schulen in gemeinsamer Verantwortung mit Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe zusammenarbeiten, die Verantwortung für die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen haben.

Auf dieser Grundlage soll mit den Empfehlungen Transparenz im Verfahren hergestellt und die geeignete Vorgehensweise für den Einzelfall praxisnah unterstützt werden.

Die Empfehlungen werden demnächst im Internet abrufbar sein unter:

www.jugend.lvr.de

*(Fachthemen/Erziehungshilfe/
Arbeitshilfen).*

*Kontakt im LJA Rheinland:
klaus.noertershaeuser@lvr.de*

Umsetzung des Kinderschutzes in der Schule

Arbeitshilfe in der Reihe „Der GanzTag in NRW“ erschienen

Die neue Arbeitshilfe zur Umsetzung des Kinderschutzes in der Schule bietet Empfehlungen für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in (Ganztags-)Schulen. Sie ist als Heft 9 der Reihe „Der GanzTag in NRW“ erschienen, die von der Serviceagentur „Ganztägig lernen in NRW“/Institut für soziale Arbeit e.V. herausgegeben wird.

Auf 52 Seiten klärt die Arbeitshilfe u.a., was beim Verdacht auf Kindeswohlgefährdung von der Schule getan werden kann, welche Indikatoren bei der Erkennung maßgeblich sind und wie Beobachtungen festgehalten werden können. Weiterhin beantwortet die Arbeitshilfe Fragen zu Gesprächen mit Eltern und den Hilfen, die das Jugendamt im Falle des Verdachts auf Kindeswohlgefährdung geben kann.

Auf einer beigefügten CD-ROM werden eine Reihe von zusätzlichen Materialien zum Thema angeboten.

Bestellung unter: www.ganztag.nrw.de

K wie Kinder im Blick

am 18. November 2008 im
LVR in Köln

Eine Veranstaltung im Rahmen der
Fachtagungsreihe „G wie Ganztage“

Kinder in der Offenen Ganztagschule, das sind Mädchen und Jungen aus unterschiedlichen Sozialmilieus und vielschichtigen Lebenswelten, das sind „I-Dötzchen“, die endlich Schulkinder sein, viel und vor allem mit anderen Kindern lernen, arbeiten und spielen wollen, das sind die Großen, die vielleicht gar nicht mehr so recht verstehen können, warum sie „früher mal“ unbedingt zur Schule gehen wollten, oder aber darauf brennen, dass es weiter, eben zur „weiterführenden“ Schule geht.

Kinder in der OGS, das sind Mädchen und Jungen, die mit höchst unterschiedlichen Erwartungen, Erfahrungen und Erlebnissen im Gepäck in die OGS kommen, eigene Interessen und Bedürfnisse mit ihr verbinden, selbst über ihr Lernen und Arbeiten bestimmen, etwas „Richtiges“, „Wichtiges“, „zu Gebrauchendes“ tun, sich dabei nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten richtig anstrengen und durchaus auch mit anderen Kindern messen wollen.

Bei all dem wünschen sie sich von den Erwachsenen wie den anderen Kindern gemocht, akzeptiert, wertgeschätzt, unterstützt und begleitet zu werden. Sie wollen sich „innerlich und äußerlich getragen und gehalten fühlen und sich auch selbst innerlich und äußerlich Halt verschaffen können“ – im Fachjargon ein „Kohärenzgefühl“ ausbilden. Ein solches Kohärenzgefühl ist Grundlage dafür, dass sich Kinder (wie Erwachsene auch) wohl fühlen und sich in ihren vielen Lernwelten – von denen die Schule nur eine, wenn auch wichtige ist – selbstbewusst, offen und auf ihre Stärken vertrauensvoll bewegen und gerne lernen.

Diese und weitere Fragen und Entwicklungslinien für die Offene Ganz-

tagsschule im Primarbereich will die Tagung „K wie Kinder im Blick“ aufgreifen. Die Tagung wird auf verschiedenen Ebenen danach fragen, wie das gelingen kann. In Fachvorträgen und Fachforen geht es u.a. um die Themen:

- Schatzsuche im offenen Ganztage. Lerngesundheits durch Ressourcenorientierung.
- Methoden sozialräumlich orientierter Lebensweltanalysen machen Schule.
- Die Freude am Lernen (er-)halten.
- Lernzirkel. Entwicklung eines individuellen Lernplans.
- Jungs und Mädchen im Ganztage in den Blick nehmen!
- Gleichberechtigt mit anderen Kindern lernen und an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen: Integration chronisch kranker Kinder und Kinder mit Behinderungen im Offenen Ganztage.

*Der Flyer mit weiteren Infos und Hinweisen zur Anmeldung unter:
www.jugend.lvr.de (Fortbildung)*

Kontakt:

*LJA Rheinland, Frau Dr. Kleinen,
Telefon 0221/809-6940,
E-Mail: karin.kleinen@lvr.de*

Fachkongress: „Kinder bilden Sprache – Sprache bildet Kinder“

Kinder eignen sich ihre Umwelt in vielerlei Weise an – Sprache spielt in ihrem Entwicklungsprozess eine große Rolle. Sprache ermöglicht Verstehen. Und Sprache ermöglicht den Austausch miteinander. Die sprachliche Kompetenz des Kindes trägt ganz wesentlich zu seinem frühkindlichen und späteren Bildungsprozess bei.

Mit dem Kongress „Kinder bilden Sprache – Sprache bildet Kinder“ am 4. November 2008 in Recklinghausen will das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW Wege und Möglichkeiten aufzeigen, wie Sprachförderung in allen Bildungsbereichen – auch den offenen Ganztagschulen – stattfinden kann. Wissenschaft und Praxis treten dazu in einen Dialog und wollen Impulse für die Arbeit in Bildungseinrichtungen vor Ort geben.

*Weitere Infos zu Programm und Anmeldung unter:
www.ganztage.nrw.de*



www.ganztage.nrw.de

Die Seite zum Ganztage in Nordrhein-Westfalen

Das Ganztagsportal bietet Hinweise, Hilfen und Unterstützung, Kontaktadressen für die Beratung vor Ort, eine Job-Börse, Übersichten und Kontaktadressen der Schulen mit Ganztagsangeboten, Organisationsmodelle und pädagogisches Material für alle, die für die Steuerung, Organisation oder Durchführung des Ganztags verantwortlich zeichnen, für Lehrer/-innen, pädagogische Mitarbeiter/-innen, für die Fachberatung aus Schule, Jugendhilfe, Kultur, Sport und anderen Bereichen sowie für die Steuerungsebene bei Kommunen und Trägern.

Die Sparten des Ganztagsportals : Aktuelles ... Grundlagen ... Qualitätsentwicklung ... Praxisbeispiele ... Kooperationen ... Materialien ... Sekundarstufe I.

Jungs & Sex – Vom „Großen Unterschied“ und sexueller Identitätsbildung

Fachkonferenz „Praxis der Jungenarbeit 9“ am 27.11.2008 im LVR in Köln

Mit der inzwischen 9. Konferenz nähert sich die „Praxis der Jungenarbeit“ einem Alter, in dem Jungs eine einschneidende neue Lebensphase bevorsteht: die Pubertät. Die Pubertät wird allgemein als zur Geschlechtsreife führende Entwicklungsphase verstanden, als Reifezeit. Die „kleinen Kerle“ müssen in diesen Jahren einschneidende Veränderungsprozesse bewältigen. Die im Alltag unter Jungen, aber auch unter Erwachsenen übliche – und durch Medien betriebene – Fokussierung auf die körperlichen Dimensionen von Sex greift dabei zu kurz; die soziale Dimension spielt bei der sexuellen Identitätsbildung, an der kein Junge vorbei kommt, ebenso eine große Rolle.

Auch für die Jungenarbeit führt am Thema Sex in mehrfacher Hinsicht kein Weg vorbei. Wenn Jungenarbeit bei der Bewältigung der Aufgabe Junge-Sein helfen will, muss sie bei der sexuellen Identitätsbildung unterstützen. Wenn Jungenarbeit sich an den Interessen von Jungen orientieren will, ist insbesondere in der Phase der Pubertät Sex das Thema, das Jungs beschäftigt, wo Jungs neugierig sind und auf spannende Angebote warten. Wenn Jungenarbeit notwendiges Wissen vermitteln und alternative Lebensentwürfe anbieten will, muss sie umfassend über Sexualität aufklären und die Gestaltung von Beziehungen der

Geschlechter, von Mann-Sein und Vater-schaft und vieles mehr reflektieren.

Die Konferenz „Praxis der Jungenarbeit“ – eine Kooperationsveranstaltung des Landesjugendamtes Rheinland mit dem Paritätischen Jugendwerk NRW und der Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit NRW – bietet Fachmännern den notwendigen Raum für die Reflexion dieser und weiterer Fragen rund um das Thema.

Anregungen und neue Ideen verspricht dabei zum einen der Fachvortrag von Rainer Neutzling, der sich seit den 80er Jahren u.a. in seinem Klassiker „Kleine

Helden in Not“ mit der Entwicklung von und den gesellschaftlichen Anforderungen an Jungen beschäftigt.

Zum anderen bietet die Konferenz mit Foren am Nachmittag wie gewohnt Praxisbeispiele zu den Themen:

- Sexualpädagogische Arbeit mit Jungs fängt bei den Fachmännern selbst an.
- Sexualpädagogischer Unterricht für Jungen an einer Gemeinschaftshauptschule.
- Homophobie und schwule Jungs in der Jungenarbeit erkennen ... und zum Thema machen?
- Urogenitale Gesundheitsvorsorge für Jungen.
- Muslimische Jungen zwischen islamisch-traditioneller Sexnorm und der coolen Erlebniswelt in Deutschland.
- Sexualpädagogische Arbeit in integrativen Gruppen mit Jungen mit geistiger oder Lernbehinderung.



Infos, Beratung und Fortbildung zum „Ganztag“ im LJA Rheinland

Fachberatung „Offene Ganztagschule im Primarbereich“

Die Fachberatung im Landesjugendamt Rheinland informiert und berät Kommunen (Jugend- und Schulverwaltungsämter), freie Trägerzusammenschlüsse auf kommunaler und Landesebene sowie Jugendhilfe- und Schulausschüsse zur Einführung und Qualitätsentwicklung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich. Ansprechpartnerin ist Frau Dr. Kleinen, Tel. 0221/809-6940, E-Mail: karin.kleinen@lvr.de

Weitere Infos & Materialien der Fachberatung zum „Ganztag“ unter: www.jugend.lvr.de (Fachthemen/Jugendhilfe und Schule/Ganztagschule)

- Kondomführerschein.
- Wie mit sexuell auffälligen Jungen umgehen?

Die Konferenz richtet sich an männliche Fachkräfte aus den verschiedenen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus dem Bereich Schule.

Kontakt für Rückfragen:
LJA Rheinland, Herr Mavroudis,
Telefon 0221/809-6932, E-Mail:
alexander.mavroudis@lvr.de

Download der Ausschreibung mit Hinweisen zur Anmeldung unter: www.jugend.lvr.de (Fortbildung)

StEG

Aktuelle Ergebnisse aus der zweiten Erhebungswelle der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen

Am 08.09.2008 wurden der Öffentlichkeit erste Ergebnisse aus der zweiten Erhebungswelle der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG) vorgestellt. Bildungsforscher untersuchten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und in Abstimmung mit den Ländern Ausbau, Nutzung und Entwicklung von Ganztagsangeboten. Dr. Eckhard Klieme, Professor am Deutschen Institut für Internationale pädagogische Forschung in Frankfurt am Main und Sprecher des wissenschaftlichen Konsortiums, stellte die Studie gemeinsam mit seinen Kollegen Prof. Dr. Heinz Günter Holtappels (Institut für Schulentwicklungsforschung an der Technischen Universität Dortmund) und Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München) vor.

Die in Berlin vorgestellten Befunde beruhen auf den ersten beiden Erhebungen vom Frühsommer 2005 bzw. vom Frühjahr 2007. Das Design der Studie ist auf Repräsentativität für die 2005 vorgefundene Ganztagserschullandschaft ausgelegt. Schüler/-innen, deren Eltern und Lehrkräfte, Schulleitungen, das im Ganztagsbetrieb tätige Personal sowie externe Kooperationspartner an ursprünglich 373 Schulen aus 14 Bundesländern wurden befragt. Die dritte und letzte Erhebung wird im Frühjahr 2009 durchgeführt.

Während die erste Befragungswelle 2005* vor allem darauf abzielte, die Ausgangslage von Schulen zu beschrei-

ben, deren Ganztagsbetrieb noch im Aufbau begriffen ist, lassen sich anhand der Daten der zweiten Befragungswelle nun erstmals Aussagen über allgemeine Entwicklungstendenzen an deutschen Ganztagschulen treffen.

Aussagen über spezifische Wirkungen ganztägiger Beschulung auf die Persönlichkeit- und Kompetenzentwicklung der Kinder und Jugendlichen werden allerdings erst nach Abschluss der Gesamtstudie möglich sein.

Die Wissenschaftler der drei Institute halten folgende Ergebnisse für besonders wichtig:

Angebote, Nutzung und Teilnahme am Ganztagsbetrieb

1. *Art und Umfang der Angebote an Ganztagschulen: Zwischen 2005 und 2007 hat sich das Angebot an den Ganztagschulen erweitert. Lernbezogene Angebote haben an Bedeutung gewonnen.* Die Befragung der Schulleitungen zeigt: Die Ganztagschulen haben seit 2005 im Primarbereich in allen Angebotsfeldern den Umfang und die Breite ihrer Angebote stark ausgebaut, auch in der Sekundarstufe ist in fast allen Angebotsformen zumindest ein leichter Anstieg erkennbar. Der stärkste Ausbau ist im Hinblick auf lernförderliche und fachbezogene Angebote zu verzeichnen.

2. *Nutzung der Angebote: Dem erweiterten Angebot der Ganztagschulen entspricht eine stärkere Nutzung durch die Schüler/-innen. Gerade die lernbezogenen Angebote werden zunehmend genutzt, wenngleich Freizeitangebote und fachübergreifende AGs weiterhin besonders beliebt sind.* Es zeigt sich, dass dem sich entwickelnden Angebot eine zunehmende individuelle Nutzung der Ganztagsangebote gegenüber steht. Einen

* Ergebnisse der ersten Erhebungswelle werden in dem Beitrag „Ganztagschulen kooperieren“ in der Ausgabe 4/07 von „jugendhilfe & schule inform“ dargestellt. Download unter: www.jugend.lvr.de (Service/publikationen).



bedeutsamen Anstieg gibt es in der Primarstufe bei der Inanspruchnahme von Förderangeboten. Hier besteht aber durchaus noch Entwicklungsbedarf; unverändert sind nämlich Freizeitangebote und Arbeitsgemeinschaften am beliebtesten. In der Sekundarstufe zeichnet sich ein ähnliches Muster ab – es gibt einen spürbaren Anstieg bei der Nutzung lernbezogener Angebote, am häufigsten besucht werden jedoch nach wie vor fachunabhängige AG-Angebote, die von 71 Prozent der Ganztagssteilnehmer in Anspruch genommen werden. Förderangebote und fachliche Angebote werden in beiden Schulstufen immer noch nur von jeweils einem Drittel der Lernenden besucht. An der Hausaufgabenhilfe als wichtigem Kernangebot nimmt in Ganztagsgrundschulen jeder Zweite, im Sekundarbereich jeder Dritte teil.

3. *Teilnahme am Ganztagsbetrieb insgesamt: Die Teilnahmequote der Schüler/-innen ist bei offenen Ganztagschulen in der Primarstufe zwischen 2005 und 2007 deutlich angestiegen.* Über alle Ganztagsgrundschulen hinweg nahmen 2005 noch rund 41 Prozent der Schüler/-innen teil, 2007 bereits 56 Prozent. Im Sekundarbereich bleibt die Teilnahmequote im Wesentlichen stabil. Erfreulicherweise liegen die Teilnahmequoten mittlerweile in allen befragten Jahrgangsstufen bei über 50 Prozent.

4. *Teilnahmequoten an einzelnen Schulen: Zwei Dritteln der Ganztagschulen gelingt es, die Mehrheit ihrer Schüler für die Angebote zu gewinnen. Besonders positiv ist die Entwicklung in der Grundschule.* Die Anteile von Ganztagsgrundschulen mit schwachen Teilnahmequoten (unter einem Viertel aller Kinder) haben seit 2005 deutlich abgenommen (von 71 Prozent auf sieben Prozent). Insgesamt haben 62 Prozent der Ganztagsgrundschulen mittlerweile über die Hälfte ihrer Schüler/-innen im Ganztagsbetrieb. An den Schulen des Sekundarbereichs ist die Teilnahmequote – zumindest in der Jahrgangsstufe 5 – noch größer. Ältere Schüler/-innen für den Ganztagsbetrieb zu interessieren, bleibt eine Herausforderung.

5. *Soziale Herkunft der Ganztagschüler/-innen: Die Zusammensetzung der Schülerschaft in den untersuchten Ganztags-*

tagsschulen hat sich zwischen 2005 und 2007 nicht wesentlich verändert – weiterhin ergeben sich keine Hinweise auf eine Selektivität nach sozialer Herkunft oder Migrationshintergrund. Den Anstieg der Nutzung der Ganztagsangebote kann man bei Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen Kontexten beobachten. Die Teilnahme von Drittklässlern ohne Migrationshintergrund ist seit 2005 um knapp 21 Prozentpunkte gestiegen, die der Kinder mit Migrationshintergrund um knapp 16 Prozentpunkte. Betrachtet man die Teilnahme nach sozioökonomischem Hintergrund, so ist in der Grundschule der stärkste Anstieg bei Kindern mit niedrigem sozialem Status (SES) zu verzeichnen. In der Sekundarstufe ergeben sich keine schicht- oder migrationspezifischen Nutzungsmuster.

Pädagogische Qualität und Organisationsentwicklung

6. *Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen: Die Schüler/-innen beurteilen die Angebote gleich bleibend positiv.* Die Einschätzung der Qualität der Angebote durch Schüler/-innen hat sich zwischen 2005 und 2007 kaum verändert. Auch 2007 wurden die Qualität der Schüler-Betreuer-Beziehung und die Schülerorientierung (Orientierung an den Interessen der Jugendlichen) in den Angeboten vergleichsweise am höchsten eingeschätzt; auch in sozialer Hinsicht (Spaß haben und Freunde gewinnen) sind die Schüler/-innen mit den Angeboten eher zufrieden. Wie 2005 sind sie allerdings im Durchschnitt unentschieden, ob ihnen die Angebote auch in Bezug auf das Lernen in der Schule und die Notenverbesserung helfen.

7. *Ressourcen der Ganztagschulen aus der Sicht der Schulleitungen: Räumliche Ausstattung verbessert, unbefriedigende Entwicklung im Personalbereich.* Die Schulleiter/-innen von Primarschulen sind vor allem mit den räumlichen Ressourcen an ihrer Schule zufriedener als dies 2005 der Fall war. Allerdings ist die Zufriedenheit hinsichtlich der personellen Ausstattung zurückgegangen. Bei den Schulleiter/-innen von Schulen der Sekundarstufe können wir eine zunehmende Zufriedenheit mit

den Ressourcen im materiellen und räumlichen Bereich feststellen, nicht (signifikant) jedoch hinsichtlich der Personalsituation. Von einer vollen Zufriedenheit der Schulleitungen kann noch nicht die Rede sein.

8. *Pädagogische Gestaltung der Ganztagschule: Verbindung zwischen Angebot und Unterricht kann noch verbessert werden.* Als eines der wichtigsten pädagogischen Qualitätsmerkmale von Ganztagschulen gilt das effektive Ineinandewirken von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten. Tatsächlich besteht hier aber nach wie Entwicklungsbedarf. Zwischen 2005 und 2007 ist insgesamt kaum eine Erhöhung des Verbindungsgrades zwischen Unterricht und Angeboten festzustellen. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die vollgebundenen Ganztagschulen, die sich hierin zwar sichtlich verbessern konnten, aber ebenfalls ihre konzeptionellen Bildungsmöglichkeiten nicht ausschöpfen.

9. *Zeitliche Gestaltung: Kaum veränderte Zeitstruktur an den Ganztagschulen.* Hinsichtlich der Einführung einer flexiblen Zeitorganisation hat sich zwischen den beiden Erhebungswellen der Studie kaum etwas verändert. Nach wie vor nutzt nur ein kleiner Teil der Schulen den erweiterten Rahmen der Ganztagschule für eine veränderte und flexiblere Zeitorganisation und lerngerechtere Rhythmisierung des Schultages.

10. *Innerschulische Kooperation: Die Zusammenarbeit wird bei erzieherischen Problemen verstärkt. In anderen Bereichen geht die innerschulische Kooperation zurück.* Die Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften und dem weiteren pädagogisch tätigen Personal hat sich in der Primarstufe bei erzieherischen Aufgaben und inhaltlichen Absprachen intensiviert, hinsichtlich gemeinsamer Projektarbeit verringert. Innerhalb der Ganztagschulen der Sekundarstufe sind die Intensität der Kooperation und der Austausch zwischen Lehrkräften und dem weiteren pädagogischen Personal zwischen 2005 und 2007 spürbar zurückgegangen. Lediglich über sozialerzieherische Probleme von Schüler/-innen tauschen sich Lehrkräfte und weiteres Personal 2007 häufiger als noch zwei Jahre zuvor aus.

11. *Außerschulische Kooperationspartner:* Die Zusammenarbeit wird weiter ausgebaut, aber die strukturelle Verbindung über Verträge und Gremien stagniert. Die Bedeutung von Kooperationspartnern für Ganztagschulen steigt: Zum einen erhöht sich die Zahl der Schulen, die mit außerschulischen Partnern zusammenarbeiten, zum anderen steigt die Anzahl der Partner pro Schule. Die Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit aus Sicht der Kooperationspartner bleibt auf hohem Niveau stabil. Entwicklungsbedarf zeigt sich hinsichtlich der Verbindlichkeit der Kooperationen (z. B. Mitvertretung in schulischen Gremien, Kooperationsverträge). Nur etwas mehr als die Hälfte der Kooperationspartner kooperiert auf der Basis eines gemeinsamen Vertrags mit der jeweiligen Schule.

Ganztagschule und Familie

12. *Ganztagschule aus Elternsicht:* Weiterhin deutliche Zufriedenheit, aber Veränderungsbedarf hinsichtlich individueller Förderung. Im Wesentlichen sind die Eltern wie 2005 auch 2007 mit dem Ganztagsschulbetrieb zufrieden. Sie sehen jedoch noch Veränderungsbedarf hinsichtlich der Förderung ihrer Kinder. Hinsichtlich der Kosten und der Öffnungszeiten sehen die Eltern am wenigsten Veränderungsbedarf.

13. *Vereinbarkeit von Beruf und Familie:* Nach wie vor nehmen Kinder voll erwerbstätiger Mütter am häufigsten regelmäßig an Ganztagsangeboten teil. Unter den Kindern voll erwerbstätiger Mütter finden sich besonders viele Schüler/-innen, die regelmäßig am Ganztag teilnehmen. Insgesamt nimmt jedoch unabhängig vom Erwerbsstatus der Mutter die regelmäßige Teilnahme zu.

14. *Ganztagschule und Familienklima:* Keine Unterschiede zwischen Teilnehmer/-innen und Nicht-Teilnehmer/-innen. Immer wieder wird als Vorbehalt gegen die Ganztagschule vorgebracht, dass durch die Teilnahme der Kinder an der Ganztagschule der Familie gemeinsame Zeit entzogen wird und sich damit möglicher Weise sogar negative Auswirkungen auf die Familienbeziehungen ergeben könnten. Wie schon in der ersten Erhebungswelle zeigen auch die Befunde für 2007, dass eine solche Befürch-



tung unbegründet ist. So unterscheidet sich das Familienklima bei Familien, deren Kinder die Ganztagsangebote besuchen nicht von den Familien, in denen die Kinder nachmittags zu Hause sind.

Fazit

Insgesamt zeigt sich an den Ganztagschulen eine beachtliche Steigerung der Teilnahmequote sowie eine positive Entwicklung der Angebotsstruktur und -nutzung. Die Teilnahme an Förderung und fachlichen Angeboten entwickelt sich besonders positiv, könnte jedoch weiter gesteigert werden. Auch hinsichtlich der pädagogischen und zeitlichen Gestaltung besteht nach wie vor Veränderungsbedarf. Die professionell Beteiligten der Ganztagschule wünschen sich vor allem eine bessere personelle Ausstattung. Auf Elternseite besteht vor allem Bedarf an verbesserter individueller Förderung. Um die Potenziale der Ganztagschule auszunutzen, bleibt weiterhin eine qualitativ hochwertige Ausgestaltung der Angebote und deren Kopplung an den Unterricht eine Herausforderung für die Schulen.

Aktuelle Herausforderungen

- Erweiterung und Intensivierung der individuellen Förderung.
- Verstärkter Ausbau von Angebot und Nutzung im Sekundarbereich.
- Vernetzung von Angeboten und von Anbietern:

- Gemeinsame Konzeptionsentwicklung und Planung.
- Kooperation zwischen Lehrkräften und sonstigem Personal, über pädagogische Einzelfälle hinaus.
- Flexiblere Zeitorganisation, gerade in gebundenen GTS.

Ausblick

- Beitrag der Ganztagschule zur Vereinbarkeit von Familie, Bildung, Beschäftigung kann als gesichert gelten.
- Zusätzliche Lernchancen werden von denen genutzt, die entsprechenden Bedarf haben. Soziale Disparitäten werden nicht verstärkt.
- Ein generell positiver Einfluss auf die kognitive und psychosoziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen kann unterstellt, aber derzeit noch nicht nachgewiesen werden.
- Über Qualität und Effekte einzelner Angebotsformen (z.B. Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung, Berufsvorbereitung) liegen kaum belastbare Befunde vor.

Kontakt:

*Dr. Natalie Fischer, Projektkoordination StEG, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Schloßstr. 29, 60486 Frankfurt am Main
Telefon 069/24708-113
E-Mail: steg@dipf.de
www.projekt-steg.de*

OECD – Empfehlungen für „Bessere Bildungserträge“



Politikempfehlungen anlässlich der Präsentation des OECD-Wirtschaftsberichtes Deutschland 2008

Alle eineinhalb bis zwei Jahre liefert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine umfassende Analyse der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer, der Eurozone und einiger größerer Drittstaaten und formuliert Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik des untersuchten Landes. Anlässlich der Präsentation des Wirtschaftsberichtes Deutschland 2008 wurden auch die nachfolgenden Empfehlungen für „Bessere Bildungserträge“ veröffentlicht. (alma)

Erhöhung der Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) sowie Verbesserung ihrer Qualität durch:

- Pilotprogramme zur Kompensierung von Mängeln im häuslichen Umfeld bei Kleinstkindern aus sozial schwächerem Milieu, durch die sie in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten eingeschränkt sind.
- Entwicklung gemeinsamer Finanzierungsstandards für alle Einrichtungen, um eine gerechtere Behandlung von Kindern aus sozial schwächeren Verhältnissen zu gewährleisten.
- Anhebung der Ausbildung von FBBE-Erzieher/-innen auf Tertiär- und vorzugsweise auf Hochschulniveau sowie Einführung einer stärker spezialisierten Ausbildung für Erzieher/-innen von Kleinstkindern (unter 3 Jahre).
- Überdenken der derzeit in Erwägung gezogenen Auszahlung eines monatlichen Betrags (Betreuungsgeld) an Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen statt sie in eine Kinderbetreuungseinrichtung zu geben.
- Identifizierung von Strategien zur verstärkten Teilnahme von Kinder aus sozial schwächeren Milieus ab dem Alter von drei Jahren an der Kindergarten-erziehung.
- Verbesserung der Qualität der Programme von Ganztagskindergärten.

Verbesserung der Lehrerqualität durch:

- Verantwortung der jeweiligen Schulen und Lehrkräfte für die Fortschritte aller ihrer Schüler/-innen und Einrichtung der für diese Entwicklung erforderlichen Strukturen.

- Verstärkten Einsatz finanzieller Anreize für gute Unterrichtsleistungen auf der Basis einer angemessenen Leistungsbeurteilung in Schulen, die für ihre Ergebnisse rechenschaftspflichtig sind.
- Weiterentwicklung der Rolle des Schulleiters als aktivere Führungspersönlichkeit.
- Verstärkte Ausrichtung der Lehrerbildung auf die Entwicklung didaktischer Fähigkeiten und allgemeiner Unterrichtskompetenzen.

Verringerung des Grads der Gliederung des Schulsystems durch:

- Aufschub der ersten Selektion, die in den meisten Bundesländern derzeit im Alter von 10 Jahren erfolgt, auf einen späteren Zeitpunkt.
- Angebot von Haupt- und Realschule in einer gemeinsamen Schulart.
- Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen in der Praxis.

Attraktivere Gestaltung der Tertiärbildung und stärkere Ausrichtung an den Erfordernissen des Arbeitsmarkts durch:

- Erhöhung der Input-Flexibilität von Hochschulen, auch durch die Erteilung des Rechts zur Erhebung von Studiengebühren (und die Einführung von Darlehen mit einkommensabhängiger Tilgung, um zu gewährleisten, dass Studierende nicht wegen finanzieller Engpässe von der Hochschulbildung ausgeschlossen werden), soweit dies bisher nicht der Fall ist.
- Behebung des Trittbrettfahrer-Problems zwischen den Bundesländern bei der Finanzierung der Hochschul-

bildung durch Berechnung kalkulatorischer Studiengebühren nach dem Kostendeckungsprinzip, die aus den Steuereinnahmen des Bundeslandes zurückgezahlt werden, in dem der Absolvent anschließend arbeitet.

Weitere Informationen zur OECD und zum Wirtschaftsbericht unter:

www.oecd.org/de/wirtschaftsberichtdeutschland

Bildungsgeschichten aus Deutschland

Am 05.09.2008 hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan das „Buch der Bildungsrepublik“ auf eine Tour durch 16 Städte und Regionen geschickt, um Geschichten und Beiträge zum Thema Bildung zu sammeln. Dabei sollen Projekte und Ideen aus allen Bildungsbereichen vorgestellt werden – von der frühkindlichen Bildung über die berufliche und akademische Ausbildung bis zur Weiterbildung.

Das Buch begleitet die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung „Aufstieg durch Bildung“: „Bildung und Qualifizierung können den eigenen Lebensweg entscheidend beeinflussen. Sie sind der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und öffnen uns Türen zur gesellschaftlichen Teilhabe“, betonte Schavan. „Ich wünsche dem Buch der Bildungsrepublik eine interessante Reise und hoffe, dass wir zahlreiche Menschen bewegen können, uns ihre persönlichen Bildungserlebnisse zu schildern.“

Infos unter:

www.aufstieg-durch-bildung.info/

Für ein kindergerechtes Deutschland



Ursula von der Leyen: „Auf den Anfang kommt es an“ – BMFSFJ stellt neue Initiative vor

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat am 08.07.2008 in Berlin die Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“ gestartet. Ziel der Aktion ist, gerechte Startbedingungen für Kinder und Jugendliche auf allen föderalen Ebenen und in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft zu etablieren. Die dafür notwendigen Perspektiven, Forderungen und Maßnahmen bündelt der „Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ (NAP). Dass Kindergerechtigkeit schon heute einen hohen Stellenwert hat, im Alltag jedoch auf viele Hindernisse stößt, belegt eine aktuelle repräsentative Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag des Bundesfamilienministeriums:

- Demnach ist für 85 Prozent der Eltern die Zeit mit ihren Kindern sehr wichtig, für 15 Prozent wichtig. Doch zwei Drittel der Befragten sehen gerade Zeitmangel als häufigstes Hindernis, den Familienalltag kindergerechter zu gestalten.
- 10 Prozent der Mütter und ein Drittel aller Väter verbringen werktags weniger als zwei Stunden mit ihren Kindern.
- Über 40 Prozent der Familien finden nur an zwei Tagen in der Woche Zeit für ein gemeinsames Frühstück.
- 85 Prozent der Befragten geben an, oft bzw. sehr oft mit ihren Kindern gemeinsam zu kochen und zu essen. Allerdings kochen und essen 27 Prozent der Eltern mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.500,- EUR nur gelegentlich, selten oder nie mit ihren Kindern.

„Diese Zahlen zeigen, dass die allermeisten Eltern ihre Verantwortung für ein gesundes und glückliches Aufwachsen ihrer Kinder wahrnehmen wollen, jedoch im Alltag noch zu oft an Grenzen stoßen. Deswegen müssen wir die Zeitaktung im Alltag auf die Bedürfnisse

von Familienleben ausrichten. Eltern brauchen Entlastung in der Organisation des Alltags, um verlässlich gemeinsame Zeit mit ihren Kindern zu haben. Zeitmuster der Arbeitswelt können trotz hoher Effizienzanforderungen kinderfreundlich gestaltet werden. Dies zeigen Erfahrungen der inzwischen 1.700 Unternehmen, die sich im Unternehmensnetzwerk ‘Erfolgsfaktor Familie’ mit dem Bundesfamilienministerium zusammengetan haben. Im Zusammenspiel mit familienbewussten Arbeitsstrukturen steht auch eine flexible, hochwertige Kinderbetreuung, in der Kinder früh gefördert werden und die Eltern ermöglicht, ihrer Arbeit konzentriert nachzugehen. Der Ausbau familienunterstützender Dienstleistungen gibt den Familien den Spielraum, bei zeitraubenden Alltagsaufgaben Entlastung zu finden, um mehr Zeit mit ihren Kindern zu gewinnen.“, so Ursula von der Leyen.

Der „Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ (NAP) geht auf den Weltkindergipfel der Vereinten Nationen in New York im Jahr 2002 zurück. In der Folge hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit Vertreter/-innen aus Politik, Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen den Alltag in Deutschland kritisch und konstruktiv auf Kinderfreundlichkeit geprüft als Grundlage für den NAP. Eine Zwischenbilanz zum NAP wurde nun veröffentlicht. Um den Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland in die Praxis umzusetzen und an bereits erreichte Erfolge anzuknüpfen, startet das Bundesfamilienministerium die Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“. Ziel ist,

die politische und öffentliche Aufmerksamkeit für Kindergerechtigkeit zu erhöhen, Aktivitäten auf Bundes-, Landes- und vor allem auch auf kommunaler Ebene anzustoßen und ein starkes Netzwerk aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu knüpfen.

- Städte und Kommunen erhalten Unterstützung für ihre vielfältigen Vorhaben für mehr Kindergerechtigkeit.
- Im Bereich Kindergerechtigkeit engagierte Personen und Initiativen schaffen eine gemeinsame Plattform für Information, Austausch und Beratung.
- Kinder und Jugendliche beteiligen sich mit einem Projekt des Deutschen Bundesjugendrings intensiv an der Umset-



zung des Nationalen Aktionsplans für ein kindergerechtes Deutschland.

Das Webportal www.kindergerechtes-deutschland.de wird fortlaufend ausgebaut, eine Projektdatenbank stellt gute Beispiele vor und das Servicebüro der Initiative berät Verantwortliche aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft zu allen Fragen der Vernetzung, des Projektmanagements usw..

*Kontakt: Servicebüro „Für ein kindergerechtes Deutschland“,
Telefon 0221/16082-13, E-Mail:
service@kindgerechtes-deutschland.de*

www.kindergerechtes-deutschland.de

BMFSFJ, 08.07.2008

„Das schlimmste ist die Langeweile...“

Ausstellung zu Jugendgefängnissen beim Landschaftsverband Rheinland

Originalgetreuer Nachbau einer Jugendgefängniszelle

Im Horion-Haus des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) ist die Ausstellung „Menschen statt Mauern – Für ein Europa ohne Jugendgefängnisse“ eröffnet worden. Die Ausstellung des Kölner Appells gegen Rassismus e.V. setzt sich kritisch mit dem Thema Jugenddelinquenz und Unterbringung jugendlicher Straftäter auseinander.

Eröffnet wurde die Ausstellung von Dr. Jürgen Wilhelm, dem Vorsitzenden der Landschaftsversammlung Rheinland und von Norbert Jünschke vom Kölner Appell gegen Rassismus e.V. Im Mittelpunkt steht eine acht Quadratmeter große Gefängniszelle, die ein exakter Nachbau der Zellen ist, in denen zur Zeit über 200 Jugendliche und junge Erwachsene in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Ossendorf untergebracht sind. Dr. Jürgen Wilhelm zitierte in seiner Ansprache einen jungen Mann, der in Ossendorf einsaß und die Isolation beschrieb: „Das Schlimmste hier ist das eingesperrt sein, die Langeweile; was soll ich den ganzen Tag allein in der Zelle machen?“

Dr. Jürgen Wilhelm betonte, dass Isolation nicht zur Resozialisierung der jungen Täter/-innen führen könne. Im Gegenteil müsse mit ihnen pädagogisch und wenn nötig therapeutisch gearbeitet werden. „Junge Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, brauchen Hilfen statt Haft oder aber Hilfen in der Haft, Hilfen zum Aufbau sozialer Kompetenzen und zum Aufbau eines gesunden Selbstwertgefühls“, so Wilhelm weiter.

Bereits Anfang der 1990er Jahre hat der LVR seine letzten geschlossenen Gruppen geschlossen, bevor er 2005 das „Rheinische Modell“ beschlossen hat. Damit wurde ein Umdenken vom Grundsatz der Fürsorgeerziehung zur Erziehungshilfe eingeleitet.

Seitdem ist die Unterbringung in geschlossenen Gruppen für den LVR nur noch die letztmögliche Alternative für straffällig gewordene Jugendliche. Seit zwei Jahren unterhält der LVR in Solingen eine U-Haft-Vermeidungsgruppe, die sehr erfolgreich mit jugendlichen Straftätern/-innen arbeitet.

Ausstellungsbesuch möglich – auch für Schulklassen

Die Ausstellung ist vom 17. September bis zum 30. Oktober 2008 werktags von 9 bis 17 Uhr im Foyer des Horion-Hauses des Landschaftsverbandes Rheinland, Hermann-Pünder-Str. 1 in Köln-Deutz, zu sehen.

Der Eintritt ist frei.

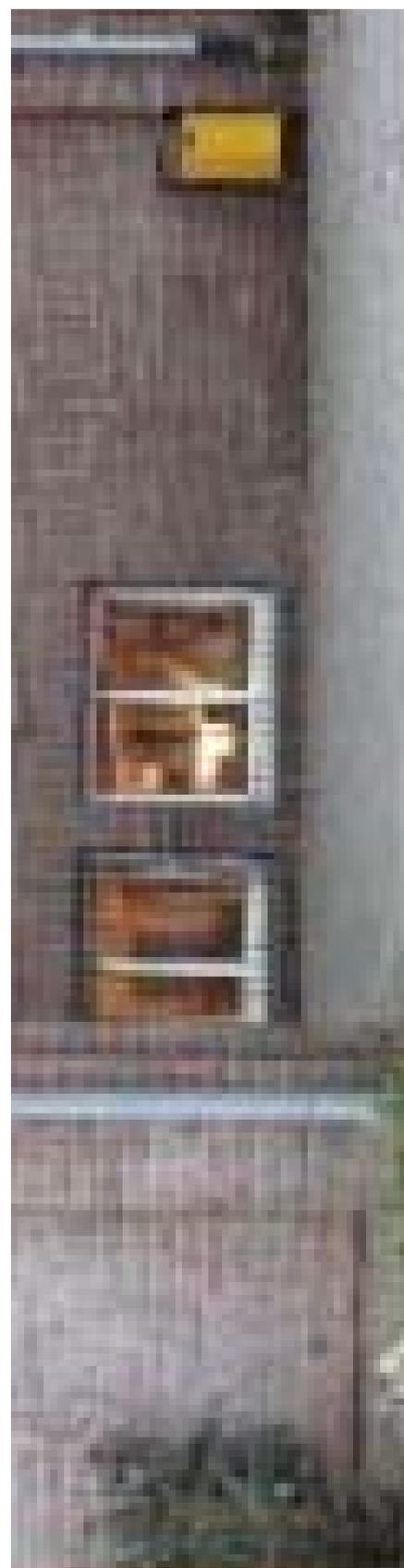
Schulklassen können sich zu Führungen durch die Ausstellung anmelden bei:

*Gisela Strauff, Jugendgerichtshilfe
Köln, Telefon: 0221/22124854
E-Mail: gisela.strauff@stadt-koeln.de*

*Klaus Jünschke, Kölner Appell
gegen Rassismus e.V.,
Telefon 0221/9521199
E-Mail: koelner.appell@t-online.de*

www.jugend.lvr.de

16.09.2008





Jugendhilfe Report 3/08

Schwerpunkt „Mit Eltern im Dialog – ungewöhnlich anders“

Das Zahlenverhältnis spiegelt es wider: Bundesweit sind 604 Jugendämter in öffentlich rechtlicher Trägerschaft und davon in Nordrhein-Westfalen 183 (im Rheinland 93) – mit steigender Tendenz – in Betrieb. In keinem anderen Bundesland räumt die jeweilige Gemeindeordnung die Möglichkeit ein, ein eigenes Jugendamt ab einem Einwohner-schwellenwert von 20.000 einzurichten. Insbesondere für solche Jugendämter liegt es auf der Hand, dass sie mit weniger als 15 Mitarbeitern/-innen und bei der Umsetzung des vielfältigen Aufgabenspektrums der Jugendhilfe, mit intensivierten Kinderschutzzaktivitäten, dem Ausbau der frühkindlichen Bildung und mit weitreichenden Vernetzungsaufträgen

insbesondere in Richtung Schule und Gesundheitshilfe an personelle Kapazitätsgrenzen stoßen können.

Gerade auf diesem Hintergrund konnte das Landesjugendamt wieder unter Beweis stellen, wie sehr es auch in seiner Funktion als Agentur gefragt ist.

Erfolgreich haben wir uns gemeinsam mit 25 Jugendämtern aus dem Rheinland beim Deutschen Jugendhilfetag in Essen präsentiert und erneut das fachliche Spektrum, die Innovationsfähigkeit und die Wirksamkeit der kommunalen Jugendhilfe präsentiert. Ebenso deutlich konnte die Planungs- und Steuerungsverantwortung der Jugendhilfeausschüsse und der Landesjugendhilfeausschüsse dargestellt werden.

Michael Mertens

Leiter des LVR-Dez. Schulen, Jugend

Zum Inhalt von Heft 2/08:

- Beiträge zum Schwerpunktthema:
- Das Konzept ELTERN STÄRKEN.
- Erfahrungen in Teheran.
- Zwischen Wächteramt und wahrer Begegnung.
- Dialogbegleitung mit Eltern von Grundschulkindern.
- Dialog im Team.
- Elternarbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Darüber hinaus: die Beiträge „Streiflichter und Eindrücke vom Deutschen Jugendhilfetag“, „Innovation im ASD- Informations- und Beratungszentrum der Stadt Bergheim“, Neues aus dem Landesjugendamt, Aktuelles aus der Gesetzgebung, Veranstaltungshinweise u. v. m.



Jugendhilfe Report 2/08

Schwerpunkt „Individualpädagogik“

Bereits im Sommer ist das Heft „Individualpädagogik: Zaubermel, Reizwort, letzte Chance ...?“ erschienen. Es bietet u.a. folgende Beiträge:

- Was ist Individualpädagogik?
- Individualpädagogische Maßnahmen: Der wissenschaftliche Blick.
- Projektstelle: Leben im Zirkuswagen.
- Erziehungsstellen: Pädagogische Puzzlespiele.
- Erfahrungen aus dem Jugendamt Gummersbach u. v. m.

Kontakt: Regine Tintner

Telefon 0221/809-6264

E-Mail: regine.tintner@lvr.de

Download beider Ausgaben unter:

www.jugend.lvr.de
(Service/Publicationen)

Impressum

inform bietet fachliche Beiträge, redaktionelle Zusammenfassungen von Gesetzesneuerungen, Runderlassen, Richtlinien, Rezensionen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

inform richtet sich an Fachkräfte, Träger, Verantwortliche von Jugendhilfe und Schule.

Redaktion & Korrektorat: Alexander Mavroudis (alma). Redaktionsschluss der Ausgabe 4/08 ist der **15.11.2008**. Kontakt: alexander.mavroudis@lvr.de

Gestaltung & Grafik: alma, Hans Peter Schaefer

Fotos (alle): Projekt „Alltag aus meiner Sicht“, JFC Medienzentrum Köln

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland (LVR), Dezernat Schulen, Jugend/Landesjugendamt, Hermann-Pünder-Str. 1, 50663 Köln. Im Internet: www.lvr.de. – Verantwortlich: Michael Mertens

inform ist kostenlos und erscheint vier Mal jährlich. Bereits erschienene Ausgaben sind dokumentiert unter: www.jugend.lvr.de (Service/Publicationen)

Bezug: Die Aufnahme in den Verteiler für den Online-Versand erfolgt per E-Mail an: brigitte.schweiger@lvr.de